

6 3 6 1 1

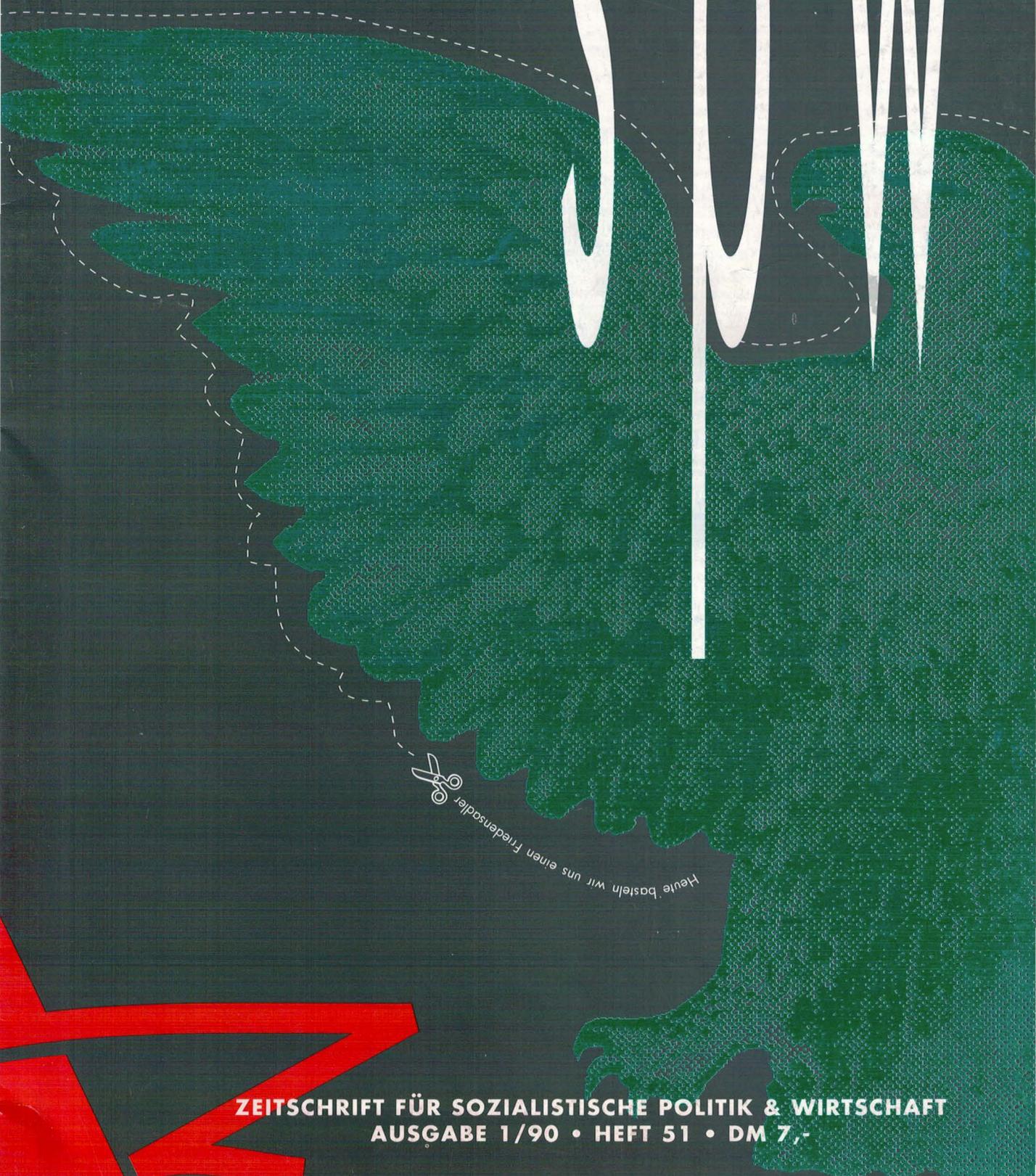
ISSN 0170-4613

ROUND TABLE:  
DEUTSCH-DEUTSCHE LINKE

WIRTSCHAFTSREFORM WEST/OST

PARTEIREFORM

SOZ



Heute basteln wir uns einen Friedensadler



ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT  
AUSGABE 1/90 • HEFT 51 • DM 7,-

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen

Detlev Albers (Bremen),  
Heinz Albrecht (Berlin-West),  
Jürgen Egert (Berlin-West),  
Katrin Fuchs (Verl.),  
Josef Hindels (Wien),  
Klaus Peter Kisker (Berlin-West),  
Heinrich Uenker (Bielefeld),  
Susi Möbbeck (Bremen),  
Ursula Pausch-Gruber (Kairindach),  
Olaf Scholz (Hamburg),  
Kurt Wand (Hamburg),  
Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.),  
Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion

Ingo Arend, Florence Guesnet,  
Uwe Kremer, Mathias Machnig  
Redaktionssekretär: Rolf Schmitz

An der Gestaltung dieser Ausgabe  
haben weiterhin mitgearbeitet:  
Oliver Brasch, Michael Guggemos,  
Birgit Zoemer

Redaktions- und Verlagsanschrift

Kieler Str. 13  
5000 Köln 80  
Telefon (0221) 623271  
Telefax (0221) 612815

Verlag

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
Kieler Str. 13  
5000 Köln 80  
Geschäftsführer: Andreas Bach

Konten des Verlages

Bank für Gemeinwirtschaft  
(BLZ 370 101 11) Nr. 1190931600  
Abzahlungen ausschließlich auf das Konto:  
Bank für Gemeinwirtschaft,  
(BLZ 370 101 11) Nr. 1190931602

- Die spw erscheint 1990 in 6 Heften mit ca. 60 Seiten pro Heft
- Jahresabonnement DM 51,-
- ermäßigtes Jahresabonnement (für Schülerinnen, Studentinnen, Erwerbslose) DM 42,-
- Auslandsabonnement DM 54,-

• Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS-DOS, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll, WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/Redaktion GmbH 1990.  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung

Birgit Cierson & Michael Meik, Iserlohn

Druck

Nolte-Druck, Schwerte

Susi Möbbeck:  
Die Linke und der Oskar (nach dem Parteitag...) ..... 4

Henning Schierholz:  
Zusammenwachsen oder Zusammenstürzen?  
Anmerkungen zur DDR-Politik der SPD ..... 6

Ingo Arend:  
Ein europäisches Deutschland ..... 8

Rainer Bäcker:  
Die Stunde der Nullen ..... 10

ROUND TABLE:  
Was bleibt vom Sozialismus? ..... 12

Ulf Skirke:  
Wider die Politikverdrossenheit  
Thesen zur Reform von Partei und Parlament ..... 18

NRW-SPD: *saft* ..... 24

KONGRESS SOZIALISMUS HEUTE ..... 25

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS  
MARKIERUNGEN ..... 27

AG Wirtschaftspolitik beim Bezirksverband Berlin-Ost der SPD  
Entwurf: Wirtschaftspolitische Grundsätze der SPD ..... 35

Prof. Dr. sc. H.-J. Lotze:  
Anregungen für die Reform  
des Wirtschaftsmechanismus der DDR ..... 37

Lothar W. Pawliczak:  
Zehn Thesen zur Ökonomie im Kontext der Menschenrechte ..... 40

Uwe Kremer:  
Demokratische Wirtschaftsreform und  
moderner Kapitalismus ..... 46

O. Brasch, M. Grunwald, F. Saß:  
1990 - Eine Chance für die Linke? ..... 54

spw: In eigener Sache ..... 59

In der DDR stehen die ersten "freien Wahlen" kurz bevor. Frei? Es scheint, daß die Bevölkerung der DDR in entscheidenden Fragen **keine Wahl mehr** hat, steht doch der Urnengang unter dem westlichen Motto "Ihr seid das Volk, wir haben das Geld"! Die SPD (West) will den "Anschluß nicht verpassen", setzt sich sogar an die Spitze, besteht aber auf Takt und Feingefühl. Worauf sie nicht besteht, sind die wirtschaftsdemokratischen Beschlüsse ihres letzten Parteitagess zum Gemeineigentum, zu Wirtschafts- und Sozialausschüssen, zur Bodenreform, zur "demokratischen gesamtgesellschaftlichen Steuerung"

"Marktwirtschaft"? "Planwirtschaft"? Eigentlich müßte die Linke für eine "Sozial-" bzw. "Gemeinwirtschaft" eintreten. Doch das ist ein Problem: Denn wie die kommunistischen Parteibürokraten die Planwirtschaft diskreditiert haben, so haben "Bonzen" mit sozialdemokratischem Parteibuch die Gemeinwirtschaft auf den Hund gebracht (erinnert sich da noch jemand?). **Günter Mittag und Albert Vietor lassen grüßen:** Einige Gemeinsamkeiten zwischen den feindlichen Brüdern der Arbeiterbewegung scheint es doch gegeben zu haben...

Die von Sankt Willy verkörperte Selbstgefälligkeit, mit der unsere Partei die demokratischen Umwälzungen in der DDR begleitet hat, verdeckt die **Demokratiedefizite** in der BRD - und die in der eigenen Partei. Gegenwärtig bedarf es schon eines Oskar, um in populistischer Manier die wachsende Distanz zwischen Parteivolk und Führungskaste zu überbrücken. Eine demokratische Politik- und Parteireform wäre auf mittlere Sicht besser. Ulf Skirke unterbreitet dazu in diesem Heft Überlegungen, die wir in den kommenden Ausgaben weiter diskutieren wollen.

Wendezeiten wie diese sind Zeiten für sogenannte Wendehälse. Sie mobilisieren in der Regel auch eine andere, ähnlich widerwärtige Species: den **Denunzianten**. So hat sich ein gewisser Matthias Kollatz (in der Zeitschrift SP) auf die Jagd nach "Wendehälsen" bei den Jusos begeben und sie auch prompt auf ihrem marxistischen Flügel ausgemacht. Dies trifft natürlich auch die SPW. Die Liste unserer angeblichen Verfehlungen strotzt zwar nur so von Lug und Trug. Doch der Fraktionskampf einiger "undogmatischer" Jusos ist historisch so bedeutsam, daß er sogar die Umbrüche in der DDR für sich zu nutzen weiß.

Vielleicht geht es ja auch anders. Was vom "Sozialismus" bleibt, wird in diesem Heft von DDR- und BRD-Linken diskutiert. Eigene Beiträge für eine **moderne Sozialismus-Konzeption** werden vorgestellt. Wir dokumentieren Beiträge aus der Sozialdemokratie der DDR, die in vielerlei Hinsicht dem ähneln, was die hiesige SPD-Linke in die Programmdebatte eingebracht hat.

Mit einem "modernen Sozialismus" verlassen wir nicht unsere Geschichte. Gerade eben lese ich in **SOZIALISMUS** (einer Art Schwesterzeitschrift) einen Artikel von Lisa Abendroth über ihren verstorbenen Mann und seine Erfahrungen mit dem "realen Sozialismus". Ich denke, daß wir uns gerade heute jener Tradition vergewissern müssen, wie sie von **Wolfgang Abendroth** oder auch von **Walter Janka** gelebt und von **Peter Weiss** in seiner "Ästhetik des Widerstands" literarisch verarbeitet worden ist.

In dem angesprochenen Round-Table-Gespräch hat Peter von Oertzen thematisiert, was die weltweite Defensive der UdSSR eigentlich für den Süden der Erde bedeutet. **Castro** hat unlangst davon gesprochen, daß der Imperialismus die sozialistischen Länder dazu einlade, durch die Einführung der kapitalistischen Konsumgesellschaft an der Ausplünderung der Dritten Welt teilzunehmen. Diese Einladung wird gegenwärtig teils begeistert, teils widerwillig angenommen. Es ist pervers: Schon bald könnte die VR China mit ihrem blutbefleckten Regime zur mächtigsten Verteidigerin der Interessen der Dritten Welt aufgestiegen sein.

**In eigener Sache:** Alle Welt befindet sich in irgendeinem Umbruch. So auch unsere Zeitschrift, die SPW. Schritt für Schritt möchten wir sie auf ein politisch-theoretisches Magazin umstellen, das die Diskussion über eine moderne Sozialismus-Konzeption mit einer Erneuerung der Partei und ihrer **Linken** verknüpft. Wir haben eine **völlig neue Redaktion**, die innerhalb weniger Wochen einsteigen mußte. Habt zwar Geduld und Nachsicht mit uns, aber kritisiert uns, die Zeitung und ihre Artikel, so gut ihr könnt.

UWE KREMER

Susli Möbbeck, Juso-Bundesvorsitzende

## DIE LINKE UND DER OSKAR

(NACH DEM PARTEITAG ...)

Da hatten sich die Partei und an vorderster Stelle ihre Linke jahrelang abgemüht, die Perspektiven des demokratischen Sozialismus neu zu bestimmen. Doch kurz vor dem Abschluß der Programmdebatte wurde die deutsche Einheit auf die sozialdemokratische Tagesordnung gesetzt, und zwar ohne groß zu fragen, wie dieses Thema mit demokratisch-sozialistischen Kriterien bearbeitet werden könnte. Ein merkwürdiger Kontrast, der den Berliner Parteitag prägte. So ließ sich die Parteilinke vom Scheitern der östlichen Kommandowirtschaften nicht beeindrucken: Ihr gelang es, auf dem Gebiet der Wirtschaftsdemokratie eine wirkliche Linksverschiebung im Sinne einer "demokratischen gesamtgesellschaftlichen Steuerung" zu erreichen und den Sirenen gesängen der "freien Marktwirtschaft" und ihrer Apostel zu trotzen. Doch zugleich wurde sie von der deutschen Einheitswelle überrollt, die nach den obwaltenden Umständen kein "mehr" an Sozialstaatlichkeit und Wirtschaftsdemokratie mit sich bringen wird, sondern schlichtweg die kapitalistische Unterwerfung der DDR (die für einige Parteigrößen schon wieder zur "DDR" geworden ist).

Dennoch: die Debatte auf dem Parteitag war deutlich nachdenklicher als die meisten Erklärungen, die in den Wochen vorher kursierten. Und die große Bedeutung von Oskar Lafontaines Rede bestand für die Partei und ihre Identität gerade darin, den rhetorischen Brückenschlag zwischen der Programm- und der Deutschlanddiskussion vorzunehmen und spezifisch sozialdemokratische Kriterien für die deutsch-deutsche Entwicklung zu benennen. Offen blieb dabei allerdings, inwieweit die beschlossenen wirtschaftsdemokratischen Elemente in diesem Brückenschlag enthalten sind, war es doch gerade Oskar Lafontaine, der dagegen haltend Widerstand leistete. Die Linke kann sich also nicht mit der rednerischen Meisterleistung des künftigen Kanzlerkandidaten begnügen, sondern muß sich ihrer errungenen programmatischen Erfolge selbstbewußt vergewissern. Denn das vielleicht wichtigste Ergebnis des Parteitages und der vorherigen Programmdebatte war der Reformierungsprozeß der Parteilinken.

### Die wichtigsten Änderungen im Programmteil "Wirtschaft"

- Die SPD plädiert für eine "demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung", um "eine an qualitativen Kriterien ausgerichtete Entwicklung unserer Wirtschaft zu verwirklichen."
- Wirtschafts- und Sozialausschüsse mit Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Umwelt und Verbraucherverbände spielen dabei eine zentrale Rolle. In einer Kampf abstimmung auf dem Parteitag wurde ein Recht auf Gesetzesinitiativen durchgesetzt.
- Gefordert wird eine "Reform der Unternehmensverfassung zur Stärkung der Kontroll- und Entscheidungsrechte der Mitbestimmungsgremien". Im Rahmen der paritätischen Mitbestimmung will die SPD auch "die Möglichkeit der Vertretung gesellschaftlicher Interessen eröffnen."
- Für "ökologische und soziale Ziele von struktureller Bedeutung" kommen "umfassende und langfristige Beschäftigungsprogramme und Investitionsfonds" in Frage. Sie "müssen in erster Linie aus der Belastung nichtinvestierter Gewinne oder höherer Einkommen finanziert werden."
- Gefordert wird "eine Reform des öffentlichen Sektors und der Gemeinwirtschaft". Stärker als bislang werden Gemeinigen und Vergesellschaftung als "demokratisches Element" und "wirtschaftspolitisches Instrument" programmatisch ausgewiesen.
- Die Aussperrung soll nicht mehr nur "geächtet" werden. Gefordert wird nun das "gesetzliche Verbot der Aussperrung".

Erstmalig seit dem Nürnberger Parteitag von 1986 ist es wieder gelungen, einen kontinuierlichen Diskussions- und Koordinierungsprozeß innerhalb des "Frankfurter Kreises" zu entwickeln. Historisch bemerkenswert, daß er vor allem aus den Bezirken heraus von Genossinnen und Genossen forciert worden war, die sich in den siebziger Jahren häufig als unversöhnliche Gegner in innerlinken und Juso-Flügelkämpfen gegenüberstanden hatten. Sie mußten nun gemeinsam gegen andere Ex-Jusos wie Lafontaine, Roth und Schröder antreten und sich dabei als "Programmlinke" profilieren. Die "Programmlinke" um Peter von Oertzen, Sigrid Skarpelis-Sperk und viele andere: Sie ist heute zum sozialistischen Gewissen für eine SPD-Linke geworden, die vor Jahren auf breiter Front die Partei erobert und ihr Profil dabei verloren hat. Nun besteht die Chance, den Re-Formierungsprozeß im "Frankfurter Kreis" voranzubringen, ein modernes sozialistisches Profil auf einer pluralistischen Basis in den Bezirken und Arbeitsgemeinschaften zu schaffen. Geburtshelfer der "Programmlinken" war Oskar Lafontaine, der vor einiger Zeit mit einer Mischung aus christlicher Sozialethik, neoliberaler Marktideologie und politischem Machtbewußtsein den Keil in die Parteilinke hineingetrieben hatte. Doch der sozialdemokratische Drang in das Nirwana aller Realpolitik, zur berühmten-berechtigten Mitte, überrollte dann auch ihn. Und er mußte erkennen, daß große Teile der Parteilinke soziales und politisches Problembewußtsein einer großen deutschen De-Facto-Koalition opfern, einen Wahlsieg von vornherein verspielen und dem rechten Populismus Vorschub leisten würden, wenn es nicht schnell zu einer Profilierung gegenüber Deutschtümelei und sozialer Ignoranz, zu einer Polarisierung gegenüber der Rechtsregierung kommt. Um diesen Kurs ging es in der Parteitagsrede und für diesen Kurs braucht Oskar die Unterstützung der Parteilinken. Und dafür - so meine ich - soll er unsere Unterstützung auch mit ganzem Herzen und voller Kraft bekommen!

Aber die Linke sollte sich auch keine Illusionen über den "gottbegnadeten De-

Du sagst:

Es steht schlecht um unsere Sache.  
Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.  
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben  
Sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.  
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches  
Aussehen angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.  
Unsere Zahl schwindet hin.  
Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer  
Wörter

Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben  
Einiges oder alles?  
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir übriggebliebene,  
herausgeschleudert  
Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben  
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben?

So fragst du. Erwarte  
Keine andere Antwort als die deine!

Barold Brecht

magogen" (P. v. Oertzen über Lafontaine) machen. Denn er hat seine inhaltlichen Positionen ja ebenso wenig geändert wie seine instrumentelle Haltung gegenüber innerparteilichen Prozessen. Gesellschaftlich sucht er das Vertrauen und die Kooperation der ökonomischen Machtzentren (Man könnte auch sagen: Der herrschenden Klasse). Lafontaine weiß, daß man dies am besten erreicht, wenn man über eigene Kräfte verfügt, mit denen man die politischen Lieblinge des Kapitals angreifen, spalten und diskreditieren kann, ohne die ökonomische Macht selbst ernsthaft in Frage zu stellen. Und schon jetzt hat er klar gemacht ("Die Partei soll lieb zu mir sein"), daß er in dieser Weise über uns verfügen möchte.

In dieser Lage besteht die Gefahr, daß die Parteilinke - einschließlich ihrer Sozialistinnen und Sozialisten - zum fellow-traveller des modernen Sozialliberalismus a la Oskar wird. Psychologisch verständlich: Schließlich haben wir inhaltliche Erfolge auf dem Parteitag erzielt, während Oskar auf uns zugehen mußte - jetzt wollen wir auch an der Aura seines Ruhmes partizipieren und mitsiegen! Nun meine ich, daß Oskar der beste Kandidat für unsere Partei, für den Wahlkampf und wohl auch für die Republik ist. Aber die Parteilinke muß ihre Eigenständigkeit bewahren und ausbauen. Die "Programm-

linke" muß mehr werden als eine "Papierlinke", die auf Konferenzen siegt und ansonsten wahlweise hinter Vogel oder Lafontaine oder anderen Parteilührern hertritt und sich dabei einbildet, politische Macht auszuüben. Merke: "Der Dackel, der wackelt mit dem Schwanz hin und her, der Schwanz nicht mit dem Dackel, denn der Dackel ist zu schwer." (Alte Volksweisheit) Die sozialistisch orientierten Kräfte müssen also noch mehr eigenständiges Profil gewinnen - und zwar programmatisch, organisationspolitisch und im übrigen auch personell. Je mehr dies gelingt, desto bündnisfähiger

werden sie innerhalb der Partei. Ob unsere programmatischen Erfolge auf dem Parteitag wirkliche Weichenstellungen sind, wird sich in der real existierenden Sozialdemokratie erst noch erweisen müssen. Worum es aus meiner Sicht in den kommenden Monaten gehen muß: Erstens: Fortschritt 90. Es gilt, das Grundsatzzprogramm in sozialdemokratische Reformpolitik umzumünzen, in den "Fortschritt 90" und ein künftiges Regierungsprogramm. Dies betrifft die sozialpolitischen Forderungen, die sicherlich nicht ohne Verteilungskonflikte durchzusetzen sind. Und dies betrifft vor allem das Verhältnis von ökologischem Umbau und Wirtschaftsdemokratie. Dieser Umbau erfordert mehr als Öko-Steuern, er erfordert "demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung". Der Fortschritt 90 muß klare Vorgaben für eine Demokratisierung der Wirtschaft enthalten. Davon kann bislang allerdings nicht die Rede sein. Die Linke muß diese Vorgaben formulieren und damit die "Deutungshoheit" über den Text des Grundsatzzprogramms sichern.

Zweitens: Die Partei (ich meine unsere) verfügt nur über eine gering ausgeprägte demokratische Diskussionskultur. Die Linke sollte nicht glauben, daß ihre programmatischen Erfolge einer breiten innerparteilichen Debatte oder gar Mobili-

sierung geschuldet sind. Man kann durchaus von einer schleichenden Entpolitisierung des Parteilebens sprechen, die nach den innerparteilichen Umbrüchen in der ersten Hälfte der 80er Jahre eingerissen ist. Stattdessen feiern Ämterwirtschaft, Hausmächts- und persönliches Prestigedenken, gestützt auf Stammtisch, Dienstwagen und angebliche Sachzwänge, wieder fröhliche Urstände, während sich in den Parteilgliederungen Gleichgültigkeit und Langeweile ausbreiten. Die Linke muß in die Offensive: für eine demokratische Parteilreform!

Drittens: Deutschland. Der Einheitszug ist nicht mehr zu stoppen. Viele Chancen und Wahlmöglichkeiten im Sinne demokratisch-sozialistischer Perspektiven sind vertan. Aber so oder so geht es darum, die Grundlinien des Programms und des Fortschritts 90 für beide deutsche Staaten und den absehbaren Bundesstaat einzufordern, die Prinzipien des Internationalismus und der Entmilitarisierung, der Sozialstaatlichkeit und der gesellschaftlichen Demokratisierung in eine europäische Programmatik der SPD einzuschreiben und eine europäisch-deutsche Linke zu schaffen. Vor allem geht es darum, daß die Linke an der Stelle kämpft, wo sie stark sein kann, wo sie "zu Hause" ist, daß sie also den demokratischen Diskurs gegen die nationale Besoffenheit und die schon wieder stattfindende Entmündigung der Menschen entwickelt.

Gerade die soziale Basis der Sozialdemokratie ist es nämlich, die aufgrund eines wachsenden Problemdrucks schon bald keinerlei Bedarf an nationalen Utopien mehr haben und die Lösung von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sozialer Unsicherheit einfordern wird. Es käme darauf an, daß sich die absehbaren Probleme nicht in einer weiter zunehmenden Politikverdrossenheit äußern oder gar dem rechten Populismus einen neuen Schub verleihen. Man müßte sie im Rahmen des von uns angestrebten ökologischen und sozialen Umbaus bearbeiten und im Rahmen von "mehr Demokratie", um autoritär-nationalistischen Versprechungen Paroli bieten zu können. Kurzum: Ob Fortschritt 90, Deutschland oder SPD - die Linke muß die verschiedenen politischen Brennpunkte mit der Frage der Demokratie verbinden. Sie kann das im Namen der Gesamtpartei, gestützt auf das Grundsatzzprogramm und die eigenen Erfolge, im Bündnis mit den Gewerkschaften und anderen Bewegungen.

Das Wahljahr 1990 verspricht die tollsten Kapiolen zu schlagen. Eigentlich hätte es sich die SPD ja einfach machen können, indem sie ihr zentrales Wahlplakat des Jahres 1980 wieder hervorgekramt und damit zugleich ihre Weitsichtigkeit unter Beweis gestellt hätte: "Deutsche - wir können stolz sein auf unser Land".

Doch der deutsche Taumel, der Kanter-sieg Oskar Lafontaines im Saarland und nicht zuletzt der verständliche Wunsch, sich durch die diversen Wahlen in beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 überall in Siegesstimmung hochzuschaukeln, um

schließlich auch Wahlsiege einzufahren: Besteht da nicht die Gefahr, daß sich Auftriebsstimmung in gefährlicher Weise mit Realitätsverlust mischt? Wo stehen die Sozialdemokrat/innen, wenn es darum geht, dem Trend zur Stimmungsdemokratie zu widerstehen (und also nicht auf ihrer obersten Welle zu reiten), der immer stärkeren Tendenz zur Medienpolitik und zum Staatsschauspielertum zu widerstehen, bei dem eine passable Antwort auch dann schon gefunden und gegeben ist, wenn die Frage noch gar nicht begriffen und sogar gestellt ist?

Schon die Berliner Erklärung der SPD "Die Deutschen in Europa" ist vehement

von dem Grundsatz geprägt "Erst handeln, dann nachdenken"; der aus der Baracke angeschobene Wahlkampf in der DDR, der kurzfristig auf taktische Vorteile in Form von Wählerstimmen schielt, erst recht. Euphorie und schöne Absichtserklärungen stehen in der "Berliner Erklärung" in umgekehrter Proportion zu analytischem Niveau und realistischer Bestandsaufnahme der deutsch-deutschen Situation: Zahlreiche historische Daten werden erwähnt, doch das Jahr 1945, überhaupt die Erblasten und Hinterlassenschaften von zwölf Jahren deutschem Faschismus und ihre höchst unterschiedliche Verarbeitung in BRD und DDR bleiben unerwähnt. Daß sich da 40 Jahre lang zwei Gesellschaften und Staaten - natürlich weitgehend künstlich - aber eben doch auseinanderentwickelt haben, daß sich da eine enorme ökonomische, ökologische und kulturelle Kluft aufgetan hat, die nicht von heute auf morgen überwunden werden kann: Von all dem kein Wort. In der "Loccumer Erklärung" der beiden deutschen Kirchenbünde wird neben dem Wunsch des Zusammenwachsens immerhin von tiefgreifenden Unterschieden und Problemen gesprochen, die den Prozeß des Zusammenwachsens schwierig gestalten. Die SPD glaubt, diesen Teil der Realität vernachlässigen zu können.

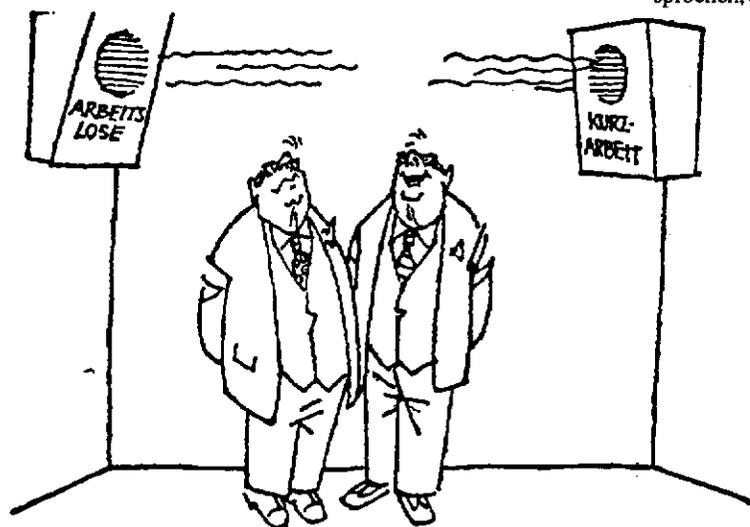
Zusammenwachsen: Das bedeutet doch wohl, daß da zwei Organismen sich aufeinanderzubewegen, die jeweils eine eigene Wurzel haben. Wie tief die der DDR-Reform- und Oppositionsgruppen reicht, deren Aktivisten sämtlich aus der ökumenischen Basisbewegung der evangelischen Kirche entstammen, sei momentan dahingestellt - wie tief allerdings die einer SPD

(BRD) reichen, die bis in den Oktober 1989 hinein vornehmlich auf Kontakte, Protokolltermine und den Dialog mit den vermeintlich Mächtigen der Staatspartei SED setzte, das bedarf denn doch schon einer genaueren Betrachtung. Doch halt, es gibt schon einen qualitativen Unterschied: Endete bis Oktober 1989 die Macht der SPD-Baracke an der deutsch-deutschen Grenze, so ergab sich dann die einmalige Chance, den Mehrheits-Einflußbereich ohne große Anstrengungen, ge-

Henning Schierholz, Ex-MdB der GRÜNEN, Loccum

## ZUSAMMEN W A C H S E N ODER ZUSAMMENSTÜRZEN?

ANMERKUNGEN ZUR DDR-POLITIK DER SPD



"Herrlich, diese neue Klima-Anlage! Wie das duftet - nach Sorge, Angst und Arbeitsmoral!"



Kundgebung 1948: Forderungen nach Einheit und Sozialisierung!

eigentlichen Motiv ihrer Vereinigungsbemühungen geworden.

Da werden die unverdauten historischen Erfahrungen ausgeblendet und vor lauter Deutsch-Tümelei schlicht ignoriert, daß die Vereinigung von BRD und DDR die Existenz der Oder-Neiße-Grenze unwiderruflich als nächstes auf die politische Tagesordnung setzen wird. Wo blieb eigentlich der sozialdemokratische Protest, als der Bundeskanzler postulierte: "Erst die Wiedervereinigung, dann wird über die europäischen Grenzen neu geredet"? Die Polen haben längst begriffen, daß innerhalb des vereinigten Klein-Deutschlands jene Geister Auftrieb erhalten, die dann - wir haben ja schließlich noch keinen Friedensvertrag - die Grenzen von 1937 als nächstes auf die politische Tagesordnung setzen. Und die Sozialdemokraten?

In der "Berliner Erklärung" träumen sie

wissermaßen im Handstreich, bis an die Oder und Neiße auszudehnen. Doch wenn Herr Rühle eines begriffen hatte, dann eben diese Herausforderung durch eine wie auch immer qualitativ geprägte, aber eben mehrheitlich sozialdemokratisch angestrichene DDR in seine eigenen Entwicklungsmöglichkeiten in der BRD beeinträchtigt zu werden. Also bastelte er sein eigenes Marionettentheater, mit dem Ergebnis, daß der Volkskammerwahlkampf in der DDR zum Probelauf für die Niedersachsen-, NRW- und schließlich Bundestagswahl wird.

Der kurzfristige taktische Vorteil, das Schielen auf Wähler/innen-Mehrheiten in der BRD, ist unisono, bei Christ-, Frei- und eben auch Sozialdemokraten, zum

von Europa" und rasonieren einmal mehr über die Enge Verbindung von Einigung Europas und der Einigung der Deutschen. Doch ein operatives Konzept dafür? Der erste, der eines hatte, war wiederum Genscher: BRDDR gemeinsam in der NATO, der DDR-Teil aber militärisch neutralisiert oder entmilitarisiert: Zwar völlig unrealistisch, immerhin aber interessant. Sozialdemokratische Positionen zum Verhältnis DDR und NATO: Der eine hülh, die andere hott, und Hans Jochen Vogel schweigend in der Mitte. Ob sich die sowjetischen Truppen in der DDR diese Pläne, die entweder auf nackte Okkupationsgelüste oder aber auf Luftblasen hinauslaufen, genauso schweigend mit ansehen werden?

Schließlich Oskar, das Chamäleon. Er trägt dieses Traumtänzer-Papier von "Berliner Erklärung" mit; er markiert dennoch unermüdlich dankenswerterweise eine (von möglichen) Alternativpositionen). Natürlich ist, betrachtet man

lediglich die innenpolitische Dimension der "Vereinigungs"-Problematik, die soziale Frage weitaus entscheidender als die Einheitsfrage. Die "Sozialen Netze" sind in BRD und DDR quantitativ und qualitativ so grundverschieden (übrigen bei partiellen Überlegenheiten des DDR-Systems, etwa bei der Kindergartenversorgung, der Realisierung des Rechts auf Arbeit oder auch der sozialen Grundversorgung), daß die drohende Schnellvereinigung Millionen von Menschen Nachteile bringen wird, und dies wiederum nützt hauptsächlich einem: Franz Schönhuber. Alle Vorschläge in Richtung Einführung von Marktwirtschaft, Gewerbefreiheit, Zulassung westdeutscher Betriebe, Kapitalgesellschaften und Banken in der DDR (im Falle des Wegfalls der 49 Prozent-Klausel liefe es ja darauf hinaus), schnelle Einführung einer Währungsunion, kurz: Die Einführung des westdeutschen Kapitalismus-

modells in der DDR, werden ihre Zähne zeigen für jene Millionen von Rentnerinnen und Rentnern (Durchschnittseinkommen: ca. 600,- DM pro Monat), für die von einem gigantischen Rationalisierungsschub in Betrieben und Verwaltungen Betroffenen, für die wirtschaftlich Schwachen ohne größere DM- oder DDR-Mark Sparguthaben. Wie reagieren von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen, wenn sie hören, dem Land drohe der wirtschaftliche Kollaps (so der Quasi-Sozialdemokrat Berghofer), oder gar, für die DDR gebe es keine "innere Notwendigkeit" (so Willi Brandt in Gotha)? Nun, ihre Entscheidung ist ebenso verständlich wie klar: Sie packen die Koffer, schultern den Trabi und melden sich in Gießen. Auch wenn Oskar realistischer- und dankenswerterweise alle Lockprämien abschaffen will, auch wenn die Sozialdemokraten am 18. März die absolute Mehrheit erreichen würden - was mittlerweile ein Greuel wäre -, die Einführung des Kapitalismus in der DDR - sie wäre die eigentliche Revolution - wird tiefe Spuren, enorme Wanderungsbewegungen und ein hohes Maß an psychischer Desorientierung bewirken. Haben Sozialdemokraten diese Dimension ihres Einheitsgeredes ausreichen bedacht?

Es gibt in der Politik den begnadeten und den gnadenlosen Opportunismus. Ersterer vermittelt vielen Leuten ein Glücksgefühl, indem er sie zugleich betrügt, weil er nur ganz wenigen wirklich nützt. Auch letzterer vermittelt erstmal Glücksgefühle, bevor die Gesetze von den Kehrseiten und ungewollten Nebenwirkungen die Übermacht gewinnen. Der schnelle Vereinigungszug, das Zusammenstürzen statt Zusammenwachsen ist in letzterer Kategorie anzusiedeln, weil die historischen, innenpolitischen und europa-politischen Dimensionen eines schwierigen deutsch-deutschen Verhältnisses nicht wirklich verarbeitet, sondern nach Schönhuber-Manier sofort gelöst werden sollen. Vielleicht gelingt es dem Taktiker Hans Modrow, mit seinem Vorschlag: "Deutschland einig Vaterland, bei gleichzeitiger Neutralisierung", zumindest einen Aspekt der Komplexität der Problematik noch einmal ins Gedächtnis zu rufen und damit Zeit zu gewinnen. Auch der SPD wäre zu wünschen, daß in ihren Reihen die Realisten über die Träumer obsiegen, die mit der "Berliner Erklärung" einen verhängnisvollen Markstein in die falsche Richtung gesetzt haben.

Von Ingo Arend, Bonn, Mitglied des Juso-Bundesvorstandes  
und der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand

## EIN EUROPÄISCHES DEUTSCHLAND



Der Zug zur deutschen Einheit ist nicht nur schneller in Gang gekommen, als mancher gedacht hatte, er rast unaufhaltsam auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates zu. Möglich, daß die für Anfang Dezember angesetzten Bundestagswahlen zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen werden. Die gesellschaftlich-politische Desintegration und der wirtschaftliche Verfall in der Republik hatten die DDR-Regierung zu ihrer vermutlich letzten souveränen Rochade gezwungen. In einem letzten Aufbäumen zollte sie mit unüberhörbar nationalem Pathos der Straße Respekt und wechselte in das Führerhäuschen des Einheitszuges. Ob ihr damit Richtungsentscheidungen gelingen, ist eher zu bezweifeln.

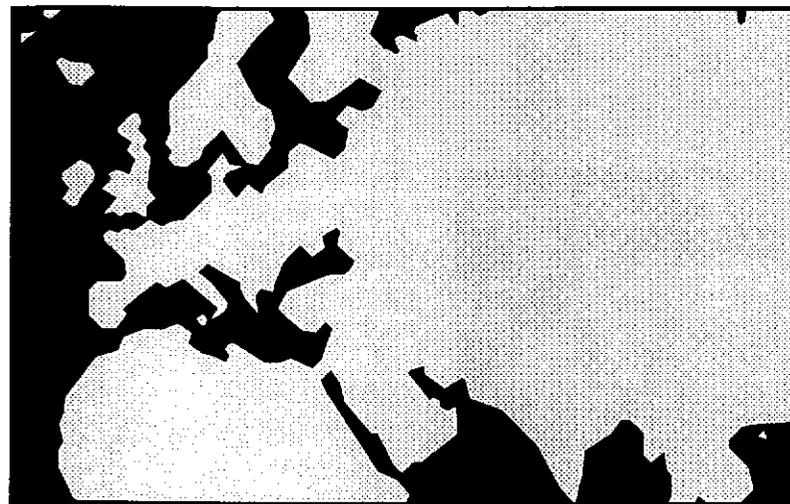
Die von Michail Gorbatschow absegnete Modrow-Initiative "Einig Vaterland" markiert einen Schlußpunkt in der Diskussion um die Entwicklung der deutschen Frage in Europa. Schlußpunkt deshalb, weil sie die Wahlfreiheit in bezug auf die existierenden politischen Optionen des Deutschland-Problems ausgeschlossen hat. Die Moskauer-Reise des Bundeskanzlers besiegelte die Einheitsperspektive. Das Tauziehen um die Frage: Neutralität, ja oder nein, zeigt, welche Dimensionen in Zukunft zu bewältigen sind. Gerade weil die im Prozeß angelegte Möglichkeit eines achtzig Millionen schweren deutschen Kolosses plus dazugehöriger Wirtschafts- und Militärmacht in der Mitte Europas schreckt, muß es jetzt darum gehen, den in Gang gekommenen Prozeß der deutschen Wiedervereinigung als tatsächlich ablaufenden Prozeß zu akzeptieren; also ein reales, gestaltendes Verhältnis zu ihm zu gewinnen, um überhaupt noch Einfluß auf die Bedingungen der Vereinigung nehmen zu können.

Eine solche realistische Position ist schon deswegen unumgänglich, weil auf der anderen Seite bereits die künftigen Kräfteverhältnisse festgezurrt werden. Mag der Bundeskanzler noch so scheinheilig den Gedanken an einen "Anschluß" von

sich weisen, Fakten und Verhalten sprechen für sich: Die Gespräche während des Modrow-Besuches in Bonn fanden bezeichnenderweise im NATO-Saal des Kanzleramtes statt. Der "Spiegel" stellte dazu die Gretchenfrage: "Was kostet die DDR?" Bundesbankpräsident Pöhl wußte die Antwort: Kapital, so vertraute er der "Welt" an, gebe es genug und die DDR sei doch "nur ein kleines Land". Der Sprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Rölller, der seinen Vorstand zu einer achtstündigen Bahnfahrt zum Firmenstammsitz beorderte, ließ einem Bericht zufolge seinen Blick unterwegs zufrieden über die "neuen Aktionsfelder" schweifen. Und auf der Wehrkundetagung in München forderte der Westen, mit drohendem Unterton und altem Blockdenken, den neuen Lebensraum im Osten für die NATO ein.

Mit der rasanten Entwicklung steht nun über Nacht das gesamte militärisch-politische Dispositiv auf dem alten Kontinent zur Diskussion. Die Hilf- und Sprachlosigkeit, mit der hierzulande vor allem innerhalb der Linken auf den Fall der letzten Bastion der Zweistaatlichkeit befürworter reagiert wurde, war auch ein bezeichnendes Indiz für die Tatsache, wie sehr man sich gedanklich, begrifflich und politisch-konzeptionell in dem durch die Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges erbarmungslos festgezurrt Status quo behaglich einzurichten begonnen und versäumt hatte, wirkliche Alternativen der politischen Gestaltung eines künftigen zivilen Friedens in Europa zu entwickeln. Das Beharren auf der Zweistaatlichkeit hatte gute historische Gründe; letztendlich aber war es nur eine negative Antwort auf die Frage nach einer neuen, positiven Rolle der Deutschen in einem transnationalen Europa der politischen Kooperation.

Die gegenwärtige Debatte um die deutsche Neutralität oder um eine abgestufte NATO-Anbindung Deutschlands (US-Außenminister Baker: Assoziation) spiegelt die Versuche wider, den Prozeß der völligen Neuordnung aller europäischen



Beziehungsebenen unter westlicher, sprich: US-Hegemonie zu steuern. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die NATO neben der Funktion als Integrations- und Übersetzungsinstrument der US-Hegemonialstrategie auch immer die Funktion der Einbindung der Deutschen hatte. Diese Funktion könnte sie für eine Übergangsfrist noch erfüllen.

Parallel dazu aber müssen die bis dann radikal heruntergerüsteten Militärorganisationen der NATO und des de facto bereits nicht mehr bestehenden Warschauer Paktes zu einer kollektiven, politischen, gesamteuropäisch kontrollierten Sicherheitsstruktur im KSZE-Rahmen umgewandelt werden. Sie müssen Abrüstungsmanager werden. Eines neutralen Deutschlands außerhalb der NATO bedürfte es dann angesichts der Auflösung der Konfrontation der Blockkonstellationen nicht mehr. Wo Sicherheit, verstanden als politische Kooperation, gemeinsam und nicht gegeneinander hergestellt werden soll, kann sich keiner heraushalten und eine nationale Sonderrolle spielen.

Allererste Voraussetzung für eine solche Perspektive ist eine radikale Entmilitarisierung und Denuklearisierung Europas und die Beschleunigung des Abrüstungsprozesses. Erst bei dessen Erfolg wird sich die Überwindung des negativen Friedens der Nachkriegsordnung erfüllen. Dazu zählen - nach einem Erfolg bei den Wiener Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung - die Abschaffung der nuklearen Kurzstreckenraketen, der Stop der Modernisierung der nuklearen NATO-

Potentiale, das weltweite Verbot der chemischen Waffen, eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen sowie die Sicherung des 1995 auslaufenden Atomwaffensperrvertrages, der die immer stärkere Ausbreitung der nuklearen Gefahr in die Staaten der südlichen Hemisphäre stoppen muß. Deshalb müssen in einem Europa der Kooperation jetzt noch stärker die Militärapparate einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Kritik unterzogen werden, um der Neigung der Regierenden, das bestehende Abschreckungssystem auf einem niedrigeren, gleichwohl effektiveren "Mindestmaß" (Karl Kaiser) zu halten, wirksam zu begegnen.

Auch wenn nun die Einheit kommt, ist die Beantwortung der Frage nach der künftigen Gestalt Deutschlands keine, die die Deutschen alleine beantworten dürfen. Bei der bevorstehenden Vereinigung darf im nationalen Taumel nicht vergessen werden, daß die deutsche Nationalstaatslösung in diesem Jahrhundert zweimal zum Krieg, zweimal zum Weltbrand geführt hat. Über der Geschwindigkeit der deutschen Vereinigung könnte überdies das Ziel einer weiter forcierten europäischen Integration ins Hintertreffen geraten, nicht zu schweigen von den Gefahren, die für den Integrationsprozeß drohen, wenn dieser von einem übermächtigen deutschen Zentrum gesteuert werden sollte. Zweimal in diesem Jahrhundert wurde es versäumt, das Modell einer weitgehend abgerüsteten und demokratisierten Ordnung auf deutschem Boden zu schaffen. Die eigentliche Auf-

gabe wird es angesichts der Unausweichlichkeit der Vereinigung daher sein, ein anderes Deutschland zu errichten als das, das die Welt das Fürchten gelehrt hat. Deutschland, "einig Vaterland" darf nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu den "Vereinigten Staaten von Europa" sein.

Trotz einer Situation historischer Defensive und einer erstaunlichen Renaissance des Nationalstaates im Zeitalter zunehmender Interdependenz und Verflechtung steht die Linke nämlich unverändert vor der Herausforderung, ein völlig neues Gesellschaftsprojekt in ganz Europa zu verwirklichen: Friedlich, gesamt-europäisch, internationalistisch, nichtmilitärisch und kooperativ, das auch auf anderen Formen des menschlichen Zusammenlebens, auf der "Zivilisierung des Konfliktes" aufbaut.

Die drängenden globalen Herausforderungen können und dürfen nicht mit der von Thomas Mann geschmähten "nationalistischen Demokratie" gelöst werden, sondern nur in einer europäischen Föderation. Der Kristallisationspunkt dafür ist die KSZE, die, mit einer auf allen Ebenen auszubauenden Institutionalisierung, zunehmende politische Integration, Abbau der gefährlichen wirtschaftlichen Asymmetrien in Gesamteuropa und Sicherheitspartnerschaft, jenseits der traditionellen voratomaren Machtpolitik mit nuklearen Mitteln, verwirklicht. Die bevorstehende KSZE-Konferenz in Berlin könnte den Auftakt für das Ringen um eine neue europäische Friedensordnung sein. Bis dahin muß auch die Linke neue Konzepte entwickeln.

Die gegenwärtige Periode europäischen Umbruchs bedeutet aber auch den endgültigen Abschied von der etatistischen Variante der Friedenssicherung. Eine zukünftige europäische Friedensordnung benötigt über die zwischenstaatliche Ebene hinaus ein zusätzliches strukturelles Element: Die zwischengesellschaftliche Friedensgestaltung in Form der "Volksdiplomatie", wie sie die Friedensbewegung praktiziert. Ein Deutschland, das aufgrund seiner inneren Struktur diesen Zielen dienen kann, wird nur durch die Anstrengungen einer neuen gesamtdeutschen Friedens- und Demokratiebewegung zu schaffen sein, die im Verbund der europäischen Friedensbewegung agiert. Je früher damit begonnen wird, desto besser.



**“Der Nationalismus ist ein Sprudel, in dem jeder andere Gedanke versinkt.”**

**Karl Kraus**

**Im mit viel Pomp eingeläuteten neuen Jahrzehnt soll alles ganz anders werden. Vorbei mit dem hippen Leben, den Yuppies, der Jugendkultur und der Postmoderne, verkünden die Auguren des Zeitgeistes. Gedroht wird mit einem “Sinnjahrzehnt”, der Besinnung auf die “alten Werte” und wieder einmal der Verkündung der Stunde Null. Was das für das Volk der Deutschen heißt, läßt sich seit einigen Monaten verfolgen: Die Renaissance des Nationalismus und der deutschen Unverschämtheit.**

“9. November - Ich war dabei” - teutsche Jugend trägt stolz auf dem T-Shirt das Bekenntnis zum nationalen “coming out”. “Ich bin stolz ein Teutscher zu sein” - endlich darf man es wieder öffentlich sagen, ohne als Modernisierungsverlierer aus der Südkurve von den Erfolgreichen im Lande belächelt zu werden. Daß den Produkten sozialdemokratischer Bildungsreform dabei mal gerade entfallen ist, daß am 9. November auch mal sowas wie die - na was denn? - genau, die “Reichskristallnacht” von den Teutschen initiiert wurde, die das

Fanal für die systematische Ausrottung der jüdischen Bevölkerung bildete, kann ja wohl passieren. Und überhaupt, was geht uns das Dritte Reich noch an, wo wir gerade mit dem Aufbau des Vierten vollauf beschäftigt sind. Wir feiern jetzt wieder die Stunde Null im teutschen Land, wie uns der Anführer der “coming out”-Gemeinde, Rudolf Augstein, wöchentlich verkündet. Was vor dem Jetzt liegt, braucht uns nicht zu interessieren, außer, ja außer, unseren teutschen Reichsgrenzen (“man gönnt sich ja sonst nichts”) und dem Bewußtsein, schon immer etwas besonderes gewesen zu sein.

In der Stunde der Nullen vereinigt sich das teutsche Volk wieder, wieder und wieder, und wenn das Teutsche sich vereinigt, dann schwitzt es, lärmt und ist von selber eigenen Großartigkeit fest überzeugt. Daß die Vereinigung nicht mit dem Kopf vollzogen wird, ist bekannt, aber bei vielen Obervereinigern kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie denselben dabei völlig verloren haben. Unnötigen Ballast muß man eben von sich werfen und es vereinigt sich noch mal so unbeschwert.

Beim Vereinigen läßt sich das Teutsche aber ungern stören durch Angehörige fremder Rassen und andere subversive Elemente, die kein Verständnis für teutsches Gefühlsleben haben. Vor allem der teutsche Herausgeber der teutschen Montagszeitschrift kennt da keinen Spaß: Ohne mit der Wimper zu zucken, spricht er dem jüdischen Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel die Legitimation ab, sich gegen die Wiedervereinigung “Restdeutschlands”, wie der teutsche Herausgeber es nennt, auszusprechen, indem er dessen Bedenken abkanzelt: “Mit welchem Recht? Auch der Jüdische Weltkongreß unter seinem präpotenten Präsidenten Edgar Bronfman dürfte das nicht sagen.” (Rudolf Augstein im SPIEGEL vom 8. Januar 1990) Wie gesagt, es stinkt und lärmt.

# Die Stunde der Nullen

**Rainer Bäcker,  
Psychologe, Berg-Gladbach**

Mit welchem Recht äußert sich der Jud zur teutschen Vereinigung, fragt der “liberale” Augstein, und der “rechtskonservative” Schönhuber ergänzt: “Shalom, Herr Galinski! Lassen sie uns jetzt endlich zufrieden. Wir können ihr Geschwätz nicht mehr hören.” Wie schön, wenn so ein Volk sich versteht, sind sie schließlich doch zuallererst einmal Teutsche und dann lange nichts mehr. Wir haben eben wieder eine teutsche Nullstunde, und die Juden mit “ihrem” Ausschwitz sind uns lange genug auf die Nerven gegangen. Jetzt bestimmen wir Teutsche wieder, was wir hören wollen und was nicht. “Ob die Deutschen die

Vergangenheit vergessen dürfen oder sollen oder müssen, kann nicht verordnet werden.” (Augstein) Man sieht, Ernst Nolte und Konsorten haben den Historikerstreit gewonnen, aber konnte man daran jemals zweifeln?

Womit ich zur nächsten Abteilung der teutschen Peinlichkeiten komme: der Teutschen sozialdemokratie. Man kann ihr nicht vorwerfen, eine historische Chance vorübergehen zu lassen, ohne zu versagen. Seit dem 9. November kennt sie keine Parteien mehr, nicht mehr ihre politischen Erklärungen (“der Sozialismus hat historisch abgewirtschaftet”) und

Vereinbarungen (wie war das noch mit der gemeinsamen Erklärung mit der SED), sondern nur noch Teutschland, Teutschland über alles. Mit für die durchschnittliche Sozialdemokratie erstaunlichem Eifer versucht sie, ihre nationale Vereinigungspotenz unter Beweis zu stellen, das Lied der Teutschen dabei immer fest auf den Lippen. Ob es um Bücklinge vor der Bundesregierung geht (“Herr Bundeskanzler, wir stimmen Ihrem Deutschlandplan voll zu”), Überholversuche nach rechts (“keine Kontakte mehr mit der DDR-Regierung”) oder Diffamierungen der antifaschistischen Aktionen der SED-PDS, die Teutsche sozialdemokratie ist sich ihrer “nationalen Verantwortung” für Volk und Vaterland bewußt. Dies ist zwar historisch nichts besonders Neues, aber man vergißt es zwischendurch so leicht, wenn man es vergessen will.

Und irgendwann wird der Tag kommen, an dem die Teutsche sozialdemokratie beteuern wird, daß sie doch nichts Böses gewollt habe, Vereinigung, aber doch nicht Wiedervereinigung, Nationalstolz, aber doch nicht Nationalismus, und wird bedauern, daß sie die Geister nicht mehr los wird, die sie einst gerufen hat. Aber vorerst werden ihre VertreterInnen großmütig weiter anderen “Nachhilfeunterricht” in erfolgreicher Politik geben, weil es von der eigenen Konzeptionslosigkeit ablenkt und weil das Nationale so schöne Gefühle macht.

**Stunde Null - von teutschen Landen frisch auf den Tisch - Stunde der Nullen: Wenn das Jahrzehnt so weiter geht, wie es begonnen hat, wird es ganz schön ungemütlich werden im Land der Teutschen, und nicht nur dort.**



**"Die Prägekraft des Sozialismus gegenüber den realen sozialen und politischen Bewegungen schwindet."**

Man kann politisch für konkrete Reformen wirken und man kann auf der anderen Seite noch immer der Idee des Sozialismus anhängen. Aber zwischen beiden Seiten besteht allenfalls eine vermittelte Beziehung, d.h. man ist nicht unmittelbar als Sozialist, der für antikapitalistische Strukturreformen eintritt, politisch wirksam. Ein Dilemma. Zu welchem Ende das führen kann? Da wage ich keine Prognose.

**von Oertzen:**

Wenn wir in der heutigen Situation über das sozialistische Projekt, über seine Berechtigung und seine Zukunft sprechen, so möchte ich in der Analyse eine Dreiteilung vornehmen. Mit Blick auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Industriestaaten läßt sich -erstens- feststellen: Ein voll entwickeltes kapitalistisches Gesellschaftssystem, das sich auf revolutionärem oder evolutionärem Wege in ein nicht-kapitalistisches bzw. demokratisches und sozialistisches System gewandelt hätte, hat es bislang nirgendwo gegeben. Im Gegenteil: Die sozialistischen Triebkräfte sind in den sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen und in der gesamten Linken der entwickelten kapitalistischen Länder in den letzten Jahren immer schwächer geworden. Und die beiden bestimmenden historischen Faktoren der sozialistischen Arbeiterbewegung scheinen auseinandergetreten zu sein: das Wirken als soziale Emanzipationsbewegung innerhalb des kapitalistischen Systems auf der einen und die stark marxistisch geprägte Vorstellung von einer gänzlich neuen Gesellschaft auf der anderen Seite.

Wir sind - zum zweiten - mit dem Verfall des real existierenden Sozialismus und seinen nicht absehbaren Konsequenzen konfrontiert. Alle Linken, die sich mehr oder weniger unkritisch, ein bißchen kritisch oder auch sehr kritisch an diesem Modell orientiert haben, haben diese Orientierung verloren. Und dies bedeutet drittens, daß die sozialistisch ausgerichteten Bewegungen in der "3.Welt" weder Verbündete noch Orientierungspunkte mehr zu haben scheinen. Dies schließt im übrigen ein, daß diejenigen in der "1.Welt", die ihre revolutionären Hoffnungen auf Bewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien (zum Teil auch in Südeuropa, siehe Portugal) stützten, darauf nun endgültig verzichten müssen.

Die offenkundige wechselseitige Verschränkung dieser Vorgänge führt uns zum Kern der heutigen Situation der Linken in Deutschland und Europa, zu einer Situation nämlich, in der die Prägekraft des Sozialismus gegenüber den realen sozialen und politischen Bewegungen schwindet.

**Schulz:**

Ich will keinen großen welthistorischen Bogen spannen, wie dies Peter von Oertzen eben getan hat. Dies erinnert mich nämlich fatal an diese Art von Gesellschaftswissenschaft, wie man sie uns in der DDR vermittelt hat: Eine Vermittlung von Weltanschauung, ohne daß wir die Möglichkeit hatten, uns die Welt anzuschauen. Diese Einteilung in Richtungen, Blöcke und dergleichen mehr bringt uns nicht weiter.

Wir wollen aus der Krise der Ideologien insgesamt heraus. Ich würde zwar nicht sagen, daß der Sozialismus tot ist, aber er ist von Anfang an ziemlich falsch gestartet. Sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus waren in gewisser Weise gesellschaftlicher Wildwuchs. Doch während in der Vergangenheit die Konvergenztheorie noch als ideologische Diversion des Imperialismus abgestempelt wurde, findet momentan so etwas wie eine Synthese statt.

**"Während in der Vergangenheit die Konvergenztheorie noch als ideologische Diversion abgestempelt wurde, findet momentan eine Synthese statt."**

Ich denke in diesem Zusammenhang, daß viele Ansichten, die uns aus der Biologie bekannt sind, auch auf gesellschaftlichem Gebiet zutreffen und sich naturwissenschaftliche Erkenntnisse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse übertragen lassen. Ich meine damit vor allem die Theorie der Selbstorganisation. Denn ich glaube, daß Selbstorganisation das ist, was heute abläuft. Von Oertzen hat vorhin von den gesellschaftlichen Triebkräften gesprochen. Aber das sind heute nicht mehr die Klassen und die sozialen Schichten, sondern die unmittelbar handelnden Bürger, die vor Ort ihre Interessen wahrnehmen und das Prinzip

# Was bleibt vom Sozialismus?

● **ROUND TABLE**

Ein Gespräch unter deutschen Linken: Über den Sozialismus und über Schwermetalle, über Volkseigentum und multinationale Konzerne, über die SPD, SED und DDR. Es fand statt am 19.1.90 in Berlin (Ost).  
Mit **BIRGIT ARKENSTETTE**, Alternative Liste Westberlin;  
**PETER VON OERTZEN**, Mitglied des Parteivorstandes der SPD "West";  
**WERNER SCHULZ**, Vertreter des Neuen Forums am "runden Tisch" der DDR und **JOACHIM WILLERDING**, Mitglied des Präsidiums der PDS, vormals SED.

"global denken, lokal handeln" praktizieren. Das ganze verdichtet sich zu eigenständigen kooperativen und reichhaltigen Strukturen. Wir erleben in diesem Land einen Strukturbruch, wo dies möglich werden könnte, wobei Elemente aus beiden Gesellschaftssystemen denkbar sind: die hohe Effizienz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, zugleich aber soziale und ökologische Regulative auf der Basis von selbstorganisierten Strukturen. Daraus könnte in diesem Land eine spannende neue Qualität entstehen ...

**Willerding:**

Meines Erachtens erleben wir das Scheitern eines bestimmten Sozialismusmodells. Dies ist ein schmerzhafter Prozeß, der aber ein Nachdenken über neue Perspektiven mobilisiert. Dabei stellt sich natürlich die Frage: Was bleibt? Und ich meine, daß bei aller Unvollkommenheit gerade auf sozialem Gebiet auch Leistungen vollbracht worden sind. Die lassen sich heute aus unterschiedlichsten Gründen vielleicht nicht mehr halten, was vielen Menschen gar nicht bewußt ist. Doch die Arbeiter werden über kurz oder lang merken, daß sie auch etwas zu verlieren haben. Und sie werden möglicherweise auf die Straße gehen, wenn sie

das merken. Der Grundfehler des bisherigen konzeptionellen Denkens bestand in der Vorstellung eines "Sozialismus von oben". Das notwendige Nachdenken über diese Vorstellung und ihre Berechtigung wurde in den vergangenen Jahrzehnten überlagert und blockiert durch die politische Situation in Europa und der Welt im Gefolge des Krieges. Die Konfrontation zwischen Kapitalismus und dem ersten Versuch, einen Sozialismus aufzubauen, hat maßgeblich ein deformiertes Denken und Handeln in unseren Reihen befördert.

Richtig ist aber wohl auch, daß der bisherige Sozialismus dem entwickelten Kapitalismus wenig entgegenzusetzen hatte.

**"Man muß sich daher fragen, ob einige russische Revolutionäre nicht mit ihrer These recht hatten, daß ihre Revolution zu früh kommt."**

sich daher fragen, ob einige russische Revolutionäre nicht mit ihrer These recht hatten, daß ihre Revolution zu früh kommt, wenn in den entwickelten Industrieländern keine sozialistischen Veränderungen Platz greifen. Man muß verstehen, daß der Zusammenbruch der SED nicht nur einen Zusammenbruch ihrer Macht darstellt, sondern daß auch ein ideeller Zusammenbruch stattgefunden hat, mit dem sich die ganze Linke beschäftigen muß.

Ich glaube jedenfalls nicht, daß auf diesem Gebiet nun der historische Sieg der Sozialdemokratie stattgefunden hat, weil sie selbst kaum noch über eine Sozialismusidee verfügt. Allerdings: In der heutigen Situation meines Landes, mit Blick auf die Entwicklungen in der UdSSR und angesichts der historischen und auch aktuellen Probleme der deutschen Linken, einen konzeptionellen Konsens einzuleiten und die ja eher zunehmende Zersplitterung zu

stoppen, kann die Perspektive des Sozialismus sowieso nur in einer längeren Zukunft neu gedacht werden.

**von Oertzen:**

Zu Werner Schulz möchte ich sagen, daß ich es gut verstehen kann, wenn meine Kategorien bei ihm schlechte Erinnerungen an SED-Schulungen etc. hervorrufen. Aber wenn man die Losung "global denken, lokal handeln" ernst nimmt und nicht auf das Lokale reduziert, so muß man doch "global" folgende Realität zur Kenntnis nehmen:

Der Kapitalismus ist nicht nur ein Abstraktum, sondern auch eine Realität mit Konsequenzen, wie sie in der klassischen sozialistischen Theoriebildung schon analysiert worden sind. Es gibt ihn - und wehe wenn wir ihn nicht zur Kenntnis nehmen. Sonst sind wir zunächst ideell und dann politisch entwaffnet. Man muß wissen, wo seine Gegner stehen.

**Schulz:**

Ich habe dennoch Probleme mit der Terminologie, mit diesen Sprachfertigkeiten. Am Beispiel: Den Schwermetallen ist es doch relativ egal, ob sie kapitalistisch oder sozialistisch erzeugt worden sind. Es geht um die Industriegesellschaft und ihre Wirkprinzipien.

Und ich spreche den Politikern den dafür erforderlichen Sachverstand ab: Um die Welt in Ordnung zu bringen, ist vor allem fachmännische Sachkompetenz gefragt. "Sozialismus" ist auch so ein Sprachfertigkeit, wo- mit sich unterschiedlichste Vorstellungen verbinden.

**"Den Schwermetallen ist es doch relativ egal, ob sie kapitalistisch oder sozialistisch erzeugt worden sind. Es geht um die Industriegesellschaft und ihre Wirkprinzipien."**

Die Leute in unserem Land können das Wort nicht mehr hören. Man müßte sagen, worum es konkret geht. Und deshalb habe ich auch Schwierigkeiten, wenn Leute wie Brie, Klein und Segert an einem neuen Sozialismusmodell basteln. Das ist zwar das Konstruktivste und Ergiebigste, was gegenwärtig aus den Reihen der SED kommt. Aber auch dies ist ziemlich egal. Denn das Land ist kaputt und schafft es nicht mehr aus eigener Kraft. Die Kraftspender können aber nur aus dem kapitalistischen Westen kommen.

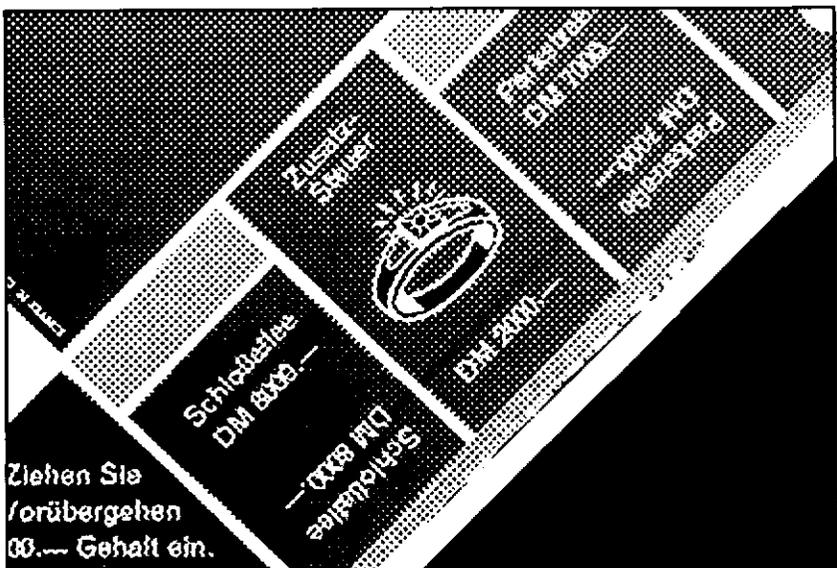
Da hilft der Verweis auf angebliche soziale Errungenschaften der SED-Politik ebenso wenig weiter wie ein Spiel mit Ängsten vor multinationalen Konzernen, die uns auffressen wollen. Es ist doch gar nicht unsere Absicht gewesen, Volkseigentum abzuschaffen. Daß wir jetzt Anteile aufgeben müssen, ist doch das Ergebnis der Bankrottspolitik der SED. Natürlich möchte ich, daß Grund und Boden Allgemeineigentum bleiben und das sogenannte Volkseigentum (das in Wirklichkeit Funktionäreigentum war) in eine betriebliche Selbstorganisation überführt werden. Entscheidend sind die Verfügungsgewalt und das Eigentümerbe-



Zum erstenmal in der Geschichte stellt sich heute ein kapitalistischer Weltmarkt ohne einen ernstzunehmenden nicht- oder gar antikapitalistischen Widerstand her. Die Sowjetunion und ihr Lager werden möglicherweise zerbrechen, können diesen Widerstand jedenfalls nicht mehr leisten. Und die VR China ist dazu - zumindest auf absehbare Zeit - nicht in der Lage. Dies ist eine Tatsache, die viele Länder der "3. Welt" und Osteuropas und eben auch die DDR noch zu spüren bekommen werden!

**"Zum erstenmal in der Geschichte stellt sich heute ein kapitalistischer Weltmarkt ohne einen ernstzunehmenden nicht- oder gar antikapitalistischen Widerstand her."**

Man kann über die Perspektiven dieser Länder nicht reden, ohne über den Weltkapitalismus, über die multinationalen Konzerne, ihre Macht und ihre Investitionen zu reden. Man kann z.B. nicht über die Vergiftung des Rheins sprechen, ohne die monopolisierte Großchemie und deren demokratische Kontrolle im Auge zu haben. Mit anderen Worten:



**Arkenstette:**

Auch mir sind begriffliche Schubladen wie "Kapitalismus" oder "Sozialismus" nicht so wichtig. Ich würde mich auch nicht unbedingt als Sozialistin bezeichnen. Worum es mir geht: Wir brauchen dringend eine Wende auf den Feldern der Ökologie, der Geschlechterverhältnisse, im System der Arbeit, in Form von Selbstbeteiligung und Demokratisierung. Wir sind doch mit dem Problem der Ausbeutung in den verschiedensten Ausformungen konfrontiert - von der Ausbeutung der sogenannten 3. Welt bis hin zur Ausbeutung der Frauen durch die Männer. Zwar können die Leute im Westen ihre Konsumbedürfnisse besser befriedigen. Aber auf der anderen Seite stehen wir doch kurz vor der ökologischen Katastrophe. Und deshalb verstehe ich auch Peter von Oertzen nicht, wenn er sagt, es sei eine Zeit für Reformen, aber nicht für antikapitalistische Schritte. Die Entwicklung in der DDR heißt für mich jedenfalls nicht, daß ich meine Vorstellungen und Utopien zu begraben hätte. Ich finde, Egon Bahr hat vor kurzem einen sehr guten Vergleich gebrocht: Denn das Christentum hat sich in seiner Geschichte ja auch vielfach diskreditiert - Korruption, Hexenverfolgung, Kreuzzüge und vieles mehr - und doch würde niemand auf die Idee kommen, einem Christen diese Verbrechen heutzutage vorzuhalten.

M a n  
m u ß

wußtsein, das sich nur auf diesem Wege herausbilden läßt. Daraus könnte eine Art innovativer Gründermoralität entstehen, die auch gegenüber dem westlichen Kapitalismus etwas Neues darstellen würde.

### Arkenstette:

Ich gebe Werner völlig recht. In der DDR wäre es das falscheste, mit irgendwelchen sozialistischen Modellen anzufangen. Man muß schauen, was die Menschen konkret wollen. Dabei will ich die sozialen Errungenschaften der DDR, von denen eben die Rede war, keinesfalls über den grünen Klee loben. Aber ich denke, daß eine differenzierte Sichtweise notwendig ist. So gibt es in der Situation der Frauen viele Vorteile gegenüber der BRD: z.B. eine ausreichende Grundausstattung an Kindergärten mit langen Öffnungszeiten und eine stärkere Qualifizierung und Vertretung von Frauen in der Hierarchie. Auf der anderen Seite geht dies damit einher, daß die DDR-Frauen zwar erwerbstätig, aber gleichzeitig auch für die Kinder und den Haushalt zuständig sind. Und in mancherlei Hinsicht hinkt die frauenpolitische Diskussion mehr als 15 Jahre hinter den Entwicklungen in der BRD hinterher. Es hat einige Veränderungen von oben gegeben, aber kein durchgreifendes neues Rollenverständnis und Selbstbewußtsein von unten.

Nun besteht heute die Chance für einen Neuanfang. Entscheidend sind dabei die Demonstrationen, die Macht der Straße. Aber ich habe Angst, daß diese Macht wieder delegiert werden soll an Parteien, die vom Westen gekauft worden sind. Diese Macht muß erhalten werden zusammen mit einem Volkseigentum in demokratischer Verfügungsgewalt. Aber diese Chancen werden vertan, wenn die DDR dem Westen angegliedert wird.

### Willerding:

Es ist richtig dargestellt, daß die Bevölkerung in der DDR keine Sozialismusmodelle mehr annimmt, daß man an den unmittelbaren Interessen ansetzen muß. Ein Problem besteht aber darin, daß die Menschen faktisch zu einem Konsumdenken erzogen worden sind und die andere Gesellschaft unter diesem Aspekt betrachten. Dabei wird vernachlässigt, daß der Kapitalismus auch in großen Teilen Westeuropas, in Südtalien oder weiten Bereichen Englands weder gute Umwelt- noch soziale Bedingungen geschaffen hat. Doch all dies wird politisch überlagert: Die SED hat nicht nur die Macht verloren, sie hat schon vorher die Wirtschaft verkauft. Bei 50 Mrd. Mark Schulden

braucht man von Ausverkauf nicht zu reden, er hat schon stattgefunden. Und nun stellt sich die Frage: Wie können sich linke Kräfte sammeln, um der Kapitalisierung etwas entgegenzusetzen. Eine Frage, die sich im übrigen auch international stellt, wenn es um Kapitalmacht und gewerkschaftliche Gegenmacht geht. Wir müssen bei uns schauen, wie das noch immer vorhandene große linke Potential wirksam gemacht werden kann. Dabei muß man doch sehen, daß die meisten unserer Parteimitglieder nicht wegen Honecker oder aus Gründen der Bereicherung eingetreten sind und daß die Entfremdung vom sogenannten Volkseigentum auch sie betroffen hat. Sie hatten - wie auch ich - Hoffnungen auf Veränderungen in der SED, Hoffnungen, die enttäuscht worden sind und nun in der vielfachen Forderung nach Auflösung der Partei münden. Man kann aber nicht aus der Geschichte herauspringen.

Eine Partei, die vierzig Jahre Staatspartei war und aus der Macht herausgeht, verschwindet nicht per Dekret. Im Gegenteil: Wir stehen zusammen mit den anderen demokratischen Kräften in der Verantwortung für unser Land und müssen angesichts der aufklaffenden Gegensätze, angesichts einer aufgeheizten Situation einen Bürgerkrieg verhindern. Es geht nicht darum, die SED bzw. SED/PDS um ihrer selbst willen zu erhalten...

### Arkenstette:

Von den Unternehmensverbänden bis hin zu unserer SPD hört man dieselben Lösungen für die DDR: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Waren gibt es nur mit Kapitalbeteiligungen von 51% und mehr, gibt es nur mit dem Anschluß an die Bundesrepublik.

Ich sage: Mit der Wiedervereinigungsparole werden bei den Leuten ökonomische und soziale Erwartungen geweckt, die nur enttäuscht werden können. Und diese Enttäuschungen werden sich in der DDR nach rechts wenden. Ich habe Angst vor dieser Entwicklung, auch vor ihren Konsequenzen für die UdSSR, für Gorbatschow und seine Politik. Angesichts der nationalistischen Gefahren hier und dort wird in Sachen "Wiedervereinigung" ein Abenteuerum praktiziert, das einem die Sprache verschlägt.

**"Man kann aber nicht aus der Geschichte herauspringen ..."**

**... Wir müssen einen Bürgerkrieg verhindern."**

**"Mit der Wiedervereinigungsparole werden bei den Leuten ökonomische und soziale Erwartungen geweckt."**

Ich habe Angst, weil dem nichts entgegengesetzt wird - auch nicht vom Neuen Forum. Dabei habe ich die SPD-Ost gedanklich schon abgeschrieben. Die SPD-West hat als alleinig treibendes Motiv die Wahlchancen im Westen und im Osten. Aber wenn die SPD meint, sie könnte die DDR mit ihren politischen Vorstellungen eines sozial abgemilderten Kapitalismus regieren, so ist dies eine Illusion, die zu einem ganz bösen Erwachen führt. Und an von Oertzens Adresse möchte ich sagen, daß die SPD dabei voll mitmacht. Ihre Politik wird man vielleicht schon in einem Jahr als dasselbe bezeichnen wie das, was die SPD 1914 gemacht hat, als sie den Kriegskrediten ihre Zustimmung gab.

Es geht dabei um Bedingungen, unter denen die Chance besteht, gewisse demokratische, soziale und ökologische Elemente zu sichern, z.B. die öffentliche Verfügung über Grund und Boden, betriebliche und regionale Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, die neu entwickelten Formen der Bürgerbeteiligung, welche nicht einem Parteienmonopol geopfert werden dürfen. Und man muß dafür sorgen,

daß die Medien nicht in die Hände großer konzentrierter Kapitalgesellschaften fallen.

Darum können wir aber nicht auf Basis einer prinzipiellen Ablehnung der Wiedervereinigung kämpfen, allerdings erst recht nicht auf Basis einer überstürzten Vereinigungspolitik, die in der Tat zur Schwächung linker und gewerkschaftlicher Positionen führen würde.

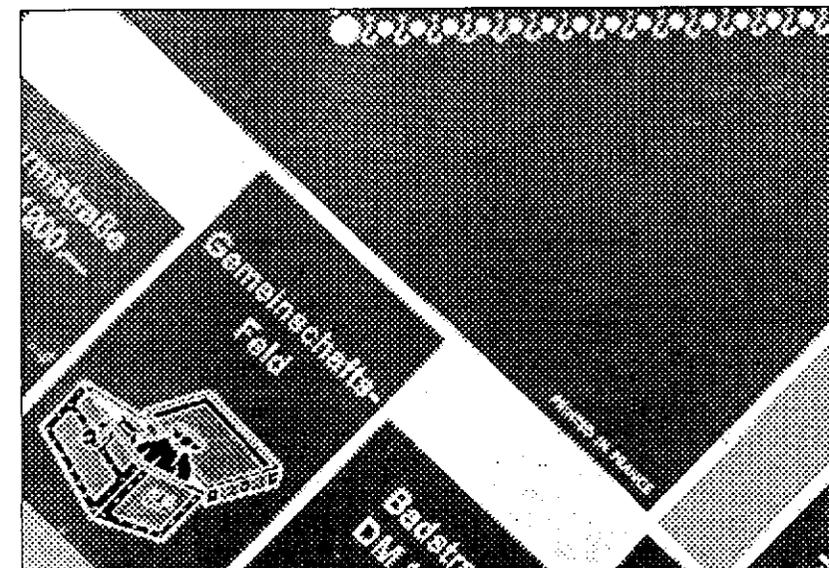
### Schulz:

Die Einheit hat faktisch doch schon längst stattgefunden. Denn die Leute in der DDR wollen keine Experimente mehr, egal ob sozialistische oder grün-alternativ-ökologische. Vielleicht ist das die falsche Revolution im falschen Land, wie es in Rußland früher auch schon einmal der Fall war, vielleicht ist die DDR nicht das Experimentierfeld dafür. Die Leute wollen kein Chaos und keine Anarchie, sondern solide Perspektiven. Und es stellt sich die Frage, was in diesem Einheitsprozeß von unserer Seite aus beigesteuert werden könnte. Dafür sehe ich auch durchaus Chancen.

### Willerding:

Aus unserer Sicht hat sich die These der alten Partei- und Staatsführung, daß die deutsche Frage historisch entschieden sei, eindeutig als falsch erwiesen. D.h.: Die deutsche Nation existiert in zwei Staaten und einer Stadt, deren Status unklar ist. Es ist daher legitim, über die Überwindung der Spaltung nachzudenken, aber dies kann unseres Erachtens nur im europäischen Kontext erfolgen. Man muß an diese Frage mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein herangehen. Eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten in kurzer Zeit würde in der Tat eine erhebliche Schwächung der deutschen Linken, meines Erachtens auch der Sozialdemokratie, mit sich bringen.

**"Die neu entwickelten Formen der Bürgerbeteiligung dürfen nicht einem neuen Parteienmonopol geopfert werden."**



### von Oertzen:

Ob es uns paßt oder nicht: Angesichts der klaren Stimmungslage der Bevölkerung in den beiden deutschen Staaten ist es völlig aussichtslos, frontalen Widerstand gegen die Wiedervereinigung zu leisten und dogmatisch auf der Zweistaatlichkeit zu bestehen. Im Unterschied zu Arkenstettes Szenario halte ich es für möglich, daß die Ausdehnung der EG auf Osteuropa - und die deutsche Vereinigung wäre davon ja ein entscheidendes Element - angesichts relativ billiger Arbeitskräfte und eines gleichzeitigen großen konsumtiven Nachholbedarfs zur kräftigsten kapitalistischen Konjunktur seit den 50er Jahren führen kann und daß davon schon in kurzer Zeit die Mehrheit der Menschen in der DDR, in der CSSR, vielleicht auch in anderen Ländern mehr Vorteile als Nachteile haben werden. Eine durchaus beachtliche Minderheit wird dabei unter die Räder kommen. Aber daß man unter kapitalistischen Bedingungen eine Gesellschaft regieren kann, wenn nur 60-70% der Bevölkerung davon profitieren, sehen wir ja beispielhaft in den USA. Wir müssen diese Möglichkeit ins Auge fassen und wir müssen uns realistischerweise auf den Bundesstaat einstellen und darauf bezogen die Frage stellen, welche gesellschaftspolitischen Positionen erneuert oder verteidigt werden können.



"Die Abstimmungsmaschine läuft"

# WIDER DIE POLITIKVERDROSSENHEIT

## THESEN ZUR REFORM VON PARTEI UND PARLAMENT

VON ULF SKIRKE,  
EHM. JUSO-BUNDESVORSITZENDER UND  
MITGLIED DES LANDESVORSTANDES DER HAMBURGER SPD

W

"Wir lieben die Menschen, die frisch heraus sagen, was sie denken, - falls sie das gleiche denken wie wir." (Mark Twain)

### Vorbemerkung

Alles redet über die Demokratisierungsbewegung in Osteuropa. Zu Recht. Fast niemand redet über nötige Reformen unserer festgefahrenen Parteien-Demokratie. Zu Unrecht. Obwohl scheinbar die deutsch-deutschen Entwicklungen die gesamte politische Aufmerksamkeit auf sich ziehen, obwohl mit dem beachtlichen Wahlerfolg der SPD an der Saar die Republikaner unter die Fünf-Prozent-Marke gedrückt wurden, gären dennoch die Probleme eines immer deutlicher werdenden Funktions- und Glaubwürdigkeitsverlustes von Parteien und Parlamenten bei uns weiter. "Politikverdrossenheit" umschreibt dieses Phänomen zu symbolisch. Es geht um berechnete Ansprüche der Öffentlichkeit nach mehr Demokratie und nach einer neuen Verantwortungsethik in der politischen Willensbildung. Wann wird sich die demokratische Linke dieses Problems annehmen, wann heißt es auch bei uns: "Wir sind das Volk" ...?

### These 1

Die Politik in Parteien, Parlamenten und Regierungen hat den Boden unter den Füßen verloren. Das Mißtrauen in die derzeitigen demokratischen Institutionen und Parteien nimmt zu, während eine selbstorganisierte Gegenöffentlichkeit wächst.

Die gesamtpolitischen Voraussetzungen im Übergang zu den neunziger Jahren haben sich grundlegend verändert. Die "neuen" Anforderungen, Ansprüche oder Probleme der Gesellschaft verlangen neue politische Instrumente, die bisherigen greifen zu kurz oder daneben. Fehlende soziale Akzeptanz, mangelnde Sachkompetenz oder unzureichende Durchsetzungskraft lassen die Politik in Parteien, Parlamenten und Regierungen als "Papiertiger" erscheinen. ("Die da oben lösen nicht mehr unser aller Probleme, sondern verwalten nur noch - sich selbst.") Die Ursachen dafür sind aber nicht einfach im persönlichen Versagen "der" Politiker zu suchen, sondern führen auf eine neue Qualität gesellschaftlicher Probleme der fortgeschrittenen Industriegesellschaften. In Anlehnung an Ulrich Beck ("Risikogesellschaft") wird unsere Gesellschaft immer offensichtlicher mit den Herausforderungen der selbstgeschaffenen Vernichtungsmöglichkeit allen Lebens konfrontiert, die den politischen Instanzen Entscheidungen abverlangen, für die es bisher kaum Instrumente gibt. Derartige Entscheidungen "neuen Typs" lassen sich vier Kategorien zuordnen:

Sie beziehen sich auf Maßnahmen, die mit unkalkulierbar hohen Risiken, mit unvorhersehbaren Folgen für künftige Generationen, mit unumkehrbaren Konsequenzen für Mensch und Umwelt und mit uneingrenzten oder unbeherrschbaren internationalen Auswirkungen verbunden sind.

Angesichts dieser Problematik sind einfache Mehrheitsentscheidungen nicht mehr ausreichend, die große Minderheit muß angemessen beteiligt werden. Eine Neubestimmung übergreifender Konsensbildung der Gesellschaft wird erforderlich.

**In dem derzeitigen demokratischen Institutionen-Gewirr dagegen scheint niemand mehr für politische Entscheidungen verantwortlich zu sein.** Vermutete Sochzwänge, bornierte Machtinteressen oder mangelnde Zivilcourage produzieren eine "organisierte Unverantwortlichkeit", die die dringend erforderlichen Problemlösungen immer wieder blockiert. Die Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer mit geregelten Berufskarrieren einerseits, eine wachsende Zahl von Arbeitslosen, Gelegenheitsarbeitern, Frührentnern, sozial Ausgegrenzten andererseits, schafft nicht nur weitere wesentliche Gründe für die Politikverdrossenheit der großen Minderheit, sondern findet obendrein in den politischen Instanzen ihre Fortsetzung: **Die Spitzenpolitik hat längst eine Art Kaste herausgebildet, die für sich die eigene Lebenssituation (hohe Einkommen, einflußreicher Sozialstatus, individuelle Freizügigkeit, demokratische Mitsprache) optimal zu regeln versucht, aber andererseits weit entfernt vom "normalen" Lebensalltag der Menschen arbeitet und handelt.**

Demgegenüber schreiten Selbstaufklärung und Selbstbefreiung vieler Bürger als Prozeß der Emanzipation von der "Obrigkeit" voran, insbesondere als Anspruch von Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Mehr persönliche Verantwortung und Individualität, mehr Selbstverwaltung und demokratische Mitsprache, aber auch gerechte Verteilung sozialer Lasten, wie z.B. die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik für Männer und Frauen, kennzeichnen weitere neue "Werte" und Ansprüche für das politische Handeln.

FE

Trotz verbaler Beteuerungen wird der gesellschaftspolitische "Wertewandel" oder die neuen existentiellen Politikanforderungen von Parteien, Parlamenten oder Regierungen ungenügend berücksichtigt. Die Vertrauenskrise in die politischen Instanzen wächst, demgegenüber aber auch die Entwicklung von Bürgerinitiativen und Selbstorganisation, d.h. Gegenöffentlichkeit in allen drängenden Problembereichen wie Umwelt, Frieden, Soziales, Bürgerrechte etc.: Längst hat sich ein Bereich der "Schatten-Politik" herausgebildet - wenn auch mit sehr begrenzter Macht.

Wie lange kann ein demokratisches System mit dem Widerspruch einer gespaltenen politischen Öffentlichkeit leben?

## These 2

Die Partei "alten Typs" ist historisch überholt. Selten in vierzig Jahren Bundesrepublik war das Parteien-Image in der Bundesrepublik so schlecht wie heute. Enttäuschung und Mißtrauen über die politischen "Künste" der Parteien sind gewachsen, der Abstand zwischen Parteien und Gesellschaft ist größer geworden. Trotz des Verfalls des konservativen "Modells" von CDU und FDP, gelingt es auch den Oppositionsparteien bisher kaum, die Abwendung der Bevölkerung von herkömmlicher Partei-Politik zu verhindern. Viele Wahlberechtigte gehen nicht zur Wahl oder lassen sich zunehmend auf das Wagnis der Protestwahl ein. Ob Europa oder Berlin, die hohen Wahlprozente für die "Republikaner" - offenbar nicht nur vom Fleisch der Konservativen - machen alle etablierten Parteien wach, aber ratlos. Überproportional hohe Anteile für "REPs" und für Wahlenthaltung bei Jungwählern verweisen eben auf mehr als Unmut über verfehlte Regierungsarbeit, auch das Versagen traditioneller Parteipolitik wird zusehends abgemahnt. Der Trend setzt sich fort und spitzt sich zu: Die Partei "alten Typs" verliert ihre Bindungskraft - besonders gegenüber der jungen Generation.

Spendenaffären, Steuerhinterziehungen, Barschel-Affäre, Abgeordnetendiäten, Beamtenprivilegien kennzeichnen stichwortartig nur unzureichend das Negativimage des Parteienstaates und seiner Institutionen, das durch Ämterverquickung der Staatsparteien und die Verflechtung von Wirtschaft und Politik noch überboten wird. Dabei geht es den Kritikern nicht nur um das Anprangern von Finanzskandalen, Machtmißbrauch, Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens oder von Unglaubwürdigkeit in der Politik, sondern es wird viel tiefgreifender nach einem neuen Verhältnis von Politik und Moral, sowie einer anderen Art des Politikmachens verlangt.

**Das Innenleben der Parteien wirkt wie eine Mauer auf die politisch interessierte Öffentlichkeit. Parteien und Lebenswelt bleiben weitgehend getrennt.** Nicht im entferntesten finden sich in den Parteien die gesellschaftlichen Gruppen nach Alter, Beruf oder Geschlecht - ihre Wertorientierungen und Lebenskulturen eingeschlossen - angemessen repräsentiert.

Die Entfremdung zwischen Partei und Gesellschaft spiegelt sich in den Parteien noch einmal wieder: In der

Distanz zwischen Funktionärskörper und Vorstandsglied einerseits und "einfachem" Parteimitglied andererseits. Natürlich kann die schweigende Mehrheit von ihrer selbstverschuldeten Passivität in den Parteien nicht freigesprochen werden, aber die übermäßigen Vorrechte von Parteivorständen - die überdies ihre Mehrheiten durch unkontrollierbare Absprachen interner Zirkel garantieren - bilden für einzelne Parteimitglieder oder Delegierte eine unüberwindliche Barriere. So darf beispielsweise der vierzigköpfige SPD-Parteivorstand auf Bundesebene sogar bei Personalentscheidungen auf Parteitagen mitwählen, während die von ihm eingesetzten Arbeitskreise oder Kommissionen dort nicht einmal Rederecht haben. Ziele und Ergebnisse des Parteitags werden von kleinen Machtzentren in der Parteispitze gesteuert und kontrolliert. Antragsvoten werden in extra eingesetzten Antragskommissionen quasi festgeschrieben (Ausnahmen bestätigen die Regel). Die Delegierten werden praktisch überflüssig. Die Möglichkeit, auf Delegiertenkonferenzen und Parteitagen lebendige und offene Problemlösungen zu diskutieren, Arbeitsergebnisse und Sachverstand aus der eigenen Mitgliedschaft oder von außen, aus Bürgerinitiativen, Gewerkschaften oder Verbänden einzubeziehen, sind äußerst gering.

Die Flügelbildung in Parteien kann dann sinnvoll sein, wenn in offenen und öffentlich nachvollziehbaren Gesprächskreisen die parteiliche Willensbildung inhaltlich vorbereitet, die Argumentation qualifiziert und der Öffentlichkeit eine lebendige Streitkultur signalisiert wird. Wenn aber eine kleine Funktionärschicht Richtungsdiskussionen zu inhaltsleeren, verkrusteten Ritualen erstarren läßt, politische Macht als Macht der eigenen Gruppe verwaltet, stirbt das Parteileben allmählich ab. **Die Selbstbeschäftigung der Funktionäre zur Verteidigung von vermeintlichen "Hochburgen" kostet nicht nur Energie - zu Lasten wichtiger Problemlösungen - , sondern führt zu Leerlauf und Außenabschottung der Partei bzw. zu vordemokratischen Verhältnissen.**

Aufgrund der tiefgreifenden Funktionsmängel und Demokratiedefizite der Parteien alten Typs ist ohne eine weitreichende Strukturreform des Innenlebens und des Gefüges der Parteien eine weitere Abwendung der Bevölkerung von den Parteien nicht mehr aufzuhalten. Die Parteien müssen sich endlich zur Gesellschaft hin neu öffnen.

## These 3

Auch die Parlamente erstarren seit geraumer Zeit in bürgerfernen Ritualen, es fehlt an Offenheit und Öffentlichkeit.

Die reale Gestaltungsmacht von Parteimitgliedern oder Abgeordneten ist äußerst begrenzt. Häufig erscheinen sie als Anhängsel von Regierungen, Fraktionen oder Vorständen. Fraktionsdisziplin und Treue zum "eigenen Lager" wird mitunter höher bewertet als problembewußtes und verantwortliches Handeln. Vielfach muß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß in Parlamenten weder eine Kontrolle der Regierung noch optimale Problemlösungen betrieben werden. Die Entwicklungsge-

schichte von Parteien und Parlamenten führt auf das 19. Jahrhundert zurück, und noch heute sind deutliche Spuren des Obrigkeitsstaates erkennbar.

Sowohl im Bundestag als auch in Landesparlamenten haben "einfache" Abgeordnete sowie die Öffentlichkeit wenig zu sagen. Hildegard Hamm-Brücher stellt in einer vergleichenden Untersuchung mit anderen Parlamenten Westeuropas und Nord-Amerikas fest, daß die Rechte von Abgeordneten "im Schnitt deutlich ungünstiger und schwächer entwickelt sind", als die der vergleichbaren ausländischen Parlamente. Im Gegensatz zum Ausland tagen die Ausschüsse im Deutschen Bundestag grundsätzlich nicht öffentlich. Andererseits beträgt die Zahl seiner Sitzungstage nur die Hälfte derjenigen in ausländischen Parlamenten. Wäre es nicht längst an der Zeit, die gähnende Leere und Langeweile im Parlament mit Inhalt zu füllen und beispielsweise Ausschusssitzungen mit aktiver öffentlicher Beteiligung (auch im Plenum) tagen zu lassen? Vielleicht würde es dazu beitragen, weniger bevölkerungsfernen "Ausschuß" und mehr lebendige Politik zu produzieren. Die Zeit ist längst überfällig für eine umfassende Parlaments- und Verfassungsreform - bundesweit. Die "Interfraktionelle Initiative Parlamentsreform" im deutschen Bundestag liefert dazu Ansätze, und die schleswig-holsteinische "Enquete-Kommission Verfassungs- und Parlamentsreform" zielt mit ihren Vorschlägen für mehr Rechte der einzelnen Abgeordneten und der Öffentlichkeit in die richtige Richtung.

## These 4

Eine grundlegende Reform der parlamentarischen Parteiendemokratie ist vordringlich geworden. Eine Parlamentsreform ohne Parteireform greift zu kurz und umgekehrt kann eine vernünftige Reform der Parteien nur in Bezug auf ihre Umsetzung in den Parlamenten sinnvoll und wirksam sein.

Die Funktionsmängel von Parteien und Parlamenten rühren aber nicht nur von anderen Wertvorstellungen und anderen Anforderungen der Gesellschaft her, sondern auch die herkömmlichen Politik- und Entscheidungsstrukturen erschweren oder verunmöglichen häufig die Problemlösungen in den brennendsten Gesellschaftsfragen. Die Reform von Parteien und Parlamenten sind kein Demokratie-luxus, sondern wesentliche Voraussetzungen für politische Lösungen der größten Probleme in den neunziger Jahren. Gegen die Parteienverdrossenheit greifen neue Reformziele allein, die lediglich eine veränderte Zukunftsprogrammatische enthalten, zu kurz. Nicht nur die Politik der Zukunft steht auf dem Prüfstand, sondern auch die Zukunft der Politik: Wie soll Politik in Parteien und Parlamenten zukünftig gesellschaftsoffen, überzeugend und wirksam gestaltet und organisiert werden? Das neue Grundsatprogramm der SPD sagt dazu leider wenig. Aber immerhin heißt es dort: "Parteiliche Willensbildung, Parteierhalten und Parteiorganisation müssen unseren grundlegenden Reformzielen entsprechen und neuen gesellschaftlichen Anforderungen nach mehr Mitentscheidung der Bevölkerung entgegenkommen". Ein Anfang zwar, aber der Mangel bleibt: **Einerseits sollen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft grundlegend re-**

**formiert werden, andererseits bleiben Strukturen und Innenleben der SPD - und der anderen Parteien - so wie sie sind?!** Beides muß erneuert werden: Gesellschaftspolitik und Parteien.

Bisher einziges Beispiel einer solchen Doppelreform ist die Einführung der Frauenquote, aber weitere Struktur-mängel im Parteiensystem bleiben bisher unaufgearbeitet.

## These 5

Die tiefgreifenden Funktionsmängel und Defizite des parlamentarischen Parteiensystems lassen sich in den herkömmlichen Parteistrukturen und dem üblichen Schema Regierung und Opposition nicht mehr beheben.

Die gegenwärtigen, wesentlichen Defizite des Parteiensystems lassen sich in fünf Bereiche zusammenfassen.

### 1. Die globale Dimension:

Die Politik von Gegenwart und Zukunft trägt immer globalere Züge, weltweiter Umweltschutz, Friedens- und Nord-Süd-Politik rücken immer mehr in den Mittelpunkt. Politik und Partei der Zukunft müssen kosmopolitisch arbeiten und handeln, Ozonloch und Klimakatastrophe warten nicht. Im Unterschied zum international organisierten Kapital sind die Kräfte einer Reformpolitik auf dieser Ebene bisher nicht konfliktfähig. Der Notwendigkeit einer "Weltinnenpolitik" steht eher provinzielles Parteihandeln gegenüber - bei entsprechender unzureichenden Organisationsstrukturen. Zur dringend notwendigen Entfaltung der Weltgesellschaft bleiben Verweise auf die Vereinten Nationen solange unzureichend, wie nicht auf unterer politischer Ebene Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen grenzüberschreitende Willensbildung und Aktionen umsetzen. Wie wäre es - als Unterstützung dazu - mit einer kreativen und demokratischen Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien?

### 2. Die ethisch-moralische Dimension:

Gerade wegen der Zuspitzung globaler, existentieller Probleme in der "Risikogesellschaft" muß eine neue Überlebens-Ethik das Partei-Handeln bestimmen. Das "Prinzip Verantwortung" gewinnt als politischer Wertmaßstab zentrale Bedeutung für innerparteiliche Willensbildung und Außenwirkung der Parteien. Politische Ziele lassen sich des weiteren zunehmend weniger mit hierarchischer Autorität, organisatorischen Trickereien oder Postenschieberei durchsetzen; statt dessen zählen Argumente, zählt Glaubwürdigkeit, Authentizität. Politische Entscheidungen sollten transparent, unbürokratisch oder schlicht menschlich sein. Nicht nur die Humanisierung der Arbeit, sondern auch der Parteiarbeit, steht auf der Tagesordnung. Demgegenüber prallt dieses Bürgerbegehren an anonymen, teilweise inhumanen, kaum kontrollierbaren Partei- und Fraktionsstrukturen ab. Politisch Verantwortliche können anscheinend im Dickicht von Parteiapparaten "untertauchen".

Die Tatsache, daß bei einer Vorwahlumfrage in Berlin (Infas) 56% der Befragten glaubten, keiner Partei "Ehr-

lichkeit und Unbestechlichkeit" zubilligen zu können, ist alarmierend. Offensichtlich wird ein anderes Verhältnis von Politik und Moral verlangt - gerade von Parteien.

### 3. Die individuelle Dimension:

Die Generation der achtziger und neunziger Jahre trägt sich nicht nur mit der Sorge um eine lebenswerte Zukunft, sondern in einer qualitativ neuen Weise mit der "Sorge um sich" (Michel Foucault). Sie sucht ausgeprägter nach Selbstverwirklichung, Entscheidungsautonomie und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ("Individualisierungsschub"). Neben das "Wir-Gefühl" tritt gleichberechtigt ein verstärktes Ich-Bewußtsein - mit weitreichenden Konsequenzen für die organisierte Politik. Von einer Umsetzung der berechtigten gesellschaftspolitischen Zielsetzung einer "konsequenten Realisierung der persönlichen Freiheit der Menschen" (Oskar Lafontaine) kann im inneren Umfeld der Parteien nicht die Rede sein. Dem Grundwert Solidarität muß der Grundwert Individualität zur Seite gestellt und als produktive politische Kraft begriffen werden. Es gilt, den Persönlichkeitskult in den Parteien durch eine neue Persönlichkeits-Kultur zu ersetzen. Gesucht sind die Politikschaffenden "neuen Typs". Offensichtlich sind dazu die Auswahlprinzipien und Aufstellungsverfahren für Spitzenpositionen in den Parteien völlig unzureichend. Produktive Querdenker und politische Originale werden im Parteiapparat oftmals vorher "aussortiert", andererseits bleiben so manche Abgeordnete scheinbar lebenslanglich im Amt... Frage: wie können politische Bedingungen und Rechte für die Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit in Parteien und Parlamenten sowie einzelnen Gesellschaftsmitgliedern gegenüber Parteien und Parlamenten gefördert werden?

### 4. Die kulturelle Dimension:

Wir erleben seit Jahren die gesellschaftliche Umwälzung zu einem "neuen kulturellen Modell" (Rainer Zöll) in Beruf und Freizeit, bei persönlichen und politischen Ansprüchen. Dies kommt nicht nur in vielfältigen, pluralistischen Lebensstilen zum Ausdruck, sondern auch in Anforderungen an eine "neue Begegnungskultur" (Björn Engholm) in der Politik, an ein verbindendes Verhältnis von Kultur und Politik.

**Wer kennt die Situation nicht: kahle Wände, fahles Neonlicht, Möbel im Stile einer Jugendherberge der fünfziger Jahre - Parteiveranstaltungen strahlen häufig die Lebensfreude einer Mumie aus...** Originell-kreative oder kulturell ausgerichtete Parteiveranstaltungen bilden die Ausnahme.

Andererseits treffen sich früher getrennte Lebenswelten von Intellektuellen oder Arbeitnehmern heute in einer keineswegs unpolitischen Kulturszene. Ob Rainbirds oder Sting, die Studentin findet ihren Lebensstil, ihre symbolisierte Hoffnung auf eine andere Gesellschaft genauso darin wieder wie ein Auszubildender. Aber die kulturellen "Massenbewegungen" ziehen häufig genug mit sichtbarem Abstand an der Parteienlandschaft vorbei... Gerade um dem modernen Rechtsradikalismus wirksam zu begegnen, bedarf es neben der Rationalität demokratischer Aufklärung und Entschlossenheit auch der emotio-

nal überzeugenden Politik-Kultur. Soziale und kulturpolitische Phantasie sind häufig bessere Gegenmittel als Aggressivität und moralische Entrüstung, wenn eine lebendige Kulturvielfalt gegen die nationalistische Monokultur verteidigt werden soll. Kultur ist längst zum Lebenselixier der Demokratie geworden - aber wo sind die "Kultur-Parteien"?

### 5. Die demokratische Dimension:

Fast sieben Millionen Menschen der Bundesrepublik haben in den letzten Jahren in irgendeiner Form Bürgerinitiativen unterstützt, Volksbegehren gestartet, Massenpetitionen unterschrieben. Bürgerinitiativen, Alternativgruppen, Genossenschaften, Selbsthilfegruppen haben als "neue" soziale Bewegungen die politische Landschaft nachhaltig verändert, wenngleich derartige Gruppen historisch nicht neu sind. Neu aber ist ihre große Anzahl, die Bandbreite und Tiefe ihrer Themen sowie ihre überregionale, teilweise internationale, Bedeutung. Auf mindestens 40 000 werden die selbstorganisierten Basisgruppen in der Bundesrepublik derzeit geschätzt.

In diesem Zusammenhang sollte aber auch erwähnt werden, daß einige Einzelgewerkschaften in jüngster Zeit Konzepte für eine neue Zukunftsprogramm und die Erneuerung der eigenen Organisation entwickeln, um überkommene Verkrustungen abzubauen und über den Bereich "Arbeit" hinaus sich den gesellschaftspolitischen Problemen neu zu stellen. Längst wird vielerorts die Zusammenarbeit zwischen "alter" und "neuer" Bewegung praktiziert.

Die demokratischen Ansprüche der Gesellschaft eilen der politischen "Verfassung" voraus. Sollen sich Politik und Gesellschaft wieder neu verbinden, muß die parlamentarische Parteiendemokratie reformiert und plebiszitär erweitert werden: von der repräsentativen zur direkten Demokratie - d.h. mehr politische Rechte für die Bevölkerung, die einzelnen Abgeordneten und das "einfache" Parteimitglied.

## These 6

**Die Notwendigkeit zur Öffnung und "Vergesellschaftung" von Partei und Parlament gilt im Prinzip für alle Parteien, trifft aber die Reformparteien in besonderem Maße, vor allem die SPD. Eine umfassende Reformpolitik für die neunziger Jahre oder ein "Fortschritt 90" wird von der SPD nur mit Hilfe auch einer grundlegenden Reform der internen parteipolitischen Strukturen, Willensbildungsprozesse und Verhaltensweisen zu erreichen sein. Dies gilt für die Bundesebene genauso wie z.B. für die Hamburger Politikebene.**

Die folgenden Vorschläge sind als Anstöße für eine umfassende Partei- und Parlamentsreform zu verstehen: 1. Die Parteien führen ein neues Delegiertenprinzip ein: fünfzig Prozent der Delegierten werden aus Parteiuntergliederungen und fünfzig Prozent aus Arbeitsbereichen wie Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften, Gesprächskreisen o.ä. entsandt. Die Einrichtung von Gesprächskreisen, Clubs, Projektgruppen wird verstärkt, um auch

die Mitarbeit von Nichtmitgliedern wesentlich zu erleichtern.

2. Parteivorstände werden generell verkleinert, "geborene" Vorstandspositionen abgeschafft. Vorstandsmitglieder sind nicht kraft Amtes zu Personalwahlen berechtigt. Vorstandssitzungen sind grundsätzlich parteiöffentlich, Parteiveranstaltungen öffentlich.

3. Bei der Kandidatenaufstellung zu Parlamenten wird die Öffentlichkeit beteiligt, beispielsweise durch Vorwahlen oder halboffene Listen. Ebenfalls nimmt das "Parteiolk" am Prozeß der Kandidatenaufstellung stärker teil, etwa durch Direktwahl der KandidatInnen von allen Parteimitgliedern.

4. Die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens, d.h. die Stimmabgabe für EinzelkandidatInnen und / oder Eintrag neuer BewerberInnen, wird auch für Landtags- und Bundestagswahlen eingerichtet.

5. Es werden sogenannte Doppelwahlkreise eingeführt, d.h. Wahlkreise sind so zusammenzulegen, daß sie von einer Frau und einem Mann repräsentiert werden.

6. Z.B. die Hamburger Bürgerschaft wird verkleinert und professionalisiert, d.h. als Vollzeitparlament eingesetzt, um eine wirksame Kontrolle von Senat und Verwaltung sowie eine wirksame Öffentlichkeitsvertretung ausüben zu können. Für die Bürgerschaftswahl werden Wahlkreise eingerichtet, und zwar Doppelwahlkreise (Beispiel: Die Bürgerschaft wird auf 80 Mandate reduziert, 40 BewerberInnen werden in 20 Doppelwahlkreisen direkt per Mehrheitswahl gewählt, und die übrigen 40 per Liste in Verhältniswahl bestimmt.).

7. Die Amtszeit für Abgeordnete, MinisterInnen und SenatorInnen beträgt höchstens zwei Legislaturperioden.

8. Im Grundsatz werden die Vorschläge der Enquete-Kommission "Verfassungs- und Parlamentsreform" des schleswig-holsteinischen Landtags übernommen - d.h. mehr Kompetenzen für das Parlament, die Stärkung der Status- und Mitwirkungsrechte der einzelnen Abgeordneten sowie mehr Rechte für Bürger und Bürgerinnen (z.B. Initiativen aus dem Volk und Volksbefragungen).

9. Die Parteien bauen ein sogenanntes Mail-Box-System auf - mit Hilfe neuer Medien (PC und Modem für jeden Ortsverein). Mit Hilfe eines Computernetzwerkes können z.B. ein Politinformations-Service für Mitgliedschaft und Öffentlichkeit aufgebaut und weltweiter Informationsaustausch bzw. internationale Aktionen durchgeführt werden. Jede Parteigliederung übernimmt Öko- und/oder Friedenspartnerschaften von internationaler Bedeutung, vor allem im Nord-Süd-Zusammenhang (z.B. beim Tropenwaldschutz).

10. Jede Partei muß vorbildhaft die hier lebenden Menschen verschiedener Nationalitäten ihrem Anteil gemäß mit Amt und Mandat ins politische Leben einbeziehen.

### Nachbemerkung:

Die hier genannten Vorschläge verlangen Veränderungen von Gesetzen und der Verfassung. Nicht minder wichtig sind aber auch Änderungen des "Verhaltenskodexes" der Parteien: Es ist höchste Zeit, die Parteischaffenden "neuen Typs" zu fördern. BewerberInnen für Ämter und Mandate müssen zukünftig mehr persön-

kulturelle Fähigkeiten, Verantwortungsethik und fachliches Können gleichermaßen abverlangt werden. Natürlich wird auch immer nach politischen Richtungen ausgewählt, aber die Selektion unter Ausschluß der Öffentlichkeit, bedenkenlos nach Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe mit "Stallgeruch", muß aufhören, wenn fachliche Mittelmäßigkeit, mangelnde persönliche Eignung und Bürgerferne aus der Parteipolitik verbannt werden sollen.

## These 7

**Die Parteien müssen ein Stück Macht abgeben, um Gesellschaft und Demokratie politisch zu stärken.**

Trotz der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen in Parteien und Parlamenten zeigen sich bisher in Westeuropa dazu erste Ansätze und Vorschläge lediglich bei einigen Jugendorganisationen, bei den Mutterparteien jedoch tut sich noch wenig. Dafür wird umso mehr bestaunt, wenn in der Sowjetunion oder in Ungarn tiefgreifende Reformen des politischen Systems vorgenommen werden, die Partei- und Parlaments-Kultur in Bewegung gerät. Und hier? Im Westen nichts Neues?

Als ob wir es nicht nötig hätten, unser politisches System demokratisch durchzulüften. Doch die "Ligatschows" lauern auch im bundesdeutschen Parteiensystem, und die Erfolge der "Jelzins" sind leider allzu selten. Könnten nicht einige Beispiele der Politik-Reformen Osteuropas auch bei uns Schule machen? Man stelle sich vor, auch in all unseren Parteien müßte jedes zu wählende Mandat zwingend mit mindestens zwei Alternativvorschlägen präsentiert werden... Die Konstruktion des Mehrparteiensystems allein bietet dafür keinen Ersatz, denn für viele wird es eben nur als ein Parteiensystem wahrgenommen: undurchdringlich, unlebendig, unveränderbar. Wenn die Parteien Glaubwürdigkeit und gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit wiedergewinnen wollen, müssen sie ihr scheinbares "Monopol" aufgeben. Wir brauchen eine neue Arbeitsteilung, ein neues Zusammenspiel zwischen direkter und repräsentativer Demokratie, zwischen gesellschaftlichen Basisgruppen mit mehr politischen Bürgerrechten sowie direkten Entscheidungsbefugnissen - und delegierter Macht in Parteien, Parlamenten und Regierungen mit mehr öffentlicher Mitsprache. **Die politischen Strukturen müssen der Komplexität und Vernetzung (weltweiter) Existenzprobleme entsprechen: je größer, komplexer und vernetzter die Probleme sind, desto mehr gesellschaftliche Kräfte müssen freigesetzt werden, desto mehr Demokratie ist erforderlich.**

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz. Nun denn.

"Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit", heißt es ebenfalls im Grundgesetz. Sie wirken mit. Das bedeutet radikale Bescheidenheit, die Fähigkeit zur Selbstkritik und den Willen zur Selbstreform. Denn nur was für sich selbst spricht, kann von sich reden machen.

**10.** **Parteitag der Sozialdemokratischen Einheitspartei NRWs** - so spottete der nordrhein-westfälische Juso - Chef Ralf Krämer über den ordentlichen Landesparteitag im letzten Herbst (s.Kasten).

Die SPD ließ sich nicht lumpen und legte Anfang Februar auf ihrem Wahlkampfkongreß noch einen drauf: "Kraftstrotzend und selbstbewußt, selbstsicher bis zur Überheblichkeit" (Westfälische Rundschau).

Einen Sturm im Wasserglas entfachte Fraktionschef Friedel Farthmann, der unbedingt auf Platz 2 der Landesliste wollte und diesen gegen weibliche Ansprüche gerichteten Wunsch mit einigen chauvinistischen Sauigeleien am Rande unterstrich. Einige Linke muckten zwar intern kurz auf, aber dann

wurde im Vorfeld alles in Basarmanier klargezogen: Farthmann als Platzhirsch hinter Rau, dafür 9 Frauen auf den ersten 13 Plätzen. Aber was soll's: Da wohl alles über Direktmandate laufen wird, dürfte die künftige SPD-Fraktion die von der Bundespartei beschlossene 25%-Frauenquote locker verfehlen.

Beide Vorgänge stehen auf ihre Weise für die Selbstentmündigung der Landespartei und zugleich für die politische Impotenz einer domestizierten Parteilinken, die lieber an der Aura sozialdemokratischer Macht teilhaben will als sich durch Alternativen und öffentliche Vorstöße die Finger zu verbrennen. Sie hat im Landesvorstand zwar angeblich eine klare Mehrheit. Aber was heißt das heute noch? Für einen Kurswechsel fehlt es der Linken zudem an profilierten Köpfen. Christoph Zöpel hätte wohl das Zeug, den sozialdemokratischen Einheitsbrei aufzumischen, ist aber zu unentschlossen und als Minister wohl auch zu stark eingebunden.

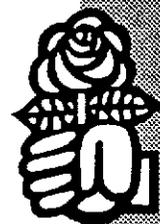
Die führende Rolle der SPD NRW war noch nie in Artikel 1 der Landesverfassung festgeschrieben, sonst stimmte fast alles: Der Vorsitzende wird mit 97,7% der Stimmen wiedergewählt, seine Rede mit stehenden Ovationen bedacht, aber mit Diskussionsbeiträgen ebensowenig wie die schriftlichen und mündlichen Berichte, denen aber auch jeder Hauch von selbstkritischer Herangehensweise abgeht, der Leittrag des Vorstands wird ohne nennenswerte Diskussion nahezu einstimmig angenommen, für den neu zu wählenden Vorstand haben sich die 4 nordrhein-westfälischen "Blockbezirke" (das kam als Zwischenruf in der Landesausschußsitzung am Vorabend) bereits im Vorfeld auf 19 KandidatInnen für die 19 zu besetzenden Funktionen verständigt, und auch in der anschließenden Berichterstattung im SPD-Landesdienst war alles ganz toll, werden die wenigen aus diesem Rahmen herausfallenden Punkte nicht mal erwähnt, selbst die dokumentierten Pressestimmen sind in diesem Sinne "ausgewählt" (mensch könnte das auch anders nehmen).

Ralf Krämer, Juso-Landesvorsitzender NRW

# NRW-SPD:



In NRW zeigt sich jedenfalls exemplarisch, daß die Linke eine Demokratisierung des Parteilebens vorantreiben muß, wenn sie ihre eigene Existenzberechtigung nicht verlieren will.



# KONGRESS SOZIALISMUS HEUTE

## KONGRESS SOZIALISMUS HEUTE

Das Jahr hatte schon einige linke Strategie- und Perspektivkongresse erlebt, als sich am 16. und 17. 12. 1989 über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer bundesweiten Veranstaltung in Köln trafen, um über den Sozialismus in den 90er Jahren zu diskutieren. Eingeladen hatten die Zeitschrift SPW und das "Projekt Moderner Sozialismus", das schon einige Monate vorher von marxistischen Jusos gebildet und mit "53 Thesen" an die interessierte Öffentlichkeit getreten war.

Angesichts der gerade ablaufenden Ereignisse in der DDR und einer "nationalen Besoffenheit", die auch die Sozialdemokratie schon erreicht hatte, gab es natürlich keinerlei Anlaß zu euphorischen Stimmungen.

Unter den zumeist sehr jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern war aber doch ein gewisses Selbstbewußtsein spürbar, das in der Eröffnung von der Juso-Bundesvorsitzenden Susi Möbbeck artikuliert wurde: die Gewißheit, daß ein Neuanfang der sozialistischen Linken, ein "Projekt Moderner Sozialismus" möglich ist, und daß es sich lohnt, daran mitzuwirken.

Diese Haltung wurde maßgeblich von Prof. Wolfgang Fritz Haug (Westberlin, Mitherausgeber der Zeitschrift ARGUMENT) inspiriert, der in seinem einleitenden Referat Querverbindungen zwischen verschiedenen linken Diskussions- und Forschungsprojekten in puncto "moderner Sozialismus" herstellte und dabei vor allem auf Ansätze in der

DDR verwies. Ohne in eine Klassikergläubigkeit zu verfallen, konnte Haug nachweisen, daß Momente einer modernen Sozialismuskonzeption schon im Marxschen Denken angelegt waren, was beispielhaft das Thema der "Individualität" und für die Perspektive der "Selbstverwaltung" gilt. Allerdings war gerade für heutige Verhältnisse der Hinweis wichtig, daß die Kritik der bestehenden Verhältnisse einer Sozialismuskonzeption vorangehen müsse. So wurde auch in der Diskussion die Notwendigkeit betont, wieder in stärkerem Maße Kapitalismuskritik zu entwickeln. Dennoch: ein "konkretes Reformprojekt" - so Haug - sei "unsere Schicksalsfrage". Und darum ging es in acht Foren, deren Themen-

stellungen von "Markt-Plan-Demokratie" über "Alltagsleben und demokratische Kultur" bis zum "Gemeinsamen Haus Europa" reichten. In den Referaten und Diskussionen wurde überwiegend die Schwierigkeit deutlich, aus den verschiedenen Ideen und Vorschlägen ein "Gesamtbild" moderner linker Reformpolitik zu entwickeln, mit dem man und frau auf den sozialistischen Geschmack kommen können. Denn ein solches Gesamtbild erfordert nicht nur Realismus und Fachkompetenz auf verschiedenen Reformfeldern, sondern auch eine neue gedankliche Anordnung der Beziehungen zwischen Individualität und Gemeinschaftlichkeit, Plan und Markt, Staat und Gesellschaft, nationalen und internationalen Belangen, Feminismus und allgemeiner Demokratisierung. Unbefriedigend blieb die abschließende Diskussion zur "Re-Formierung der Linken" mit Detlev Albers (SPD-Programmkommission) und Steffen Lehdorf (damals noch DKP-Erneuerungsflügel), wobei der Vertreter der linken Grünen nicht erscheinen konnte. Es wurde zwar viel Abschied von der Vergangenheit genommen, doch blieben die weiteren politischen Perspektiven echt unklar. Es ist allerdings auch fraglich, ob man heutzutage eine derartige Diskussion über politische Formierungsprozesse noch führen kann, ohne sich der inhaltlichen Perspektiven zu vergewissern.



**Mit anderen Worten:**

Das "Projekt Moderner Sozialismus" müßte als Projekt der gesamten sozialistisch orientierten Linken begriffen werden. Vielleicht steht der Kongreß für eine jüngere Generation von Genossinnen und Genossen, die dieses Projekt mit wachsendem Selbstbewußtsein für sich und ihre Perspektiven reklamieren.

**(Anmerkung:**

Die

"53-Thesen -

**PROJEKT  
MODERNER  
SOZIALISMUS"**

und der Reader zum Kongreß können bei der SPW-Redaktion bestellt werden!



# PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS

## MARKIERUNGEN

für eine sozialistische  
Politikkonzeption im  
entwickelten Kapitalismus

In den zurückliegenden zwei Jahren ist eine bemerkenswerte Vielzahl von Überlegungen angestellt worden, die die Perspektiven eines demokratischen und modernen Sozialismus in einer Zeit wirklich historischer Umbrüche reflektieren. Man denke an die wichtigen Beiträge aus der Kommunistischen Partei Italiens oder aus der britischen Linken, an Arbeiten aus der Humboldt-Universität der DDR oder verschiedenen sowjetischen Instituten, nicht zuletzt auch an Beiträge in unserem Land - an vorderster Stelle aus den Reihen der gewerkschaftlichen Linken. Damit eng verbunden sind die "53 Thesen" für ein "Projekt Moderner Sozialismus", die vor weit mehr als einem Jahr von marxistischen Genossin-

nen und Genossen aus den Reihen der Jusos erstellt worden sind.

Für alle genannten Ansätze gilt mehr oder weniger, daß das Tempo der großen Veränderungen manche Analysen und Hypothesen schon wieder eingeholt, in einigen Fällen schon wieder zugespitzt, in anderen widerlegt hat. Dies trifft natürlich auch auf die "53 Thesen" zu. Nach einer ersten und durchaus regen Diskussionsrunde mit unterschiedlichsten Kräften der sozialistisch orientierten Linken sollte eine zweite Runde im "Projekt Moderner Sozialismus" eingeläutet werden. Dazu wollen wir die wichtigsten Überlegungen unseres bisherigen Projekts zusammenführen.

## DER GRUNDGEDANKE: DIE AKTUALITÄT DES SOZIALISMUS

Unser Projekt geht von der grundsätzlichen Annahme aus, daß "mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht nur die Risiken und Gefahren zunehmen, sondern auch die Chancen, die Menschheitsprobleme zu lösen. Heute reifen die Grundlagen für eine entwickelte sozialistische Produktions-, Arbeits- und Lebensweise heran." (These 1)

Verfolgt man die Diskussionen und Entwicklungen der letzten Jahre und Monate, so muß diese These ein wenig überraschen. Während die einen in einer Beschwörung von Katastrophen und einer allgemeinen Zivilisationskritik verharren, bewundern andere die erstaunliche Wandlungsfähigkeit des modernen Kapitalismus. Und immer häufiger kommt es vor, daß sich diese beiden Tendenzen ergänzen. Einigkeit scheint jedenfalls darin zu bestehen, daß die "Systemfrage" faktisch erledigt ist - wobei der Hinweis auf das Desaster des sogenannten realen Sozialismus häufig als Beleg ausreicht.

Und in der Tat: Was sich Mitte der 70er Jahre zunächst als eine reine Krise des Kapitalismus (und als Chance für eine sozialistische Alternative) abzeichnete, entpuppte sich als eine grundlegende Umbruchphase, die auch den Sozialismus - gleich in welcher Form - in Mitleidenschaft zog. Seien es ökologische Probleme, neue Technologien und Produktionskonzepte, seien es individuelle Lebensansprüche, feministische Ziele und veränderte Bedürfnisstrukturen - der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative war offenbar überfordert. Die Offensive der Neokonservativen tat ihr übriges, um diesen Eindruck zu verstärken.

Stattdessen setzte sich in der Linken eine "neue Unübersichtlichkeit" durch: eine Vielfalt von Problemen und Arbeitsansätzen und zugleich der Abschied von den "großen Konzepten und Strategien" der Gesellschaftsveränderung. "Sozialismus" galt noch als "gute Idee", real erschöpfte er sich bei vielen darin, Freiräume jenseits der Erwerbsarbeit zu schaffen, Gerechtigkeit unter den Lohnabhängigen zu üben oder in einem reinen Wertekatalog. Anders nun die "53 Thesen": Sie halten fest an der Vorstellung, daß der Sozialismus die zeitgemäße Alternative zum Kapitalismus und damit eine Systemfrage darstellt.

Allerdings wird man sich von überholten oder klischeehaften Sozialismus-Modellen trennen müssen und sich dem realen Kapitalismus und seinen Widersprüchen widmen müssen. So darf die Krise des sog. realen Sozialismus nicht den Blick darauf versperren, welches Ausmaß an menschlichem Elend, an sozialen und ökologischen Katastrophen dem Kapitalismus weltweit angelastet werden muß. Und auch in den kapitalistischen Ländern selbst sind große Teile der Bevölkerung von materieller Armut, sozialer Abdrängung und kulturellem Verfall betroffen oder bedroht (man denke an die USA, aber auch an viele Regionen Westeuropas). Radikale Kapitalismus-Kritik bleibt daher notwendig und muß sogar noch verstärkt werden. Aber andererseits gilt auch, daß sich der Kapitalismus ständig verändert und dabei auf den Gebieten der Wissenschaft und der

**Radikale Kapitalismus-Kritik muß sogar noch verstärkt werden. Aber andererseits gilt auch, daß der Kapitalismus sozialistische Potentiale hervorbringt, die eine demokratische und verantwortlich-bewußte Gestaltung von Produktion und Konsum ermöglichen.**

Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der ökonomischen Regulierung wie auch der individuellen Ansprüche sozialistische Potentiale hervorbringt, die eine demokratische und verantwortlich-bewußte Gestaltung von Produktion und Konsum ermöglichen.

Die Aufgabe eines Projekts "Moderner Sozialismus" besteht zunächst einmal darin, diese sozialistischen Potentiale, in der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise, auf den verschiedenen konkreten Problem- und Arbeitsfeldern der Linken, zu identifizieren und sich selbst bewußt zu machen. Die bürgerliche Hegemonie beruht ja gerade darauf, daß der Kapitalismus diese Potentiale für sich reklamiert und "markt- bzw. profitgerecht" kleinarbeitet, während die Linke sprachlos davor steht oder wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen agiert.

Insoweit verstehen wir unser Projekt auch als ein Projekt der Aufklärung, das sich weder in antikapitalistischer Rhetorik noch in modischer Anbiederung an den Kapitalismus ergeht. Wir möchten ein neues historisches Selbstbewußtsein der sozialistischen Linken fördern und zeigen,

- daß ein demokratischer und effizienter Sozialismus der gesellschaftlichen Selbstverwaltung möglich ist,
- daß die entsprechenden Potentiale im Rahmen "demokratischer Modernisierung" entwickelt werden müssen und
- daß dies auch absolut notwendig ist, um die globalen Risiken und die sozialen Zerrüttungen bewältigen zu können.

## **Für die Arbeit an den "53 Thesen" hatte dieses Vorhaben mehrere methodische Konsequenzen:**

1. In der Analyse haben wir versucht, grundlegende marxistische Kategorien breiter und flexibler einzusetzen, um die wichtigsten "neuen" Realitäten zu erfassen und nicht zugleich in einer "neuen Unübersichtlichkeit" zu versinken.
2. Um die "sozialistischen Potentiale" positiv zu besetzen, haben wir ein besonderes Gewicht auf die programmatische Seite gelegt, weil die Linke im Ringen um Hegemonie nicht nur soziale Kämpfe, sondern auch gesellschaftliche Leitbilder entwickeln muß.
3. Entsprechend haben wir die gesellschaftliche Bündnispolitik stärker über Projekte einer demokratischen Modernisierung als über abstrakte "Klassenbündnisse" oder "diffuse Netzwerke" entwickelt (These 49: Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur).
4. Schließlich galt es, die Frage der Transformation ("Reform und Revolution") und manche lieb gewordene Schemata zu überprüfen (einschließlich der historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung).

## **DIE GRUNDLAGE: MARXISTISCHE GESELLSCHAFTSANALYSE**

Es ging uns zunächst darum, in der Entwicklung der Arbeits- und Lebensweisen der bürgerlichen Gesellschaft die Potentiale für ein sozialistisches Projekt auszumachen. Hierbei haben wir das widersprüchliche Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zugrundegelegt, das nach marxistischer Auffassung die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich bestimmt. Hierbei ist die Kategorie der "Regulierung" von zentraler Bedeutung: "Regulierung" meint nämlich die Art und Weise, wie dieses widersprüchliche Verhältnis in der konkreten historischen Entwicklung des Kapitalismus (und auch des Sozialismus) verarbeitet wird.

Für die vergangenen 30-40 Jahre sind wir zwar von der Regulierungstheorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" (SMK-Theorie) ausgegangen, weil die Verflechtung von Staat und Monopolen in der Tat ein wesentliches Merkmal des heutigen Kapitalismus darstellt. Aber diese Theorie ist insoweit einseitig bzw. verkürzt, weil sie die Art und Weise, wie produziert und konsumiert wird, völlig unterbelichtet. So ist die Regulierungstheorie des "Fordismus" (Massenproduktion, Massenkonsum, Wohlfahrtsstaat) aufgenommen worden, um dadurch das gesamte ökonomisch-soziale Modell der vergangenen Jahrzehnte ins Blickfeld der Analyse zu rücken. Hierin sind z.B. Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen genauso einge-

**Die ökonomische Analyse ist für die Arbeits- und Lebensweise, für ökologische und sozialkulturelle Aspekte geöffnet worden, ohne die zentralen politisch-ökonomischen Machtverhältnisse aus dem Auge zu verlieren.**

schlossen wie die ökologischen Folgeprobleme der industriellen Produktion.

Die ökonomische Analyse ist insoweit für die Arbeits- und Lebensweise, für ökologische und sozialkulturelle Aspekte geöffnet worden, ohne die zentralen politisch-ökonomischen Machtverhältnisse aus dem Auge zu verlieren. Nun haben "Fordismus" und "Wohlfahrtsstaat" nicht nur für die Regulierungstheorie, sondern auch für die Klassenanalyse erhebliche Konsequenzen - und zwar eben nicht nur für die Klassenstruktur im engeren Sinne: Traditionelle Klassen- und Milieuschranken sind - wenn auch in unterschiedlichem Maße - abgebaut, Spielräume für individuelle Entwicklungsmöglichkeiten erweitert worden. In puncto "Jugend" sprechen wir von einer "gemeinsamen Generationslage" und einer "eigenständigen Lebensphase".

Vor allem die geschlechtsspezifische(n) Arbeitsteilung(en) sind durch Veränderungen in der Reproduktions- und Erwerbsarbeit, in der Familien- und Bildungsstruktur und in den Lebensansprüchen von Frauen zu einem dynamischen Faktor in den sozialen Beziehungen und Konflikten geworden. Gerade in dieser Hinsicht haben wir eine viel weitere Vorstellung von "Klassenformierung" gewonnen:

"Klassenformierung" meint den Zusammenhang, der zwischen der "Stellung zu den Produktionsmitteln" und der Arbeits- und Lebensweise der Menschen besteht - ein Zusammenhang, der offenbar nicht statisch oder lehrbuchartig festgehalten, sondern nur in seiner Dynamik analysiert werden kann.

Das erweiterte Verständnis von "Regulierung" und "Klassenformierung" war absolut notwendig, um die anhaltende



Krisen- und Umbruchperiode zu verstehen, mit der wir gesellschaftlich und weltweit konfrontiert sind. Wir haben sie so analysiert,

- daß das bisherige Wachstumsmodell (bzw. "Reproduktionstyp": Fordismus auf der einen, Militarismus auf der anderen Seite) weltweit an seine Grenzen angelangt ist,
- daß der moderne Kapitalismus (SMK) mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zwar die Produktivkräfte für einen neuen Reproduktionstyp entwickelt,
- daß ihr umfassender und produktiver Einsatz für die Lösung globaler und nationaler Entwicklungsprobleme aber durch eine deformierte Kapitalakkumulation blockiert wird.

Perspektivisch geht es damit um eine Regulierungsstruktur, die diese Blockade durch einen neuen ökonomischen Mechanismus und ein neues Entwicklungsmodell auflöst, bevor sie in eine globale Katastrophe umschlägt.

Voraussetzungen bestehen unseres Erachtens in doppelter Form: einerseits in brachliegenden ökonomischen und technologischen Reserven und in ungenutzten Kompetenzen und Qualifikationen von Menschen, andererseits - in der "Klassenformierung", also in der Entwicklung von sozialen und Bewußtseinsstrukturen mit enormen Potentialen für eine kompetente und demokratische Bewältigung von Zukunftsaufgaben, für einen "höheren Typ von Produktion und Konsum".

## **DAS PROGRAMM: DEMOKRATISCHE MODERNISIERUNG**

Unser Projekt hat nun ein besonderes Schwergewicht auf die programmatische Seite gelegt, was bei einigen Kritikern den Verdacht einer gewissen "Programmhüberei" ausgelöst hat. Wir meinen aber, daß es absolut unzureichend ist, sich auf Kapitalismuskritik auf der einen und die Unterstützung sozialer Bewegungen auf der anderen Seite zu beschränken. Es ist notwendig, gesellschaftliche Leitbilder zu entwickeln, die über konkrete Kampfziele hinausgehen und mit deren Hilfe wir in die hegemonialen Auseinandersetzungen eintreten können.

Es geht uns dabei gar nicht um ein detailliertes und fachlich aufwendiges Programm, sondern mehr um eine "Philosophie" einer demokratischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und einer modernen sozialistischen Perspektive - also um eine Situation, in der mit dem Begriff "Sozialismus" wieder andere Assoziationen als gescheiterte Modelle verbunden sind. Was sind unsere Essentials?

1. Wir gehen davon aus, daß ein neuer "Reproduktionstyp" eine grundlegende Erneuerung und Erweiterung der gesellschaftlichen Infrastrukturen, einen umfassenden ökologischen und technologischen Umbau der Industrie, eine Ausdehnung qualitativ hochwertiger Güter und Dienste

**Es ist notwendig,  
gesellschaftliche  
Leitbilder zu entwickeln,  
die über konkrete  
Kampfziele hinausgehen  
und mit deren Hilfe wir  
in die hegemonialen  
Auseinandersetzungen  
eintreten können.**

**Erforderlich ist eine  
Alltagsdemokratie, die  
so selbstverständlich zu  
einem modernen  
Arbeiten und Leben  
gehört wie Umwelt-  
schutz und Computer-  
technik.**

und eine umfassende und dauerhafte Qualifizierung der Beschäftigten zum Inhalt haben und entscheidende Beiträge zur Lösung globaler Probleme leisten muß.

2. Auf absehbare Zeit dürfte es sich dabei um ein Wachstumsmodell handeln, das mit einer Befriedigung eines großen Investitionsbedarfs verbunden ist. Zukunftsinvestitionen sind das ökonomische Kernstück einer demokratischen Modernisierung. Dazu ist es notwendig, aus der sinnlosen "Markt-Staat-Debatte" auszubrechen und ein flexibles Modell der Investitionslenkung vorzuschlagen, das gesellschaftliche Einrichtungen (Investitionsfonds, Wirtschaftsräte) bevorzugt und den Staat auf eine Pionierrolle bei den zentralen Zukunftsaufgaben orientiert.

3. Das ökonomische Projekt muß zwangsläufig mit einer demokratischen Veränderung der Arbeits- und Lebensweise verbunden sein. Die individuellen Ansprüche dürfen den "großen Vorhaben" nicht beziehungslos gegenüberstehen: Schon bei der Durchführung der Projekte (z.B. im Wohnungsbau oder bei der industriellen Konversion) müssen individuelle Kompetenzen genutzt und entwickelt werden. Erforderlich ist eine Alltagsdemokratie, die so selbstverständlich zu einem modernen Arbeiten und Leben gehört

wie Umweltschutz und Computertechnik.

4. Individuelle Selbstbestimmung und Flexibilität sind sozialistische Projekte, weil sie gemeinschaftliche Regelungen und Sicherheiten voraussetzen. An die Stelle einer bürokratischen und familiären Verwaltung sozialer Risiken muß die Alltagsdemokratie auch im Sozialstaat und in den Arbeitsbeziehungen durchgesetzt werden. Eine selbstbestimmte und flexible Lebensführung erfordert zuallererst für Frauen ein soziales Transfersystem, das einen selbstbestimmten Wechsel von Lebensperspektiven ermöglicht und dadurch wirkliche Wahlfreiheit herstellt.

5. Demokratisierung und Feminisierung gehören zusammen. D.h., daß die demokratische Modernisierung sich gerade daran mißt, wie stark sich dabei die Interessen und Kompetenzen von Frauen durchsetzen können. Die Feminisierung steht in unserem Projekt für eine tiefgreifende kulturelle und moralische Reform, die dem Sexismus, dem Rassismus und anderen antihumanistischen Einstellungen den Boden dauerhaft entzieht.

6. Mit Blick auf die globalen Probleme und die multipolaren Tendenzen in der Welt ist es erforderlich, daß die sozialistische Linke eine "geo-politische Position" entwickelt und sich nicht mit Anklagen gegenüber dem Imperialismus begnügt. Das ganze Projekt gilt erst recht für den EG-Raum. Perspektivisch geht es um die Herausbildung Gesamteuropas als fortschrittlichem Machtfaktor im internationalen Geschehen und bei der Durchsetzung "globaler Strukturformen".

Soweit die Essentials und Leitbilder, die an der Krise des Fordismus ansetzen, um auf der Basis der wissenschaftlich-technischen Revolution ein qualitativ anspruchsvolles Modernisierungsprojekt zu entwickeln und die Potentiale für einen entwickelten Sozialismus systematisch zu fördern.

Im Unterschied zu gewissen "fundamentalistischen" Auffassungen geht unser Konzept davon aus, daß es Spielräume für Klassenkompromisse und eine demokratisch-ökologische Regulierung des Kapitalismus gibt (was wiederum ökonomische Prosperitätsspielräume einschließt). Gegenüber ökoliberalen Konzepten bei SPD und Grünen heben wir allerdings hervor, daß diese Regulierung selbst schon einen tiefen Eingriff in bisherige staatsmonopolistische Macht- und Lenkungsstrukturen voraussetzt und daher auf die Perspektive eines modernen Sozialismus verweist.

## **DAS BÜNDNIS VON ARBEIT, WISSENSCHAFT UND KULTUR**

Unsere Gesellschaftsanalyse ("Regulierung" und "Klassenformierung") und unsere programmatischen Leitgedanken rufen natürlich zugleich die Frage nach einer zeitgemäßen Vorstellung von den Kräften einer gesellschaftlichen Veränderung hervor. Hierbei geht es um hegemoniale Positionen, um soziale Bündnisse und kulturelle Beziehungen, die

**Im Unterschied zu gewissen "fundamentalistischen" Auffassungen geht unser Konzept davon aus, daß es Spielräume für Klassenkompromisse und eine demokratisch-ökologische Regulierung des Kapitalismus gibt**

**SPMS**

wir als "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" bezeichnet haben.

Selbstverständlich ist dieses Bündnis nicht als Tatsache zu verstehen, sondern als eine Leitvorstellung für fortschrittliche bzw. sozialistische Politik, für das Wirken in den sozialen Bewegungen, in den Parteien, in den Berufs- und Arbeitsfeldern.

Mit dieser Vorstellung gehen wir von der realen Vielfalt demokratischer Bewegungen und Initiativen aus, wie sie sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt und verstetigt haben. Aber das "Wesentliche" des angestrebten Bündnisses besteht darin, daß es sich an einem gesellschaftlichen Umbauprojekt orientiert und dafür entsprechende Kompetenzen und Machtpositionen aufbauen will. Damit geht es weit über die Rolle von heutigen (Widerstands-) Bewegungen und netzwerkartigen Initiativen hinaus und überläßt den Umbau und die demokratische Modernisierung erst recht nicht irgendwelchen parlamentarischen Konstellationen.

Wir beobachten schon seit Jahren, wie sich in wachsendem Maße Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur in den verschiedenen sozialen Bewegungen und Kämpfen auch und gerade mit ihren spezifischen Kompetenzen profiliert haben. Und wir denken, daß dies sowohl mit den veränderten und erweiterten Problemlagen, aber auch mit den erwähnten Änderungen der "Klassenformierung", also in der Klassenstruktur und in der Arbeits- und Lebensweise zu tun hat.

Dabei wird dieses demokratisch-emanzipatorische Potential vor allem durch Veränderungen im Frauenleben, durch die Bewegungen und Kämpfe von Frauen geprägt. D.h.: die fortschrittliche Entwicklung der produktiven Kräfte von "Arbeit, Wissenschaft und Kultur" wird in wachsendem Maße durch ihre Feminisierung bestimmt - genauso wie die Feminisierung zum Maßstab allgemeiner Demokratisierung wird.

Es besteht jedoch immer die Gefahr, daß das fortschrittliche Potential, das in den Strukturveränderungen und in den Bewegungen vorhanden ist, im Rahmen bürgerlicher Hegemonie kleingearbeitet wird - z.B. durch die Einbindung in kapitalistische Modernisierungskonzepte, aber auch durch die Selbstbeschränkung von Bewegungen auf "Widerstand" und "Dezentralität". Und diese Probleme werden aus heutiger Sicht noch offensichtlicher hervortreten, wenn es zu einer Ausdehnung rot-grüner Konstellationen in Parlamenten und Regierungen kommt.

Dagegen setzt das "Bündnis..." vor allem auf ein neues und qualitativ höheres Niveau der demokratischen Bewegungen und der Kooperation verschiedenster sozialer Kräfte, weil die leitende Rolle im gesellschaftlichen Umbau keiner rot-grünen Staatskanzlei und auch keiner linken "Avantgarde" traditionellen Zuschnitts zukommen wird. Dies hat Konsequenzen für die Architektur des Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur:

Die frühere marxistische Konzeption eines "antimonopolistischen Bündnisses" ist (genauso wie die SMK-Theorie insgesamt) viel zu einseitig und verkürzt, um Veränderungen in der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise der modernen bürgerlichen Gesellschaft umfassend aufzunehmen und um anti-patriarchale und anti-bürokratische wie auch "zivilisationskritische" Positionen zu integrieren. Dies ist aus unserer Sicht vollkommen klar. Aber auf der anderen Seite hängt mit dem ökologischen, sozialen und frauorientierten Umbau der Gesellschaft auch eine übergreifende Option zusammen: die Option der umfassenden Demokratisierung bis hinein in die Ökonomie.

Damit erhält das Bündnis natürlich auch eine antimonopolistische Komponente, weil es sich mit der Demokratisierung in einen Gegensatz zu den Herrschaftsinteressen des real existierenden Monopolkapitals stellt. Und da die Zentren der Reichtumsproduktion und der ökonomischen Macht nicht an gesellschaftlicher und politischer Bedeutung verloren haben, werden auch die fortschrittlichen Bewegungen und Kräfte daran nicht vorbeiperieren können, sondern sich entsprechend formieren müssen. Dies berührt die zentrale Rolle der Klassenkräfte und Arbeiterbewegung:

So sprechen die "53 Thesen" von der "Rolle der Gewerkschaften als organisierendes Zentrum im System der gesellschaftlichen Arbeit" und messen ihnen faktisch die Schlüsselrolle im "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" zu. Dies bedeutet nicht, das ganze Bündnis wieder auf eine enge Klassenperspektive zu reduzieren, sondern umgekehrt den gewerkschaftlichen Handlungs-, Organierungs-

und Gestaltungsraum Schritt für Schritt zu erweitern. Denn nur mit der organisierenden Kraft der Gewerkschaften läßt sich diejenige Verknüpfung von Arbeit, Wissenschaft und Kultur realisieren, die in den Machtauseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Umbau Bestand haben kann.

Auf dieser Grundlage läßt sich erst die Rolle sozialistischer Kräfte in den Parteien der Linken (und auch in Parlamenten und Staatsapparaten) strategisch definieren - als Verbindung einer programmatischen Option ("demokratische Modernisierung") mit einer gewerkschaftlich orientierten Strategie ("Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur"), die im staatlichen Raum umgesetzt und abgesichert werden muß.

Dies ist die politische Funktion einer "Rekonstruktion der sozialistischen Linken", wie sie in den "53 Thesen" gefordert wird. Dies schließt allerdings ein, die zentrale Rolle der Sozialdemokratie im modernen Kapitalismus und für eine demokratische Modernisierung ebenso anzuerkennen wie die notwendige organisationspolitische Pluralität einer erneuerten sozialistischen Linken, die sich auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei entwickeln muß. Entscheidend sind gemeinsame Infrastrukturen und Projekte, die heute in Angriff genommen werden müssen.

## OFFENES PROBLEM: REFORM UND REVOLUTION HEUTE

Die gesamten zuvor skizzierten Überlegungen münden in einem offenen Problem - in der Frage nach dem Verhältnis von Reform und Revolution (der klassischen Streiffrage der Arbeiterbewegung). Pragmatisch gesinnten Geistern auf der Linken mag die Frage selbst schon belanglos erscheinen. Im Rahmen unseres Projektes bleibt sie aber deswegen zentral, weil wir von der Aktualität des Sozialismus als moderner, demokratischer und effizienter Produktionsweise, von der Zukunft des Sozialismus als Gesellschaftsformation ausgehen. Doch was bedeutet dies für die Transformation unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus und angesichts der Trümmer des sog. realen Sozialismus?

Die "53 Thesen" beinhalten nur eine Annäherung an das Problem. Hierzu hat es schon viel Kritik gegeben: Während sie den einen noch als Ausdruck einer überkommenen dogmatischen Denkweise gelten, weil vom Bruch mit dem Kapitalismus "in einer Periode zugespitzter Klassenkämpfe" die Rede ist, wittern andere den Verrat an revolutionären Prinzipien, wenn Klassenkompromisse als bewußter Bestandteil der eigenen Konzeption ausgegeben werden und der Reformismus im Rahmen einer "produktiven Dialektik" mit dem revolutionären Sozialismus definiert wird.

Wir sind von einer Einschätzung bisheriger Erfahrungen der Arbeiterbewegung, ihres sozialdemokratischen wie

auch ihres kommunistischen Flügels, ausgegangen. Wir sprechen einerseits von einem "realen Reformismus", von demokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Strukturveränderungen unter den Bedingungen des fordistischen Kapitalismus und einer gewachsenen Stärke von Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Während dieser Reformismus häufig als Abkehr vom Sozialismus interpretiert worden ist, sollte eine historisch-materialistische Einschätzung zu einem anderen Ergebnis kommen: Es handelt sich objektiv um sozialistische Elemente (oder Potentiale), um eine Annäherung an den Sozialismus (was die konservative "Konterreform" besser erkannt hat als die radikale Linke).

Auf der anderen Seite werden die Erfolge und vor allem die Grenzen des realen Sozialismus und des revolutionären Weges seit 1917 benannt. Auch hierbei handelte es sich um eine Annäherung an den (entwickelten) Sozialismus, um früh-sozialistische Umbrüche und Strukturen, die sich in drastischer Abgrenzung vom entwickelten Kapitalismus und von den reformistischen Experimenten der Sozialdemokratie vollzogen. Doch dieser Prozeß ist offenbar an eine historische Grenze gestoßen, die auf die zentrale Rolle demokratisch-sozialistischer Veränderungen in den Metropolen verweist.

Aus dieser historischen Interpretation heraus haben wir in den "53 Thesen" auf eine "Konvergenz zwischen den Systemreformen in Ost und West" gesetzt. Damit war gemeint, daß es bei einem radikalen Umbau des realen Sozialismus auf der einen und einer demokratisch-ökologischen Modernisierung des Kapitalismus auf der anderen Seite im europäischen Rahmen zu erheblichen strukturellen Annäherungen in puncto Sozialstaat, Infrastruktur, Lenkungsverfahren, Stärke der Arbeiterbewegung und demokratische Kultur kommen könnte. Unterschiedliche Produktionsverhältnisse wären nicht mehr im klassischen Systemgegensatz eingepfercht, sondern würden sich im Rahmen eines europäischen "Systempluralismus" bewegen. Gegenwärtig kann zwar weder von einer "Konvergenz" noch von einem "Systempluralismus" gesprochen werden. Doch bleibt dies nach wie vor die einzige Alternative zur imperialistischen Neuordnung Europas.

Wenn allerdings die Möglichkeit eines "Systempluralismus", und damit auch eine mögliche Vermischung unterschiedlicher Produktionsverhältnisse, akzeptiert wird, dann hat dies auf jeden Fall Konsequenzen für das Thema "Reform und Revolution" bei uns. Vorstellbar wird eine längere Transformationsperiode zum Sozialismus, die vielleicht mit einer eigenen Phase der Regulierung verbunden ist. Jedenfalls könnte sie durch die angestrebte demokratische Modernisierung eingeleitet werden. Dabei geht es schon um einen "Bruch" mit dem Kapitalismus - aber es wird nicht möglich sein, einen absoluten Bruchpunkt zu identifizieren.

Wir meinen also, daß sich in einer modernen sozialistischen Konzeption der Gegensatz (nicht der Unterschied) zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus auflöst. Der Reformismus als Methode demokratischer Strukturveränderungen innerhalb des Kapitalismus ist eine

**Wir meinen also,  
daß sich in einer moder-  
nen sozialistischen Kon-  
zeption der Gegensatz  
(nicht der Unterschied)  
zwischen Reformismus  
und revolutionärem So-  
zialismus auflöst.**

unverzichtbare Methode der Annäherung an den Sozialismus geworden. Sie gehört ebenso zum "Arsenal" des modernen Sozialismus wie die Bereitschaft, ständig weiterzugehen, überkommene Klassenkompromisse aufzukündigen und die Legitimität bestehender Regelungen in Frage zu stellen, also in Perioden zugespitzter Klassenkämpfe einzutreten und damit revolutionär zu handeln.

#### **AUSBLICK AUF DIE WEITERE DEBATTE**

In ihrem Grundgerüst sind die "53 Thesen" schon vor etwa zwei Jahren erstellt worden. Es gibt viele eklatante Defizite, die teilweise noch durch die raschen internationalen Veränderungen der vergangenen Monate ausgeweitet und vertieft worden sind. Allerdings: Mit Blick auf die realen Entwicklungen und Diskussionsprozesse in der europäischen Linken scheint sich die Grundoption, die in den Thesen enthalten ist, als realistisch und zukunftsfähig zu erweisen.

Dabei ist als durchgängiges Problem vollkommen zurecht moniert worden, daß die Entwicklung in den Ländern der südlichen Halbkugel und die sog. Nord-Süd-Problematik wenig bzw. schlecht reflektiert worden ist. Dies gilt für eine Überprüfung klassischer Imperialismustheorien ebenso wie für die Verarbeitung der globalen Probleme und insbesondere die Frage, welche Konsequenzen daraus für eine demokratische Modernisierung in Europa zu ziehen sind.

Offenkundig haben wir die Entwicklung der sozialistischen Länder drastisch unterschätzt. Dies betrifft nicht nur den

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS



# SOZIALISMUS

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS

**Gerade im Angesicht rechts-populistischer Strömungen erweist es sich als notwendig, den Gedanken der "Alltagsdemokratie" auszubauen und politisch handhabbar zu machen.**

Zustand innerer Verrottung, sondern auch das Ausmaß der Defensive, in der sich die Sowjetunion gegenüber den kapitalistischen Ländern befindet. Eine revidierte Einschätzung müßte den Ausbau der in den "53 Thesen" schon angelegten europäischen Option nachschieben und dabei vor allem die Renaissance des Nationalismus ins Visier nehmen.

Auch die "strukturelle Überakkumulation des Kapitals", die einer sinnvollen ökonomisch-ökologischen Modernisierung im Wege stehe, stellt sich mittlerweile erheblich anders dar als noch vor zwei Jahren. Es müßte jedenfalls überprüft werden, inwieweit eine neue Prosperität des Kapitalismus eingeleitet worden ist und in welchem Verhältnis dies zu den noch immer offenkundigen ökonomischen Risiken steht.

Am allerwichtigsten scheint uns allen aber zu sein, den programmatischen Bereich weiter auszubauen. Es geht nicht darum, detaillierter zu werden, sondern um klarere Konturen der programmatischen "Philosophie". Besonders gründliche Arbeiten sind vor allen Dingen dort notwendig, wo es um die künftige Arbeits- und Lebensweise, um kulturelle und "moralische" Reformen geht. Gerade im Angesicht rechtspopulistischer Strömungen - vor allem der "Republikaner" - erweist es sich als notwendig, den Gedanken der "Alltagsdemokratie" auszubauen und politisch handhabbar zu machen.

Überhaupt hat sich in den Diskussionen über diese Thesen immer stärker herausgestellt, daß "Demokratie" als Leitvorstellung gesehen und entwickelt werden muß. Wir müssen daraus ein radikales und hegemoniales Projekt der Linken entwickeln, das vom Kampf für die Wirtschaftsdemokratie im ökologischen Umbau bis hin zum Umgang mit Sexismus und Rassismus, mit Diskriminierungen und Identitäten reicht: gewissermaßen das Kernstück des "Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur".

Schon dieser Ausblick zeigt, daß es sich beim "Modernen Sozialismus" in der Tat um ein "Projekt" handelt. Da wir über kein wissenschaftliches Institut, keine Hauptämter und wenig sonstige Kapazitäten verfügen, weil wir alle in verschiedenen politischen Arbeitsfeldern tätig sind und tätig bleiben wollen, bleibt das theoretische Geschäft mühsam. Hinzu kommt, daß es sich selbst innerhalb der Linken heutzutage nur einer begrenzten Beliebtheit erfreut und man vielfach dazu neigt, aus der eigenen Ahnungslosigkeit und Beschränktheit (sei sie dogmatischer oder pragmatischer Natur) auch noch eine Tugend zu machen. Aber dieses Geschäft ist eben ein wesentlicher Bestandteil einer "Rekonstruktion der sozialistischen Linken" in der Sozialdemokratie, in der Bundesrepublik und im europäischen Kontext.

In jedem Fall wird anzuerkennen sein, daß es um hegemoniale Politik geht, also letztlich um die Köpfe der Menschen, ihre Interessen und ihre Deutungen, d.h. um Überzeugungskraft und "ideologische Kompetenz". Insoweit ist theoretische Arbeit, die Beschäftigung mit Analysen, Programmen und Strategien - so unvollkommen sie immer sein mag - nicht das Gegenstück zur "Praxis". Im Gegenteil: Theorie ist ihr wichtigstes Element, sei sie es im Sinne der "53 Thesen" oder als politische Überzeugungsfähigkeit "vor Ort".

**Deshalb treten wir nicht nur für eine moderne sozialistische Strömung ein, sondern auch für einen lebendigen Marxismus - und zwar in zweierlei Hinsicht: als ständige Wiederaneignung materialistischen und dialektischen Denkens und ständige Zertrümmerung festgefügter Glaubenssätze, aber auch als zeitgemäße Interpretation grundlegender Erkenntnisse der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie. Daran werden wir im "Projekt Moderner Sozialismus" weiterhin arbeiten.**

Wirtschaftspolitik beim  
Bezirksverband Berlin-Ost der SPD

Friebe, Nobis, Reiche, Blankenhagel,  
Lamprecht, Fritsche, Eisner)

## Entwurf:

# Wirtschafts- politische Grundsätze der SPD

**1.** Wir treten ein für eine ökologisch-orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.

Die staatssozialistische Kommandowirtschaft hat sich als unfähig erwiesen, die Ansprüche der Menschen zu erfüllen und eine intakte Umwelt zu erhalten.

Dagegen leidet das Land an technologischer Rückständigkeit, Mangelwirtschaft, Disproportionen, Versorgungsengpässen, Wergeudung der Ressourcen, Umweltzerstörung, Ausverkauf, Entwertung der Währung, Wohnungsmangel, Verfall der Städte und Dörfer, unzureichendem Gesundheitswesen, unzureichenden sozialen Diensten, schlechten Erholungsmöglichkeiten, Verarmung von Bildungswesen sowie des Wissenschafts- und Kulturbereiches. Das System der Bevormundung ist auch in der Wirtschaft gescheitert. Es muß durch eine demokratische Wirtschaftsordnung abgelöst werden. Deren Elemente sind:

Markt und Wettbewerb unter gesellschaftlicher Rahmensetzung; Staats-, Länder-, kommunales, genossenschaftliches, privates, anteilig ausländisches und gemischtes Eigentum; Mitbestimmung der Beschäftigten; unternehmerische Initiative und demokratische Kontrolle; Leistungsprinzip und soziale Sicherung; Umweltschutz.

Andererseits distanzieren wir uns von einer "freien Marktwirtschaft", weil

hierbei keine ausreichende Machtkontrolle über die Wirtschaft gegeben ist, so daß die sozialen Belange der Bevölkerung, die Infrastruktur und die ökologischen Belange innerhalb und außerhalb unseres Landes nicht genügend berücksichtigt werden (Erfahrungen aus kapitalistischen Ländern).

Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet eine offene und vielgestaltige Wirtschaftspolitik.

**2.** ... Eine umfassende soziale Sicherung für jeden Beschäftigten und Bürger ist immanenter Bestandteil der sozialen Zielstellung der demokratisch kontrollierten Marktwirtschaft. Das Niveau der sozialen Sicherung kann nur dem Ertrags- und Effektivitätsniveau der Wirtschaft entsprechend sein. Sozialprinzip und Leistungsprinzip müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander sein; das Sozialprinzip darf die Wirksamkeit des Leistungsprinzips nicht wesentlich einschränken.

**3.** ... Neben einer wirksamen ökologischen Rahmensetzung, in Gestalt von Geboten, Verboten, Grenzwerten, Umweltabgaben auf umweltschädliche oder mit einem Umweltrisiko behaftete Produkte bzw. technologische Verfahren, muß eine umfassende staatliche Förderung ökologisch notwendiger wirtschaftlicher Strukturveränderungen und technologischer Entwicklungen sowie eine lückenlose staatliche und gesellschaftliche Kontrolle mit Offenlegung der Ergebnisse gewährleistet sein.

**4.** Markt und Wettbewerb betrachten wir als unabdingbare Triebkräfte für eine ertragreiche, effektive und dynamische Wirtschaft: Sie bedingen die Entmonopolisierung der Wirtschaft, durch Entflechtung des Staatseigentums (genannt: Volkseigentum), durch das Vorhandensein von konkurrierenden Unternehmen der verschiedenen Eigentumsformen und durch die Öffnung zur internationalen Wirtschaft.

Die Entflechtung des Staatseigentums muß in einem demokratischen Prozeß, unter maßgeblicher Beteiligung der

Volksvertretungen und der Betriebsräte als bevollmächtigte Vertreter der Beschäftigten, erfolgen.

Ziel ist eine ausgewogene, international konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur von Großunternehmen, überwiegend in Staats- und Länderhand, sowie von kommunalen, genossenschaftlichen, privaten und ausländischen Mittel- und Kleinunternehmen. **Unveräußerlich ist das bestehende staatliche Eigentum an Grund und Boden**, das jedoch unter Beachtung gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Gesichtspunkte sowie nach Angebot und Nachfrage an Länder, Kommunen, Genossenschaften und Privatpersonen zur unentgeltlichen oder entgeltlichen Nutzung bzw. Pacht übergeben werden kann.

Die Öffnung zur internationalen Wirtschaft erfordert die Beseitigung des staatlichen Außenhandelsmonopols und das Recht der Unternehmen zu selbständiger, außenwirtschaftlicher Tätigkeit, die Konvertibilität der Währung, die vertragliche Einbindung in die Europäische Gemeinschaft, die Weiterentwicklung der traditionellen Beziehungen mit den Ländern des RGW zum gegenseitigen Vorteil und die Zusammenarbeit mit außereuropäischen Wirtschaftsgebieten.

Für die Lösung der entscheidenden Frage der Konvertibilität erwarten wir von der BRD eine weitgehende finanzielle Unterstützung als Ausgleich für die Lasten aus Krieg und Teilung, die von unserem Land in weit höherem Maße zu tragen gewesen sind. Auf diesem Weg muß möglichst schnell ein Währungsverbund mit der BRD, der einen festen Wechselkurs ohne jegliche Einschränkungen garantiert, erreicht werden.

**5.** Die gesellschaftliche Rahmensetzung für Markt und Wettbewerb erfolgt insbesondere durch die Gesetzgebung und Beschlüsse der zuständigen Volksvertretungen zur sozialen Sicherung, Nutzung natürlicher Ressourcen, zum Umweltschutz, zur technischen Sicherheit, zum Gesundheitsschutz, zu Steuern, Zöllen, Subventionen, Krediten, sowie zu Staats-, Landes- bzw. kommunalen Aufträgen, mit dem Ziel, das Interesse der Unternehmen auf die soziale und ökonomische Zielstellung zu lenken.

Wesentliche Rahmensetzung bildet außerdem die Währungs-, Zins- und Kreditpolitik der Staatsbank.

Die Preise dürfen grundsätzlich nicht reglementiert, sondern müssen durch Angebot und Nachfrage bestimmt sein. Soweit für Waren oder Dienstleistungen eine Monopolstellung besteht, z.B. Energie, Post, Bahn, ist jedoch für die Preise eine Genehmigungspflicht durch den Staat erforderlich. Das trifft auch für Wohnungsmieten zu. Die soziale Verträglichkeit von Verbraucherpreisen und Mieten ist grundsätzlich durch sozial differenzierte Einkommenszuschüsse zu gewährleisten. Durch die Einkommenszuschüsse ist insbesondere eine Verschlechterung der Lage der Bürger mit geringem Einkommen, wie Rentner, Studenten, kinderreiche Familien, unbedingt zu vermeiden. Es ist generelle Steuergerechtigkeit herzustellen. Hierzu ist eine grundlegende Steuerreform erforderlich.

Vielgestaltiges Staats-, Länder-, kommunales, genossenschaftliches, privates, anteilig ausländisches und gemischtes Eigentum sind eine Grundvoraussetzung für Markt, Wettbewerb und unternehmerische Initiative, aber auch für reale gesellschaftliche Kontrolle und Mitbestimmung. Der dem entgegenstehende bisherige staatssozialistische Kommandoapparat aus staatlicher Plankommission, wirtschaftsleitenden Ministerien, Kombinatleitungen sowie Bezirks- und Kreiswirtschaftsräten ist zu beseitigen. Anstelle der dirigistischen Planaufgaben und Bilanzentscheide müssen die direkten vertraglichen Beziehungen zwischen den Unternehmen volle Rechtskraft erhalten. Die Eigentümerfunktion für die Staats-, Landes- und kommunalen Unternehmen ist analog zu Aktiengesellschaften durch Aufsichtsräte wahrzunehmen. Bei den Staats- und Landes- sowie kommunalen Unternehmen werden die Aufsichtsräte aus Vertretern der entsprechenden Volksvertretung und ihren Organen, Vertretern der sonstigen Anteilseigner sowie aus Vertretern des Betriebsrates gebildet. Der Aufsichtsrat wählt die Unternehmensleitung, bestätigt den durch die Unternehmensleitung vorzulegenden Geschäftsbericht und entscheidet über grundsätzliche Fragen der Unternehmensleitung und -entwicklung. Die Volksvertretungen schaffen sich zur Bewertung der Wirtschaftstätigkeit dieser Unternehmen Rechnungshöfe, die den Volksvertretungen

gen auch zusammenfassende Berichte geben und Vorschläge zu grundsätzlichen Direktiven an die Vertreter in den Aufsichtsräten unterbreiten.

**7.** Für die schnelle und tiefgreifende Verbesserung der Lage der Bevölkerung, die Schließung von Lücken in der Wirtschaftsstruktur, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Entwicklung des Wettbewerbs ist ein breites Spektrum genossenschaftlicher, privater und anteilig ausländischer Mittel- und Kleinunternehmen erforderlich, insbesondere auf den Gebieten Zulieferindustrie, wissenschaftlich-technischer Geräte und Spezialmaschinenbau, Konsumgüterproduktion, Forschung und Entwicklung, Projektierung und Konstruktion, Unternehmensberatung und Rationalisierung, Bauwesen, Handwerk, Dienstleistungen, Handel, Erholung, Sport und Freizeitgestaltung.

Solche Unternehmen zeichnen sich durch hohe Flexibilität, Dynamik und Effektivität aus. Sie sind nach internationalen Erfahrungen einer der Hauptfaktoren der wirtschaftlichen und technologischen Innovation.

**8.** Die umfangreiche Inanspruchnahme von ausländischem Kapital, insbesondere in Form der Bildung von Joint Ventures und der Kapitalbeteiligung, ist, in Anbetracht des stark zurückgebliebenen Niveaus der Wirtschaft, unvermeidlich für eine schnelle Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zeichen sich stürmisch entwickelnder internationaler Wirtschaftsverflechtung ist ebenso die Beteiligung von Unternehmen unseres Landes an ausländischen Unternehmungen erforderlich.

Die Gefahr eines Ausverkaufs der Wirtschaft unseres Landes kann dann vermieden werden, wenn der Anteil ausländischen Kapitals an den Großunternehmen sinnvoll begrenzt wird. Es sollte also für die Inanspruchnahme ausländischen Kapitals staatlicherseits lediglich Rahmenregelungen geben. Für Mittel- und Kleinunternehmen muß die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen praktisch frei sein. Die Zusammen-

arbeit mit ausländischem Kapital im Bereich der Banken bedarf besonders strenger Regelungen, sollte jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der Wohnungsmarkt ist für ausländisches Kapital nicht freizugeben.

**9.** Die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Unternehmen, unabhängig von der Eigentumsform, muß eine der Hauptformen der gesellschaftlichen Kontrolle und der Durchsetzung der sozialen Zielstellung sein. Hierzu sind grundsätzlich Betriebsräte zu bilden. Die Mitbestimmung ist in einem Betriebsverfassungsgesetz zu regeln.

Dabei ist die unternehmerische Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit, mit einem Höchstmaß an Kontrolle und Mitentscheidung durch die Beschäftigten, unter sozialen Gesichtspunkten sowie an Motivation der Beschäftigten für die Belange des Unternehmens, zu verbinden.

Für die Wahrnehmung der Tarifhoheit sowie die Vertretung unternehmensübergreifender sozialer Interessen der Beschäftigten haben die Gewerkschaften, die parteiunabhängig sein müssen, eine unveräußerliche Rolle. Den Partner der Gewerkschaften bei den Tarifvereinbarungen bilden die Branchenverbände der Unternehmen. Der Staat hat kein tarifliches Mitspracherecht, es sei denn als Unternehmenseigentümer.

**10.** Die umfassende demokratische Kontrolle der Wirtschaft ist - außer durch die Aufsichtsräte (für Staats-, Landes- und kommunale Unternehmen) sowie die Betriebsräte - durch weitere staatliche und gesellschaftliche Institutionen zu gewährleisten. Zwischen den staatlichen Einrichtungen mit wirtschaftlichen Regelungs- und Kontrollaufgaben besteht eine Gewaltenteilung. Die entscheidenden staatlichen Funktionen müssen bei den Volksvertretungen aller Ebenen sowie ihnen direkt verantwortlichen Einrichtungen, wie Rechnungshöfen, Staatsbank, Länderbanken und kommunalen Sparkassen sowie Umweltschutzamt, liegen. Weitere staatliche Kontrollinstitutionen, verantwortlich der Volkskammer, sind das Amt für Waren-

und Materialprüfung sowie ein Amt für gesetzgeberische Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs.

Die Staatsbank, die Länderbanken und kommunalen Sparkassen sowie sonstige Banken verschiedener Eigentumsformen haben eine außerordentlich bedeutende Funktion als Organisatoren gesamtwirtschaftlicher Effizienz, Stabilität und von Strukturierungsprozessen wahrzunehmen. Die Staatsbank hat dabei eine Leitfunktion. ...

**12.** Landwirtschaft und Forstwirtschaft haben eine herausragende wirtschaftliche, ökologische und landschaftskulturelle Bedeutung.

Als geeignete wirtschaftsstrukturelle Grundlage der Landwirtschaft sehen wir die demokratischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die sich in ihren Formen und Inhalten weiter ausgestalten. Sie sind von jeglichen staatlichen Eingriffen in ihre Tätigkeit zu befreien und müssen in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen völlig unabhängig sein. Auch für die Landwirtschaft sind die Kräfte des Marktes frei zu entfalten. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaften wird insbesondere die Spezialisierung entsprechend den natürlichen und Marktbedingungen, die Entwicklung der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten sowie von Nebenwirtschaften notwendig sein, was staatlich zu fördern ist. Die Öffnung zum internationalen Markt bei entsprechendem Schutz ist hierfür ebenfalls sehr wichtig.

Notwendig ist die Entwicklung von regionalen und landesweiten genossenschaftlichen und gemischten Kooperationsformen für die Belieferung der Landwirtschaft, dabei ist der privaten Initiative freie Entfaltung zu geben. Besonders zur Verbesserung der Infrastruktur ist ländlich orientiertes Handwerk und Gewerbe zu fördern.

Prof. Dr. sc. H.-J. Lotze  
mit Doz. Dr. sc. D. Fuchs,  
Karl-Marx-Universität  
und Dr. B. Lemser, Bauakademie

## Anregungen für die Reform des Wirtschafts- mechanismus der DDR

mit freundlicher Genehmigung  
entnommen aus  
"Querschnitt. Denkmodelle  
zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt-  
und Sozialpolitik der Sozial-  
demokratischen Partei in der DDR"  
(hrsg. von F. Bogisch und Lothar W.  
Pawliczak) (Ostberlin, Januar 1990)

Der Behauptung einer Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft kann nicht widersprochen werden, da der Beweis ansteht. Alle Versuche in Richtung einer solchen wurden abgebrochen und von obwaltenden Umständen vereitelt. Realisiert wurde von einer wohlverstandenen Planwirtschaft - z.B. unter Bezug auf Engels oder Lenin - nur das technokratisch-bürokratische Minimum, wie es unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft bzw. der Nachkriegswirtschaft entstanden war und nun unter dem Vorzeichen

- der Zentralisierung von Entscheidungen,
- der Beauftragung von Produktionsmengen,
- der Zuweisung von Ressourcen etc. p. p. kultiviert wurde. Ein solcher Mechanismus verfehlt die eigentlichen und positiven Momente des planenden Wirtschaftens - nämlich die der Voraussicht, des strategischen Denkens und Handelns, des rationalen Verhaltens usw. ...

Die aktuelle Aufgabe besteht darin, einen neuen, effizienten Wirtschaftsmechanismus aus der gegebenen Zustandssituation schrittweise und möglichst widerspruchsfrei heranzubilden.

### 1. Zentrale staatliche Planung

Die zentrale staatliche Planung muß so gestaltet sein, daß sie als ein Vorzug eines modernen sozialistischen Wirtschaftssystems bezeichnet werden kann. Das bedeutet zugleich, einen doppelten Nachteil des bisherigen Systems zu überwinden:

- die permanente Einmischung der Zentrale in die operativen Belange der Kombinate und selbständigen Betriebe und
- der Verzicht auf langfristig strategische Arbeit zur Wahrung der Zukunftschancen der Volkswirtschaft (dieser zeigt sich z.B. in einer mißglückten Energiepolitik).

Die Aufgabe der zentralen staatlichen Planung wäre zu beschreiben als

- Prognostik
- volkswirtschaftliche Strategiebildung
- Ableitung strukturpolitischer Grundsatzentscheidungen,
- Modellierung der volkswirtschaftlichen Reproduktion,
- Vorgabe der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die eigenverantwortliche Tätigkeit von Kombinat und Betrieben.

Damit ist der Übergang von der dirigistisch-administrativen Gängelung zur Führung der volkswirtschaftlichen Reproduktion mit ökonomischen Mitteln zu vollziehen und unumkehrbar zu machen. Der Mechanismus von Vorgaben und Beauftragungen ist außer Kraft zu setzen! Maßstab zur Beurteilung wirtschaftlicher Tätigkeit ist nicht der erfüllte Plan, sondern die wirtschaftliche Rationalität und Effizienz. Als Leitmodell für eine solche Planungsbehörde könnte wahrscheinlich das japanische MITI ins Auge gefaßt werden.

### 2. Bilanzierungen

Bisher wurde viel zu wenig bedacht, aus welchen - historischen - Bezügen die Bilanzierung hervorgegangen ist (ihre Quellen sind ebenso in der deutsch-faschistischen Kriegswirtschaft zu suchen wie in der Stalinschen Wirtschaftsverfassung der UdSSR). Mittlerweile ist die Bilanzierung von der Verwalterin des Mangels über seine Hüterin zu seiner Verursacherin geworden. Das System der materiellen Bilanzierung und damit der materiellen Distribution ist schnellstens zu liquidieren (ist es doch ein Aus-

**Die Abendzeitung**

Nummer 44  
Freitag, 18. Juni 1990  
Preis 30 Pfennig

UNABHÄNGIGES MÜNCHENER NACHRICHTENBLATT

**Währungsreform in Kraft getreten**  
**Am Sonntag Auszahlung des neuen Geldes**

**60 Mark Kopfgote in 2 Raten**

wuchs des Versuchs, eine Wirtschaft mit Handsteuerung in der Zentrale zu betreiben, wobei zusätzlich dem Blindflugdank Verzicht auf Informiertheit, Verfälschung von Informationen usw. - der Vorzug gegeben wurde! Die Computerisierung des bestehenden Systems der materiellen Bilanzierung ist ein Alptraum; die resultierenden Schäden sind unabsehbar. Auszubauen ist das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit seinen Modellen, die Grundlage jeder zentralen staatlichen Planung sind! In diesem Zusammenhang ist der Bilanzierung, die damit natürlich radikal zu beschneiden ist, eine neue und rationale Aufgabe zu übertragen: Die Ermittlung und geeignete Publikation von Informationen, die den Kombinat und Betriebsrationalen Verhalten ermöglichen und die demgemäß mit dem erforderlichen zeitlich-inhaltlichen Vorhaltewinkel auszugestalten sind.

Diese Aufgaben sind in starkem Maße als prognostisch, Markt- bzw. Bedarfstrends unter alternativen Annahmen voraussagend, zu definieren (vereinfachtes Beispiel: für die Schuhindustrie wäre die Information wichtig, welchen Umsatz sie zu erwarten und zu sichern hat, wenn eine bestimmte Entwicklung der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung, der Struktur der Ausgaben der Familienbudgets usw., erwartet werden können).

Das wäre ein wichtiger Schritt vom Stumpfsinn einer Kommandowirtschaft zur bewußten Gestaltung einer effizienten Volkswirtschaft, die von der Infor-

miertheit ihrer Glieder und dem Rationalverhalten aller Systemelemente im Innersten abhängig ist. Der Mangel ist kein Argument für, sondern ein Argument gegen das derzeitige Bilanzsystem, für das weder in einer modern gestalteten Wirtschaft noch in einem effizienten Wirtschaftsmechanismus Platz sein kann.

### 3. Banksystem und Geldpolitik

Auf die aktive Rolle des Geldes wurde Verzicht geleistet. Eine großzügige, voluntaristische Geldpolitik führte zur Aufblähung der Geldmenge und zum Verfall der Kaufkraft und des Geldwertes der Mark der DDR. Sozusagen "planmäßig" wurde eine inflationäre Politik betrieben und diese mit allen möglichen Mitteln verschleiert. ...

Möglich war diese Art von Geldpolitik vor allem, weil die Bank als Teil des Staatsapparates keine autonomen Entscheidungen treffen konnte; weil die monetäre Seite dem Diktat der materiellen Seite unterworfen war. Das war ein Aspekt der Praktizierung der materiellen Produktion zu Lasten der Effektivität der gesellschaftlichen Reproduktion.

Folgende Schritte sind zu überdenken:

- Neubestimmung des Status der Staatsbank und Neuformulierung ihres Status als autonomer, von den Weisungen der Regierung und Dritter unabhängiger, für die Geld- und Währungspolitik verantwortlicher Institution (Rechenschaftspflicht gegenüber der Volkammer, Wahl des Präsidenten

bzw. Präsidiums durch diese);

- es ist ein zweistufiges Banksystem innerhalb der Staatsbank der DDR zu schaffen, innerhalb dessen die Aktivitäten der Emissionsbank eindeutig vom Bereich der Geschäftsbankaktivitäten getrennt ist;
- die gesetzlichen Regelungen des Kreditwesens sind außer Kraft zu setzen; es ist zu regeln, daß das Kreditwesen nach ökonomischen Kriterien gestaltet wird. ...

### 4. Kombinate in der Volkswirtschaft der DDR

So wie es falsch war, der Volkswirtschaft der DDR auf dem Wege der Kombinatebildung ein uniformes Organisationsschema aufzupressen, genau so falsch wäre es, jetzt die Kombinate aufzulösen. Angeraten ist eine sachliche Analyse zu folgenden Fragen:

1. Ist das Kombinat volkswirtschaftlich sinnvoll (was für solche Kombinate wie Zeiß oder Robotron klar sein dürfte) oder ist seine Zweckmäßigkeit überhaupt begründbar (was u.E. für die Getränkekombinate, Kombinate der Konsumgüterproduktion oder bezirksgeleitete Industrie dringend erforderlich ist)?
  2. Ist das Kombinat sinnvoll gebildet, oder bedarf es einer Umgestaltung?
  3. Ist das Modell der Leitung über den Stammbetrieb zweckmäßig (demgemäß sollte auch eine andere Leitungsstruktur Anwendung finden)?
- Neben den Kombinat sind selbständi-



ge Betriebe als Struktureinheiten der Volkswirtschaft notwendig, die leichter eine marktorientierte Politik betreiben können. Dieser Übergang in eine neue Wirtschaftsorganisation bedeutet die Abschaffung der Kombinateleitungen als Zwischenleitungsebene. Die Tätigkeit von Betriebsleitungen wird durch Aufsichtsräte kontrolliert; diese bestehen zu 50 Prozent aus Vertretern der Belegschaft, sowie aus Vertretern der Bank, des Handels, des Territoriums usw., wie es gemäß der jeweiligen Produktionsaufgabe sinnvoll ist.

Zu überprüfen ist darüber hinaus die Abschaffung der Industrieministerien und die Schaffung eines einzigen Industrieministeriums (analog zum Landwirtschafts- bzw. zum Bauministerium). Nur so kann die Eigenverantwortung der Kombinate und der selbständigen Betriebe durchgesetzt werden; diese aber ist Voraussetzung für die volle Anwendung des Prinzips der Eigenwirtschaftung.

### 5. Eigenwirtschaftung

Der hier konzipierte Wirtschaftsmechanismus ermöglicht und erfordert die Eigenwirtschaftung; Eigenwirtschaftung heißt in gewissem Sinne die Anwendung des Leistungsprinzips auf die Struktureinheiten einer Volkswirtschaft; sie ist demgemäß Voraussetzung für die Durchsetzung des Leistungsprinzips gegenüber dem Management und den Beschäftigten. Voraussetzung für sie ist:

- Große Kompetenz bei der Preisbildung,
- volle Verantwortung für das Produktions- bzw. Leistungsprofil,
- volle Verantwortung für die quantitative und qualitative Leistungsentwicklung,
- volle Verantwortung für den Einsatz der Produktionsfaktoren, Investitionen und das Innovationsgeschehen,
- Entwicklung und Durchsetzung von langfristigen Strategien, von Forschung und Entwicklung bis zum Export (einschl. der Finanzen bzw. der Finanzierung);
- volle Verantwortung für das Marketing und die Kooperation mit dem Handel,
- volle Verantwortung für das Exportgeschäft in Kooperation mit frei zu wählenden AHB usw.

Kurz und gut: Eigenwirtschaftung ist Bestandteil der vollen Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe. Es ist ein Steuersystem aufzubauen, über das die Einnahmen des Staatshaushaltes gesichert werden. Über den "Gewinn nach Steuern" verfügen die Kombinate und Betriebe uneingeschränkt in eigener Verantwortung.

In welchem Umfang die Mittel für Investitionen, Modernisierung, Bildung von Rücklagen, Beteiligungen an anderen Betrieben (z.B. zur Förderung der eigenen Zulieferindustrie), zur Speisung des Lohn- und Prämienfonds oder für Gewinnbeteiligungen der Belegschaft verwendet werden, steht im Rahmen der

entsprechenden, noch zu schaffenden Regelungen frei. Die Leitung des Kombines bzw. Betriebes ist für die von ihr betriebene Politik gegenüber der Belegschaft und dem Aufsichtsrat, als Vertretung der Gesellschaft, rechenschaftspflichtig.

Im Interesse der Leistungsmotivation, der Formierung von Stammbetriebsgesellschaften sowie der planmäßigen Entwicklung der Geldeinnahmen (deshalb ist die Dynamisierung der Arbeitseinkommen über eine Lohnfondssteuer auszuregulieren), sollte der Inanspruchnahme von "Belegschaftsobligationen", an Stelle von Lohn- oder/und Prämienzahlungen, Vorrang eingeräumt werden; die über sie erwerbenden Gewinnanteile sind steuerlich zu begünstigen. Gleichzeitig sind die oberen Grenzen der Arbeitseinkommen bei hohen Leistungen (vor allem in der Forschung und Entwicklung, in Design-Abteilungen, in Werbung, Marketing usw.) weit zu öffnen (wer der Gesellschaft Nutzen bringt, soll seinen Nutzen haben!).

In diesem Zusammenhang sind die geltenden Regelungen zur Stimulierung kreativen Verhaltens zu überprüfen, zu korrigieren und zu ergänzen. Die Gehälter des Managements sind strikt an die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit zu koppeln. Bei Arbeitern und Angestellten ist das Entgelt vorrangig an die persönliche Arbeitsleistung und die wirtschaftliche Situation des Betriebes zu binden. ...

# Zehn Thesen zur Ökonomie im Kontext der Menschenrechte

Von Lothar W. Pawliczak, Berlin-Ost, wirtschaftspolitischer Berater beim SPD-Vorstand (DDR), Mitglied der Grundsatzkommission der SPD

mit freundlicher Genehmigung entnommen aus:  
"Querschnitt. Denkmodelle zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR" (hrsg. von F. Bogisch und Lothar W. Pawliczak) (Ostberlin, Januar 1990)

Diese Thesen wurden für eine Arbeitsgruppe des vom Studienkreis Evangelische Theologie und Philosophie getragenen Seminars anlässlich des 200. Jahrestages der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte am 25./26. August 1989 in der Golgatha-Gemeinde Berlin erarbeitet. An der Vorbereitung dieses Seminars war die Initiative Frieden und Menschenrechte wesentlich beteiligt. Die Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR wurde in der Abschlusveranstaltung dieses Seminars der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

## 1. Ökonomie und Gesellschaftlichkeit

Der Mensch wendet seine Not der vorgefundenen Lebensbedingungen durch vorsorgende, gemeinschaftliche materielle und organisierende Tätigkeit.

Mit der Herstellung materieller Lebens- und Produktionsmittel schafft er seine spezifisch menschliche Existenzgrundlage, wird zum Produzenten seiner selbst, seiner Existenzbedingungen. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist von der einfachen Aneignung und dem Verbrauch des Vorgefundenen, wie von Raub und Krieg, zu unterscheiden.

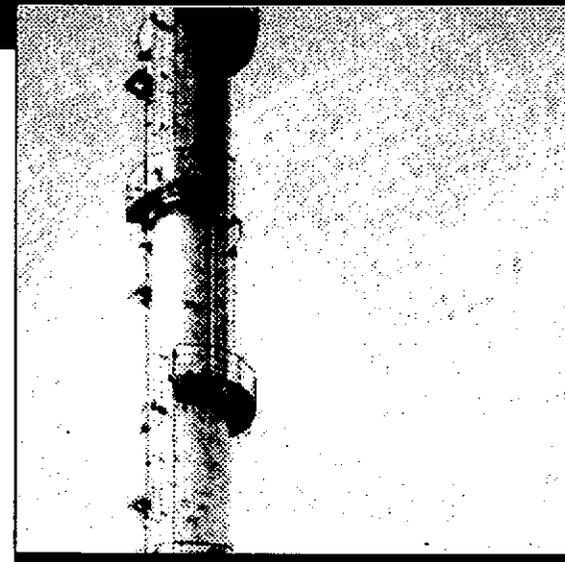
Die Ökonomie oder Wirtschaft umfaßt die stets gemeinschaftliche Erzeugung der materiellen Lebens- und Produktionsmittel von Menschen auf der Grundlage der Aneignung der Reproduktion von Naturbedingungen und historisch übernommenen Produktionsmitteln, einschließlich der Aufteilung der Arbeiten unter verschiedene Mitglieder einer menschlichen Gemeinschaft und der Verteilung der Produkte unter alle ihre Angehörigen sowie gegebenenfalls einschließlich des Austausches mit anderen. Gemeinschaften sind die durch ein gemeinsames materielles oder ideelles Eigentum bestimmte Zusammengehörigkeit von Menschen. Indem sie Arbeiten mittels besonderer Tätigkeiten organisieren, realisieren sie Gemeinwesen, indem sie deren Produkte tauschen, Gesellschaft.

Weil das Individuum nicht die Gemeinschaft, das Einzelwesen nicht das Gemeinwesen ist, es aber nur in der Gemeinschaft - als gesellschaftliches Wesen - existieren kann, ist seine Gesellschaftslosigkeit in ihm als sein Mangel, als Bedarf präsent. Mit der Befriedigung des Bedarfs an den Produkten anderer wird die Gesellschaftlichkeit ökonomisch realisiert.

## 2. Ökonomische Größen, Effektivität

Ökonomische Prozesse sind rhythmische Abläufe in Zyklen von Erzeugung - (Wachstum) - Verteilung - Verbrauch, von Arbeits-, Produktions- und Umsatzdauer, im Wechsel von Progression und Stagnation, die auf ursprünglichen Abläufen in der Natur, in der Abfolge der Generationen, im Wechsel von Bedarfsentstehung und Bedarfsbefriedigung fundieren. Die Zeiten sind daher, neben Bedarf, Arbeit, Gebrauchswert, Wert, ökonomische Basisgrößen; Zeiteinheiten und Geldeinheiten sind die ökonomischen Maßeinheiten. Sie sind bereits in der hauswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kalkulation, d.h. im Vergleich von Einkommen (Wert pro Zeiteinheit) und Bedarf bzw. Aufwand (Gebrauchswerteinsatz) oder Kosten (Werteinsatz) und Leistung (Arbeit pro Zeiteinheit), Grundvoraussetzung ökonomischen Denkens, wie sie die rationale Grundlage der Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft bilden.

Alles ökonomische Denken gründet sich auf den Vergleich von Aufwand und Ergebnis, baut auf der Frage nach dem Ersatz der in der menschlichen Tätigkeit verbrauchten ma-



teriellen Ressourcen, mittels der durch diese Tätigkeit erzielten Resultate, einschließlich eines Entwicklungsüberschusses, auf. **Wo nicht nach dem Ersatz der verbrauchten natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen** durch die Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, **sowie nach einem darüber hinausgehenden Mehrertrag, d.h. nach einem Gewinn, gefragt wird, wird nicht ökonomisch gedacht.** Wo die verbrauchten Ressourcen nicht ersetzt werden und kein Mehrertrag, d.h. Gewinn, erzielt wird, wird nicht ökonomisch gehandelt. Effektivitätsurteile, aus dem Vergleich von Aufwand und Ergebnis, sind nach der Ebene der ökonomischen Betrachtung (hauswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich, weltwirtschaftlich), sowie nach der Perspektive der aktuellen Reproduktion und der geschichtlichen Entwicklung zu differenzieren. Übergreifend bleibt dabei - und hier fallen ökonomischer Gewinn und moralisches Gut letztlich zusammen -, daß "die Bedingungen für den indefiniten Fortbestand der Menschheit auf Erden" nicht nur gefährdet, sondern "die zukünftige Integrität des Menschen, als Mit-Gegenstand" der gegenwärtigen Wahl, in die Handlung eingeschlossen sein muß.

Der "Brundtland-Bericht" nennt dies "**Sustainable Development**": "Im spezifischen Zusammenhang der Entwicklungs- und Umweltkrisen der 80er Jahre... ist für das Streben nach stabiler Entwicklung erforderlich:

- Ein politisches System, das eine wirksame Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen sichert,
- ein ökonomisches System, das in der Lage ist, Überschüsse und technisches Wissen aus eigenem Vermögen und stabil hervorzubringen,
- ein Gesellschaftssystem, das Lösungen für die Spannungen, die sich aus einer unharmonischen Entwicklung ergeben, anbietet,
- ein Produktionssystem, das die Verpflichtung respektiert, die ökologischen Grundlagen der Entwicklung zu erhalten,

- ein technologisches System, das ständig nach neuen Lösungen suchen kann,
- ein internationales System, das stabile Handels- und Finanzstrukturen begünstigt und
- ein Verwaltungssystem, das flexibel ist und die Fähigkeit hat, sich selbst zu korrigieren."

## 3. Reproduktion der Gemeinschaft - Organisation - Planung

Da der persönliche Gewinn durchaus auf Kosten des Gewinns der Gemeinschaft möglich und oft genug wirklich ist, da Sustainable Development sich keineswegs von selbst ergibt, ist in jeder menschlichen Gemeinschaft besondere Arbeit erforderlich, mit der die spezifischen Proportionen von Arbeitsarten und Produkten gefunden und realisiert werden, die entsprechend den spezifischen Existenzbedingungen der jeweiligen Gemeinschaft erforderlich sind. **Organisation, bewußte Regulation, Planung und Leitung sind in der Gemeinschaft um so mehr erforderlich, je mehr die gesellschaftliche Arbeitsteilung fortgeschritten und eine Vielzahl von Arbeitsarten entwickelt sind.**

Die Bestimmtheit einzuhaltender ökonomischer Proportionen, innerhalb eines gewissen Bereiches möglicher Varianten, wie der Art und Weise der dazu erforderlichen gesellschaftlichen Organisation und Leitung, kann nur in einem beständigen Prozeß gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Meinungsbildung gefunden und erhalten werden, der prinzipiell kein Glied ausschließt. Irrtümer sind dabei ebensowenig auszuschließen, wie einmal gewonnene Bestimmtheiten durch die wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Entwicklung - durch ihre positiven Resultate selbst, wie durch Mißerfolge, oder auch z.B. durch Veränderung von Naturbedingungen - korrekturbedürftig werden.

Die Monopolisierung von Auffassungen und Entscheidungen mag, unter dem Gesichtspunkt aktueller Handlungsfähigkeit, effektiv erscheinen. Zugleich wächst aber die Wahrscheinlichkeit und das mögliche Ausmaß von Korruption, Mißwirtschaft und Fehlentwicklungen, mit Ausschaltung des permanenten Korrektivs der öffentlichen Kontrolle und Meinungsbildung; die Aufwendungen für letztlich doch nötige Korrekturen steigen, je mehr sie zeitlich hinausgeschoben werden. Daher ist unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Entwicklung Demokratie billiger.

## 4. Formen staatlicher Wirtschaftspolitik

"Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche

Arbeit auf größerem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeit vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen."

**Die Frage steht daher nicht, ob Planung notwendig ist, denn mit ihr würde ökonomisches Handeln überhaupt beseitigt werden, sondern wie in der Gesellschaft, im Interesse effektiven ökonomischen Handelns, die Planung und die Wirtschaftspolitik des Staates einzurichten sind.**

Zentrale Planung und Leitung in einer Gesellschaft bedeutet die Existenz einer Ebene zentraler ökonomischer Entscheidungen (Staatsinstitutionen), nach Zielen und Kriterien entsprechend zu bestimmender gesellschaftlicher Interessen und Bedürfnisse, die zentralisierte Kontrolle der Realisierung von Maßnahmen, die sich aus diesen Entscheidungen ableiten, sowie die weitere Berücksichtigung der Effekte dieser Entscheidungen und Maßnahmen.

Damit ist auch für die zentrale staatliche ökonomische Planung und Leitung vorausgesetzt, daß es objektive, von den staatlichen Behörden unabhängige Entscheidungskriterien und Informationen gibt, auf die sie sich akzeptierend oder korrigierend beziehen: Der im Marktpreis widerspiegelte Wert der Produkte, die zahlungsfähige Nachfrage sowie die öffentliche Meinungsbildung über die wirtschaftliche Situation und die Wirtschaftspolitik.

Da sich staatliche Planung notwendig auf von ihr unabhängige Informationen bezieht, ist zu fragen, inwieweit mit der Nicht-Wahrnehmung, Unterdrückung und Verdrängung nicht systemkonformer Informationen nicht auch die Planung selbst beseitigt wird, obwohl diese in ihren organisatorischen Formen scheinbar ausgebaut wird.

Staatliche Wirtschaftspolitik kann auf die Sicherstellung von Rahmenbedingungen des ökonomischen Handelns, bei gleichzeitiger Unterdrückung bestimmter unerwünschter Effekte, zielen. Der Staat muß zu diesem Zweck nur in einem begrenzten Umfang selbst wirtschaftlich tätig werden, wenn er Erträge (Dienste, Abgaben, Steuern) aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaftsglieder bezieht und einen Teil derselben wiederum zur Indizierung allgemeiner Prosperität als Mittel staatlichen Einkommens einsetzt. Gegenstand öffentlicher Meinungsbildung über staatliche Wirtschaftspolitik ist so die Verwendung des Staatseinkommens, sowie die Bestimmung von Rahmenbedingungen des selbständigen Einkommenserwerbs der Bürger.

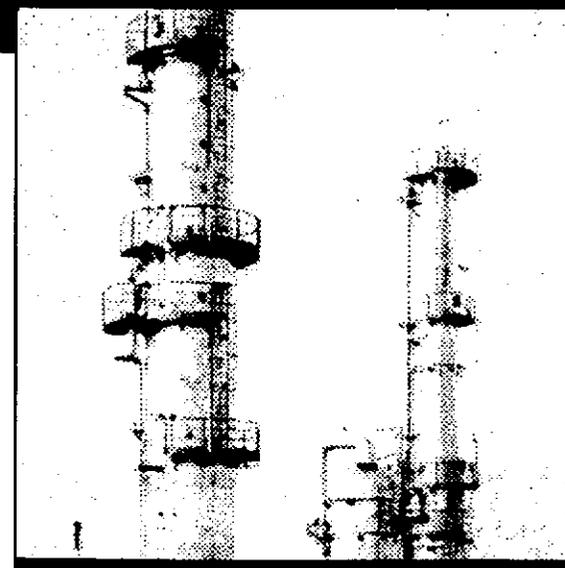
Will der Staat dagegen als allgemeines Wirtschaftssubjekt auftreten, muß er die Verantwortung für das Einkommen der Bürger übernehmen, ihren Wohlstand unmittelbar organisieren. Geschichtlich ist bislang nicht erwiesen, ob dies praktisch möglich ist. Die bisherigen Konsequenzen des Aufbaus einer Staatswirtschaft, wie die tendenzielle Reduktion der Planung und Leitung auf von ihr selbst erzeugte

Informationen, die Abtrennung der staatlichen Bewertung der Arbeitsarten und Güter, nach vorausgesetzten, ökonomisch nicht ausgewiesenen, Orientierungen von der Bewertung durch die Bürger, die zentrale Zuweisung von Produktionsressourcen bis hin zur Organisation der Produzenten zu Arbeitskompanien, scheinen eher gegen die dauerhafte Realisierbarkeit einer Staatswirtschaft zu sprechen. **Der Staatswirtschaft entspricht offenbar in ihrem Wesen die patriarchalische, alle Bereiche des Lebens durchdringende Hegemonie des Staates über die Bürger.**

### 5. Allseitige oder differenzierte Bedürfnisbefriedigung?

Ist wirklich klar, was die sozialistische Zielsetzung, vermittelt des planmäßigen Aufbaus der neuen Gesellschaft die **höchste** Wohlfahrt, **maximale** Bedürfnisbefriedigung und **allseitige** Entwicklung aller Bürger zu garantieren, eigentlich meint? Worin besteht der Unterschied zu der der "Jakobinerverfassung" zugrundeliegenden bürgerlichen Auffassung: "Der Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine Wohlfahrt?" Steht die Proklamation der maximalen Bedürfnisbefriedigung zur Staatsdoktrin im Gegensatz zur nunmehr 200 Jahre alten Einsicht der bürgerlichen Aufklärung, daß der Staat die allgemeinen Bedingungen zu sichern habe, damit die Bürger selbst auf ihre Weise ihr Glück machen können?

Das ist zweifellos der Fall, wenn ignoriert wird, daß die Umstände persönlicher Befriedigung und des Glücks, je nach den empirischen Umständen und der individuellen Auffassung, verschieden sind, und die Erhebung der Bedürfnisbefriedigung zur unmittelbaren Staatspolitik den Bürgern die Auffassung ihres Glücks vorschreibt. Daher formuliert Kant als Prinzip für die Konstitution eines Gemeinwesens: "Niemand kann mich zwingen, auf seine Art (wie er sich das Wohlbefinden anderer Menschen denkt) glücklich zu sein, sondern jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben, die mit der Freiheit von jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann (d.i. diesem Recht des anderen), nicht Abbruch tut. - Eine Regierung, die auf dem Prinzip des Wohlwollens gegen das Volk, als dem eines **Vaters** gegen seine Kinder, errichtet wäre, d.i. eine **väterliche Regierung** (imperium paternale), wo also die Untertanen, als unmündige Kinder, die nicht unterscheiden können, was ihnen wahrhaftig nützlich oder schädlich ist, sich bloß passiv zu verhalten genötigt sind, um wie sie glücklich sein **zu sollen**, bloß von dem Urteile des Staatsoberhauptes, und, daß dieser es auch wolle, bloß von seiner Gütigkeit zu erwarten: ist der größte denkbare **Despotismus** (Verfassung, die alle Freiheiten der Untertanen, die alsdann gar keine Rechte haben, aufhebt)."



### 6. Leistung und Eigentum als Grundlagen sozialer Sicherheit

Mit dem Abebben des Enthusiasmus der politischen Machtveränderung scheint die ökonomische Politik des real existierenden Sozialismus in die Alternative zu geraten, entweder, mit mehr oder weniger direktem oder indirektem Zwang, eine Leistungssteigerung für künftige Bedürfnisbefriedigung durchzusetzen oder, mittels der unmittelbaren persönlichen Interessiertheit an der Verbesserung des Lebensniveaus, eine Beschleunigung des Fortschritts zu erreichen. **Wird die Orientierung auf das individuelle Interesse ernst genommen, muß die Entscheidung über die Bedürfnisse dem Kaufverhalten der Bürger überlassen werden.** Die sozialistische Ideologie sucht, diese Alternative durch die Unterscheidung eines gerechtfertigten höheren Lebensniveaus aufgrund des "sozialistischen Leistungsprinzips" einerseits, von der persönlichen Bereicherung, der böswilligen oder krankhaften Abweichung andererseits, zu ersetzen. Praktisch ist neben die Toleranz gegenüber mangelnder Leistung und Schlamperei in der sozialistischen Wirtschaft längst eine zweite Ebene des wirtschaftlichen Handelns getreten, in der die Anerkennung der Leistung auf dem Markt als Tausch- und Beziehungswirtschaft, Trinkgeld und illegale Preisbildung wieder erscheint. Durch die sozialistische Ideologie bleibt das Einkommen und Vermögen der Bürger, insbesondere wenn es ein bestimmtes Quantum überschreitet, stets der Unsicherheit sozialer Denunziation ausgesetzt, die jederzeit in Enteignung und Existenzvernichtung des Eigentümers umschlagen kann. Praktisch ist das Einkommen durch den offiziellen Ausschluß ganzer Warengruppen vom Markt entwertet (man vergleiche die Kaufkraft der M mit der DM im Intershop oder im Helios-Reisebüro); die Enteignung der Vermögen erfolgt ökonomisch über Inflation.

Soziale Sicherheit und Anerkennung des Leistungsprinzips ist ohne klar definiertes und unveräußerliches Recht auf Eigentum nicht gegeben. Die Beschränkung des persönlichen Eigentums auf die Konsumsphäre ignoriert wesentliche materielle Voraussetzungen individueller Leistungsent-

wicklung und gefährdet mit der Behinderung dieser die soziale Sicherheit aller.

### 7. Sozialistische Wirtschaftspolitik als Mittel der Industrialisierung

**Die Wachstumsraten in der Phase der sozialistischen Industrialisierung beruhen auf der Fähigkeit zentraler Wirtschaftsführung, die wirtschaftliche Entwicklung auf eine begrenzte Zahl von Schlüsselprojekten zu konzentrieren** und umfangreiche Mittel in solche zentralen Objekte und Zweige ökonomischer Priorität umzuverteilen.

In der Sowjetunion erfolgte diese Ressourcenverteilung vor allem über enorme Getreideexporte. Diese Politik stütze sich ab 1929 auf die Beseitigung der relativen Eigenständigkeit der ländlichen Produzenten durch die Kollektivierung und den Aufbau einer umfangreichen Lagerwirtschaft, faktischer allgemeiner Zwangsarbeit und der Opferung von Millionen Menschen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten zunehmend "ökonomische" Methoden der Ressourcenverteilung, die bereits in den 20er Jahren, nach der zeitweiligen Zurückweisung des Vorschlages, zur allgemeinen Zwangsarbeit überzugehen, vom trotzkistischen Flügel der Bolschewiki ausgearbeitet worden waren: Progressive Besteuerung des Einkommens und des Produktivvermögens, staatliches Bank- und Handelsmonopol mit Niedrigstpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und inflationärer Geldpolitik, zentrale Festsetzung der Tarife und Löhne.

### 8. Das Subventionsproblem

Eine Politik zentral festgelegter, durch Subventionen niedrig gehaltener Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebensmittel des Grundbedarfs, Dienstleistungen für die Bevölkerung, ist nur scheinbar eine Politik im Interesse der Bedürfnisbefriedigung und sozialen Sicherheit. Sie ist wirklich ein Instrument der Ressourcenverteilung, die - dauerhaft betrieben - zu einer enormen Verschwendung von gesellschaftlichem Arbeitsvermögen für die Produktion von Ladenhütern, von Gebrauchswerten preisgünstiger Waren durch die Konsumenten, sowie zu einem permanent wachsenden zentralen Überwachungs- und Verwaltungsaufwand führt. Diese Preispolitik sichert keineswegs die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern allenfalls "einen einzigartigen Lebensstandard, als bei uns jeder, auch der niedrigst bezahlte Arbeiter und Angestellte, sein Existenzminimum" hat.

**Diese - auf Subventionen aufbauende - Preispolitik sichert, über ein niedriges Lohnniveau, ei-**

nen geringen Kostenaufwand für das in der Produktion eingesetzte lebendige Arbeitsvermögen, gegenüber den Kosten für die in Anspruch genommenen materiellen Produktionsmittel, und verteilt permanent Werte aus der Konsumgüter- und Dienstleistungssphäre zugunsten der Produktion von Produktionsmitteln um. Auf diese Weise soll die Produktion von Produktionsmitteln und allgemein der wissenschaftlich-technische Fortschritt gefördert werden. Es ist dies aber eine Politik, die objektiv auf eine extensive Erweiterung des Aufwandes an lebendiger Arbeit orientiert, weil seine Verringerung durch den Einsatz moderner Technik sich durch die Kostenentwicklung negativ auf die Rentabilität auswirkt. Eine Wirtschaftspolitik, die mit subventionierten Konsumgüterpreisen die Bedürfnisbefriedigung sichern will, stellt sich den ökonomischen Entwicklungsbedingungen der Bedürfnisrealisation entgegen. Sie hält beide volkswirtschaftliche Abteilungen in permanenter Abhängigkeit von zentraler Intervention und Subvention. Die Industriegüterproduktion ist wegen der abnehmenden Rentabilität (Kapitalproduktivität) auf staatlich sanktionierte, überhöhte Preise angewiesen. Die Betriebe der Landwirtschaft, der Konsumgüterproduktion, des Grundbedarfs und des Dienstleistungswesens für die Bevölkerung (insbesondere Wohnungswirtschaft und Verkehrswesen) sind, aufgrund des Entzugs von Akkumulationspotential über die

gelung anderer Kriterien und, um das Risiko zu minimieren, an bereits bewährten Entwicklungen, d.h. an auf dem Weltmarkt bereits Vorhandenem, orientieren. So hinkt die realsozialistische Wirtschaftspolitik ständig der Entwicklung des Bedarfs der eigenen Bevölkerung, wie der des Weltmarktes, hinterher und steht sich bei der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts permanent im Wege.

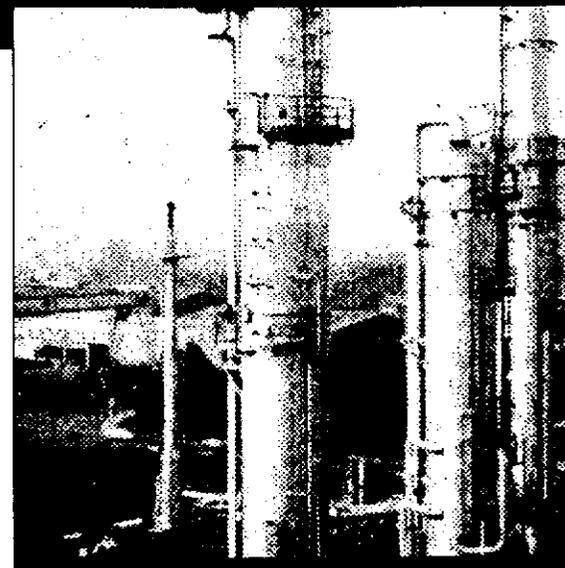
Als Alternative kann aber nicht pauschal die Abschaffung aller Subventionen gefordert werden. Subventionen sind, als zeitlich begrenztes Mittel zur Förderung ökonomischer Entwicklungen, ebenso notwendig und sinnvoll wie für eine anhaltende Stimulierung bestimmter Konsummöglichkeiten (z.B. Subventionierung öffentlicher Verkehrsmittel gegebenenfalls bis auf den Null-Tarif). Auf jeden Fall muß ein gezielter Subventionseinsatz nach rationell ausweisbaren Kriterien erfolgen, der durch Maßnahmen zur Sicherung des Realeinkommens in den unteren Einkommensbereichen bei wegfallenden Subventionen, wie es in der DDR bereits einmal - 1958 - gelungen ist, zu ergänzen ist.

Das krampfhaftes Festhalten an der gegebenen Subventionspolitik in der DDR scheint wohl damit zusammenzuhängen, daß man jegliche öffentliche Diskussion und Meinungsbildung über die staatliche Steuer- und Lohnpolitik vermeiden möchte. Allgemein kann man davon ausgehen, daß indirekte Steuern (Abgaben auf Produkte), wie indirekte Subventionen (Preisstützung für Produkte bzw. Leistungen), die finanziell schlecht gestellten Bürger benachteiligen gegenüber denen mit höherem Einkommen bzw. Vermögen. Direkte Steuern (Einkommensteuern, Vermögensteuern) sind sozial differenzierter einsetzbar und legen den Anteil der Bürger an der Finanzierung des Staates offen, während er bei indirekten Steuern im höheren Preis verschwindet. Direkte Subventionen oder Dotationen erweitern, neben ihrer unmittelbaren ökonomischen Wirkung, den Entscheidungsspielraum der Produzenten und Bürger.

## 9. Das Innovationsproblem

Der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, die Rationalisierung nicht nur der vorhandenen, sondern die Entwicklung neuer Arbeitsarten, die die Effizienz des Gesamtsystems revolutionieren, hat der reale Sozialismus bislang weder ökonomisch noch politisch bewältigt.

Wirkliche Arbeit schließt immer Entscheidungen entsprechend den aktuell auftretenden Bedingungen ein, die nur zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Arbeit selbst getroffen und daher nicht vorausgeplant werden können. Mehr noch entzieht sich der Innovationsprozeß der zentralen Leitung. Zunächst treten punktuell und spontan Innovationen, Erfindungen auf, die als technische oder organisatorische Lösungen herkömmlichen Verfahrensweisen in ihrer technologischen Effektivität keineswegs sofort überlegen sein müssen. Erst in einem gesellschaftlichen Diffusionsprozeß



erweisen sich Innovationen als Innovationen, klärt sich ihre praktische ökonomische Bedeutung und Überlegenheit. Erst im Prozeß der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der Konkurrenz der Meinungen und der praktischen Überprüfung unterschiedlicher Lösungsmodelle, wie ihrer Kombination, erst über diese Vergesellschaftung entsteht die soziale Innovation. Die individuelle Kreativität, die man weder planen noch erzwingen kann, ist hier vorausgesetzt. Die bedarf aber zugleich einer entsprechenden gesellschaftlichen Atmosphäre zu ihrer freien Entfaltung. Man wird sie wohl am sichersten fördern, indem störende Rahmenbedingungen und Zwänge beseitigt werden, damit der "Zug des Ziels" voll wirksam werden kann.

Eine Innovations-"Förderung" dagegen, die bestimmte Konzepte bevorzugt, läuft immer darauf hinaus, die wirkliche Auseinandersetzung, in der sich die Innovation erst als solche erweisen muß, in der einen oder anderen Weise zu unterdrücken, d.h. die Innovation zu behindern. Eine solche "Planung" des Fortschritts ist der absurde Versuch, das Neue wissen zu wollen, bevor es sich im gesellschaftlichen Prozeß praktisch als Neues erwiesen hat, d.h. wirklich als Neues da ist.

## 10. Ökonomische Alternativen und Menschenrechte

Mit der zentralistischen Entscheidung über gesellschaftliche und ökonomische Zielstellungen und die Methoden der Zielrealisierung sind die Ausführenden wesentlich von der Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung, wie für ihre eigene Arbeit, ausgeschlossen. Denn Verantwortungsübernahme setzt Herstellung eines Konsens im Meinungsbildungsprozeß voraus, der zur Entscheidung führt. Indem die zentrale sozialistische Staatswirtschaft die öffentliche Meinungsbildung unterdrückt und sich damit selbst der gesellschaftsinternen Entscheidungskriterien beraubt, macht sie sich von der Zufälligkeit der Meinungen mächtiger Personen und letztlich von den spontanen Entwicklungen des Marktes - namentlich des Weltmarktes -, zu denen

sie ja vorgibt, eine Alternative zu bilden, abhängig. In diesem Sinne ist die reale sozialistische Staatswirtschaft irrational. Ihre Rationalität ist die der Erhaltung der Macht der Mächtigen.

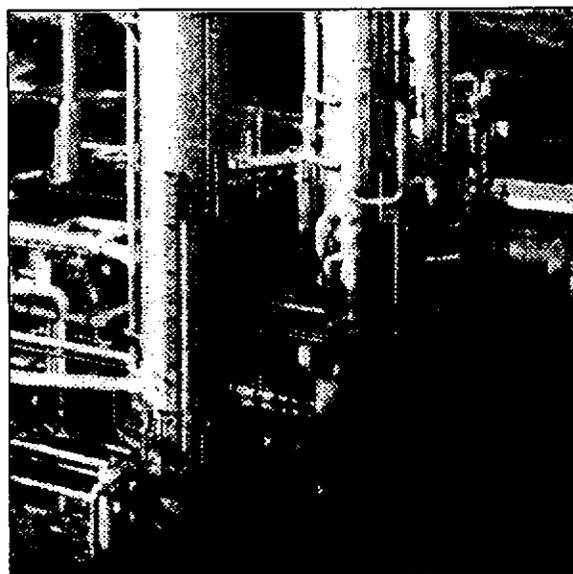
Die Wiederherstellung der ökonomischen Rationalität im Sozialismus kann nur die Wiederherstellung der Selbstbestimmung des wirtschaftlichen Handelns der Bürger sein. Diese Reform kann zwar als Reform von oben eingeleitet, niemals aber als solche vollendet werden. Soweit die bisherigen Ansätze zur Reformierung des Sozialismus in den Alternativen Zentralismus - Dezentralisierung, Plan - Markt befangen blieben und nicht die Frage nach der umfassenden ökonomischen und politischen Demokratisierung auf allen Ebenen stellten, mußten sie notwendig scheitern. Die sozialistische Staatswirtschaft könnte in eine sozialistische Wirtschaftspolitik umge-

bildet werden, indem die Wirtschaftspolitik des Staates klar von der eigenverantwortlichen Tätigkeit der Produzentenkollektive abgegrenzt wird. Die Kompetenzen der Staatsorgane sind mit eindeutigen und überprüfbaren Gesetzen zu regeln, und zwar auch gegenüber den volkseigenen Betrieben, und im Konfliktfalle durch von den Kontrahenten unabhängige juristische Instanzen zu entscheiden.

"Der Staat nutzt die Planung und wendet weitgehend Ausschreibungen in Projektierung und Produktion, desgleichen Finanz- und Kredithebel sowie Preise an, um den ökonomischen Wettbewerb zwischen den Betrieben nach Kräften zu entwickeln, wobei er deren Monopolstellung als Produzenten eines bestimmten Erzeugnisses (materieller Leistungen und Dienste) einengt". Es ist dabei J.K. Galbreith und H. Nick völlig zuzustimmen, daß die Forderung der Abschaffung des Monopols im Kapitalismus wie im realen Sozialismus bedeutet, darauf zu verzichten, "daß Düsenverkehrsflugzeuge, Atomkraftwerke und selbst Automobile im heutigen Umfang von Firmen hergestellt werden".

Die Abgrenzung der wirtschaftlichen Steuerungsfunktion des Staates von der ökonomischen Eigenverantwortlichkeit der Produzenten aller Eigentumsformen muß koordiniert werden mit einem differenzierten System demokratischer Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit, sowohl auf den Ebenen der politischen Repräsentativdemokratie, in den öffentlichen Unternehmungen, als auch in den Betrieben. Die politische Demokratie muß ihre Ergänzung in der Wirtschaftsdemokratie finden.

Ohne die Verwirklichung des Menschenrechts auf Meinungs- und Koalitionsfreiheit ist eine hinreichende Effizienzkontrolle staatlicher Wirtschaftspolitik nicht gegeben. Nur wenn die Bevölkerung, die, im Unterschied zur Regierungspropaganda, besser weiß, ob die staatliche Politik ihren Bedürfnissen entspricht, dies auch sagen kann, nur wenn sich Alternativen entfalten und unfähige Regierungen abgewählt werden können, kann von sozialer Sicherheit ernsthaft geredet werden. Nur wenn die politischen Menschenrechte gewährleistet sind, ist im Innern eines Landes überhaupt feststellbar, ob und wie weit die sozialen Menschenrechte verwirklicht sind.



niedrigen Preise für ihre Erzeugnisse und Leistungen, nicht in der Lage, sich eigenständig zu reproduzieren, und bleiben so auf Preis- und Verluststützungen und andere staatliche Interventionen angewiesen.

Freiräume für die Entwicklung neuartiger Technik und Arbeitsarten, für die Entwicklung und Testung neuartiger Angebote zur Realisation von Bedürfnissen, sind aus eigenständiger Reproduktion der Betriebe so weitgehend ausgeschlossen. Neuerungen setzen hier im Prinzip stets zentrale Beschlüsse und die Bereitstellung zentraler Mittel voraus. Die zentrale Wirtschaftsführung wird sich dabei, in Erman-

**UWE KREMER**, Dr. rer. pol., Projekt Moderner Sozialismus, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, Dortmund

# DEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTSREFORM UND MODERNER KAPITALISMUS

Daß der Kapitalismus über den Sozialismus gesiegt habe, ist ein Postulat, das angesichts der realsozialistischen Trümmer noch eine ganze Weile absolut en Vogue bleiben wird. Auch in vielen sozialdemokratischen und grünen Köpfen hat dieser Sieg der

Marktkräfte und des freien Unternehmertums schon stattgefunden. Dabei hat das ganze Gerede einen wirklich begrüßenswerten Kern: nämlich die Wiederentdeckung der Ökonomie als Zentrum und Basis der Gesellschaft. Wenn sich der Rauch aus dem Osten verzogen hat, muß die Linke auf diesem Gebiet wieder präsent sein und "Systemfragen" thematisieren, die den real existierenden

Kapitalismus betreffen. Noch stellt sich der moderne Kapitalismus als regelrechtes "Faszinosum" dar, das kleinere Teile der Linken in einen neuen Fundamentalismus, größere in einen sozialökologischen Liberalismus treibt.

Dabei wäre es möglich, aus den Veränderungen des Kapitalismus die Elemente einer modernen sozialistischen Alternative zu entwickeln.

Mein Ausgangspunkt sind die neuen Akkumulations- und Regulierungsmuster, die gegenwärtig als Übergang vom "Fordismus" zum "Post-Fordismus" diskutiert werden. Was immer es mit diesen Begriffen auf sich haben mag (und an dieser Stelle nicht erörtert werden soll), kurz gefaßt geht es jedenfalls um folgendes: Auf der einen Seite werden standardisierte Formen von Produktion und Massenkonsum Zug um Zug durch flexiblere, spezialisierte und intelligentere Verfahren ergänzt und abgelöst, wobei der Effektivität des fixen Kapitals und der Qualität des Arbeitsvermögens sowie der Kombination beider Elemente die Schlüsselrolle in der modernen Ökonomie zukommen dürfte. Auf der

anderen Seite treten Individualität und persönliche Flexibilität an die Stelle überkommener sozialer Bindungen und Wertorientierungen, was sich auch auf das Verständnis von Arbeit und Leben, Gemeinschaftlichkeit und Sozialstaat auswirkt. Doch damit ist die Problemlage nicht ausreichend erfaßt: Es bestehen enorme gesellschaftliche Bedarfe auf zentralen Infrastrukturfeldern wie Umwelt, Energie, Verkehr, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Kommunikation. Offenkundig ist auch der individuelle Zukunfts- und Nachholbedarf großer Bevölkerungsteile an qualitativ hochwertigen Gütern und Diensten (z.T. sogar an Grundversorgungsmitteln) und an Möglichkeiten für eine eigenständige sozialkommunikative, umweltverträgliche und gesunde Lebensführung. Die ökologisch-technologische Erneuerung des industriellen Kapitalstocks stellt ebenso eine Herausforderung dar wie der notwendige Umbau der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. Aber vor allem zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme ist eine Mobilisierung und Umlenkung ökonomischer Ressourcen erforderlich, die alle bisher gekannten Ausmaße übersteigt.

## DEMOKRATISCHE MODERNISIERUNG

"Modernisierung" bedeutet unter diesen komplizierten Bedingungen, einen qualitativ veränderten, "höheren" Typus von Produktion und Konsum durchzusetzen, der sich - allgemein gesprochen - durch eine größere Qualität, Vielfalt und Flexibilität des Arbeitsvermögens, der Produktionsstruktur, des Angebots an Gütern und

Diensten, der Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt auszeichnen wird und dabei die Verantwortung für die globalen Entwicklungsperspektiven an die erste Stelle setzt. Hierbei dürften in den 90er Jahren zwei Aspekte in den Vordergrund rücken:

- der Aspekt der Investitionen, d.h. Modernisierung und Mobilisierung der Ökonomie für die enormen ökologischen und sozialen Zukunftsaufgaben, und
- der Aspekt der Individualität, auch im Sinne einer Mobilisierung subjektiver Bedürfnisse und Kompetenzen im Kontext der gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben.

Es geht damit um den grundlegenden Umbau der gesellschaftlichen Arbeit (und auch der sozialen Ordnung). Nach der "Philosophie" des orthodoxen neokonservativen Modernisierungsmodells soll sich der "postfordistische" Typus von Produktion und Konsum über das entfesselte und leistungsbewußte Individuum und eine Privatisierung öffentlicher Verantwortungsbereiche durchsetzen. Politisch-ideologisch werden Markt und Demokratie gleichgesetzt: "Volkskapitalismus" durch "Eigentümerge Demokratie". Das reale Ergebnis (vergleiche Großbritannien) wird den Regulierungsanforderungen des modernen Kapitalismus in keiner Weise gerecht, was mittlerweile auch wachsende Teile der kapitalistischen Klasse gegen dieses Politikmodell aufbringt.

Demgegenüber formiert sich in der internationalen Sozialdemokratie, und auch bei den hiesigen Grünen, ein sozialökologischer Liberalismus. In seiner "Philosophie" geht es um das ökologisch und sozial verantwortliche Individuum, das sich im Rahmen kleinerer "Wirtschaftsdemokratie" (Vermögensbeteiligung, Qualitätszirkel, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, selbstorganisiertes Arbeiten) und der "Konsumentensouveränität" (unterstützt durch Verbraucherschutz, Öko-Steuern u.a.) an der Modernisierung beteiligt. Der Staat soll für den ökologischen und sozialen Umbau normative und steuerliche Vorgaben entwickeln, die im Rahmen der privatkapitalistischen Investitionshoheit abgearbeitet werden sollen. Mit der



World Trade Center  
Ruhrgebiet

Betonung gesellschaftlicher Verantwortung und Konsensbildung ist diese Konzeption realistischer und sozial-ökologisch progressiver als die neo-konservativen Experimente. Was ihr allerdings abgeht, ist eine eigene demokratische Regulierungsperspektive, die die Zukunft der Arbeits- und Lebensweise mit einem Zugriff auf die Struktur der Akkumulation und der Investitionen verbindet.

In der ökonomischen "Philosophie" des modernen Sozialismus geht es genau um diesen Punkt: die "demokratische Kontrolle der Akkumulation", die systematische Einflußnahme auf die Investitions- und Vermögensstruktur, auf die betrieblichen Leitungskriterien, auf die regionalen und sektoralen Verschiebungen der Volkswirtschaft, um ökologisch-soziale Entwicklungsperspektiven dauerhaft in den ökonomischen Mechanismus einzubauen. Grundlage ist eine radikale Kritik des realen Kapitalismus und der von ihm verantworteten Prozesse weltweiter Verelendung, ökologischer Risiken und sozial-kultureller Deformation, die eine demokratische Programmierung der künftigen Entwicklung erforderlich machen. Aber andererseits gilt auch, daß der moderne Kapitalismus selbst auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der individuellen Ansprüche wie auch der ökonomischen Regulierung Potentiale hervorbringt, die eine demokratische, verantwortliche und bewußte Gestaltung von Produktion und Konsum ermöglichen: Es handelt sich gewissermaßen um sozialistische Potentiale, die in den veränderten Akkumulations- und Regulierungsmustern von der Linken identifiziert werden müssen.

Um diese Potentiale geht es in der folgenden Skizze. Sie beschäftigt sich mit den Möglichkeiten für einen demokratisierten ökonomischen Mechanismus, wohlgerichtet aber (noch) nicht mit der Konzeption einer entwickelten sozialistischen Produktionsweise, die darauf aufbauen müßte. Moderner Sozialismus wird hier in der Tat als Projekt verstanden.

## GESELLSCHAFTLICHE SELBSTVERWALTUNG

Die Regulierungsmuster des heutigen Kapitalismus bieten durchaus die Chance, eine moderne demokratische Konzeption der Wirtschaftslenkung zu entwickeln. "Modern" heißt dabei, daß sie dem erreichten Vergesellschaftungs- und Differenzierungsgrad des heutigen Kapitalismus gerecht wird und z.B. entwickelte Finanzierungsverfahren, innovationsorientierte Dienste, Eigentums- und Unternehmensstrukturen, öffentlich-industrielle Verflechtungen aufnimmt. "Aufnehmen" würde wiederum bedeuten, ihre Funktionslogik so zu verändern, daß die Ergebnisse öffentlich-demokratischer Prozesse auf die ökonomisch effizienteste Art und Weise abgearbeitet werden können.

Damit ist schon angedeutet, daß diese Konzeption jenseits der ideologischen Markt-Staat-Debatte angesiedelt werden muß. Der moderne Kapitalismus zeichnet sich gerade durch ein entwickeltes gesellschaftliches Geflecht von Instanzen, Verbänden und Körperschaften "zwischen" Markt und Staat aus. Und hierzu sind an allererster Stelle die großen Konzerne zu zählen, die mit ihren Bürokratien und Strategien real als gesellschaftliche Einrichtungen agieren und dabei ebenso real Investitionslenkung und Planwirtschaft betreiben. In diesem Geflecht werden die wesentlichen Zukunftsentscheidungen gefällt, Marktdaten und staatliche Vorgaben gesetzt und verarbeitet. Die Akkumulations- und Regulierungsmuster sind insoweit gesellschaftlich vermittelt. Auf diesen Raum zwischen Markt und Staat, in dem öffentliche Rahmensetzungen, Konzernstrategien und Interessenkonflikte wirksam werden, konzentrieren sich unsere Überlegungen für eine demokratische Wirtschaftsreform.

Der strategische Versuch besteht also darin, gesellschaftliche Interessen in den ökonomischen Mechanismus des modernen Kapitalismus einzubauen - und zwar nicht im Sinne einer zentralen staatlichen Planung, sondern in Form einer demokratischen Selbstver-

**Der strategische Versuch besteht in einer demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft, in der die Pluralität gesellschaftlicher Interessen (von Belegschaften, Kommunen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbrauchergruppen) in den ökonomischen Wettbewerb um ökologische und soziale Problemlösungen eingeht.**

waltung der Wirtschaft, in der die Pluralität gesellschaftlicher Interessen (von Belegschaften, Kommunen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbrauchergruppen) in den ökonomischen Wettbewerb um ökologische und soziale Problemlösungen eingeht. Diese Pluralität, die schon in den unterschiedlichen Formen der Wirtschaftsdemokratie angelegt ist, kann zusammen mit einer öffentlichen Rahmenplanung und den Kräften des Marktes als neuer Faktor der ökonomischen Stimulierung angesehen werden. Es handelt sich hierbei um eine "Politisierung der Ökonomie", um eine bewußte Vergesellschaftung, insoweit auch um den Ausbau sozialistischer Elemente, während der kapitalistische Charakter der Ökonomie zurückgedrängt wird.

## "NEOINDUSTRIALISIERUNG" VON LINKS

Auf der realwirtschaftlichen Seite, an der produktiven Basis, drückt sich die Veränderung von Akkumulationsmustern in Ansätzen einer "Neoindustrialisierung" aus: flexible Spezialisierung und diversifizierte Qualitätsproduktion, technologische Integration und Innovation, Ausdehnung produktionsorientierter Dienstleistungen, Aufwertung des intellektuellen Ar-

beitsvermögens und entsprechende Veränderung von Qualifikationsprofilen. Hierin zeigt sich eine grundlegende Tendenz des entwickelten Kapitalismus: Das fixe Kapital wird im Verhältnis zum variablen (also zur angewandten Arbeitskraft) beständig ausgedehnt. Dadurch wiederum wird die Arbeitskraft in ihrer Rolle als "Kostenfaktor" reduziert, zugleich aber als qualitativer Faktor ("Produktionsintelligenz") aufgewertet. Die ökonomische Effizienz des modernen Kapitalismus läßt sich insoweit immer weniger in einer Relation von Profiten und Löhnen, also auf Basis der Ausbeutung bzw. Mehrwertate, bemessen. Immer mehr zählen hingegen die langfristige Effektivität des Kapitalstocks und der Ressourcenbewirtschaftung, produktive Problemlösungen und eine entsprechende Qualität der lebendigen Arbeit.

Vor diesem Hintergrund lautet die entscheidende Modernisierungsfrage: Kommt es zu einer zügigen und systematischen Integration der drei wichtigsten "Innovationslinien" Elektronisierung/Chemisierung (Werkstoffe)/Ökologisierung, zu einer entsprechenden Erneuerung des Kapitalstocks und einer umfassenden Mobilisierung von Qualifikationen und Kompetenzen der Beschäftigten?

In der Realität kollidiert das überkommene (einzel) kapitalistische Profitkalkül regelmäßig mit den Anforderungen einer umfassenden sozial-ökologischen Modernisierung. So ist ein ausgesprochen "Innovationsattentismus" vieler Betriebe nachweisbar, der mit einem häufig ergebnislosen "Subventionismus" des Staates einhergeht. Im Ergebnis führt dies zu einer selektiven Modernisierung durch Konzerne und Banken, die hinter den Anforderungen einer zügigen und umfassenden "Neoindustrialisierung" zurückbleibt. Für die Linke geht es um die historische Chance, die "Neoindustrialisierung" mit dem Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus systematisch zu verbinden. Entscheidend ist dabei eine weitergehende Veränderung der ökonomischen Effizienz- und betrieblichen Leitungskriterien, also die "Hereinnahme" ökologischer und sozialer Perspektiven in ein langfristig-strategisch ausgerichtetes Rentabilitätskalkül der

Unternehmen, wie sie in kleinen Ansätzen bei Produktkonversionen, Beschäftigungsgesellschaften u.ä. diskutiert werden. Diese "Hereinnahme" kann nicht allein über Abgaben- und Steuerregelungen (vergl. aktuelle Debatte über Öko-Steuern) realisiert werden. Es ist ebenso notwendig, darauf Über die zentralen gesellschaftlichen Zukunftsmärkte (Zukunftsinvestitionsprogramm, Infrastrukturprojekte u.a.), über die Steuerung der bislang wildwüchsig expandierenden "innovationsorientierten Dienste" (Forschung, Beratung, Weiterbildung u.a.) und vor allem über eine entwickelte Wirtschaftsdemokratie systematisch Einfluß zu nehmen. Die Linke kann dabei "neoindustrielle" Arbeits- und Organisationsstrukturen in den Unternehmen und gesellschaftlich artikulierte Interessen an die sozial-ökologische Qualität des "neoindustriellen" Wachstums für sich reklamieren. "Neoindustrialisierung" von links bedeutet in diesem Zusammenhang: umfassende Demokratisierung, die über Qualitätszirkel und freie Konsumwahl deutlich hinausgehen muß.

## INFRASTRUKTUR-OFFENSIVE

Die Akkumulationsmuster einer modernen Ökonomie werden in wachsendem Maße von ihrer Infrastruktur bestimmt (öffentliche Verwaltung, Verkehr/Kommunikation, Energieversorgung, Umweltschutz/Entsorgung, Bildung/Wissenschaft, Kultur/Freizeit, Gesundheits- und Sozialwesen, Wohnungswesen). Im Zuge einer "Neoindustrialisierung" werden zwei qualitative Aspekte stärker in den Vordergrund gerückt:

- 1) Infrastruktur als Voraussetzung für die Effektivität des fixen Kapitals und die Qualität des Arbeitsvermögens.
  - 2) Infrastruktur als Faktor des privaten Freizeit- und Konsumverhaltens.
- Auf der anderen Seite läßt sich aber nachweisen, daß sich in den vergangenen 10-15 Jahren ein erheblicher Nachhol- und Modernisierungsbedarf in wichtigen Infrastrukturbereichen angestaut hat, was einer schwachen öffentlichen Investitionstätigkeit entspricht. Erforderlich ist also ein regel-

rechter Infrastrukturschub, der den Anforderungen der "Neoindustrialisierung", wie auch des gesellschaftlichen Wertewandels, entspricht. Dieser Schub erfordert eine Mobilisierung von Investitionen in Höhe von mehreren hundert Mrd. DM. Damit sind freilich nicht nur Chancen, sondern auch ökonomische und ökologische Risiken verbunden, die eine langfristige gesellschaftliche Programmierung erforderlich machen.

**An dieser Stelle ist eine neue strategische Definition erforderlich. Es geht um eine Pionierrolle des Staates, die weniger mit öffentlichen Haushaltsmitteln, dafür mehr mit öffentlicher Entwicklungsplanung und der Pilotfunktion öffentlicher Unternehmen zu tun hat.**

An dieser Stelle ist eine neue strategische Definition des Staates durch die Linke erforderlich, aber auch möglich: Es geht um eine Pionierrolle des Staates, die weniger mit öffentlichen Haushaltsmitteln, dafür mehr mit öffentlicher Entwicklungsplanung und der Pilotfunktion öffentlicher Unternehmen zu tun hat. Angesichts des Finanzierungsbedarfs muß zweifellos auch privates Kapital mobilisiert werden, entweder in Form von Kooperationen und Konsortien oder in Form von Investitionsfonds. Es geht also darum, für die Infrastrukturerneuerung neben den öffentlichen Haushalten ein zweites, "wirtschaftsnäheres" Finanzierungsstandbein aufzubauen. Der entscheidende Punkt scheint uns in der demokratischen Kontrolle derartiger Konsortien und Fonds zu liegen, also in ihrer Öffnung für gesellschaftliche Interessen (z.B. im Verkehrs-, im Telekommunikations- und im Umweltsektor).

Um gesellschaftliche Entwicklungs-

teressen gegenüber privater Kapitalmacht durchsetzungsfähig zu machen, müssen zwei Mindestbedingungen erfüllt sein:

1) demokratisch-gesellschaftliche Kontrollorgane auf den zentralen Infrastrukturfeldern (als Weiterentwicklung oder Alternative zu bestehenden informellen oder institutionellen Einrichtungen, die im wesentlichen noch durch Konzerninteressen und Verbandslobbyismus geprägt sind);  
2) ein konkurrenzfähiges öffentliches Unternehmen auf jedem Infrastruktursektor, das die Ziele der demokratischen Rahmenplanung auch im Rahmen des ökonomischen Wettbewerbes zur Geltung bringen kann.

## INDUSTRIELLE PROGRAMMIERUNG

Nun wird ein grundlegender ökologischer und sozialer Umbau der Volkswirtschaft im Sinne einer "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" zwangsläufig zu einer veränderten Aufteilung nach Wirtschaftszweigen und Produktgruppen führen. So ist es einschichtig, daß eine entsprechende Umstrukturierung des Verkehrssektors einschneidende Konsequenzen für die Automobilindustrie mit ihren 800.000 Beschäftigten hätte. Politisch wird also gewollt, was ansonsten ein grundlegendes Charakteristikum einer dynamischen kapitalistischen Ökonomie darstellt, nämlich der fortlaufende Auf- und Abstieg ihrer Sektoren ("Innovationszyklen"). Im modernen Kapitalismus findet dieser Auf- und Abstieg im Rahmen einer konzerngebundenen Regulierung statt, die zunehmend auf langfristig angelegte Innovationsstrategien setzt. Dies kann durchaus mit dem erwähnten "Innovationsattentismus" mancher Unternehmen einhergehen, weil ihnen die Risiken zu groß und die Perspektiven zu weitreichend sind). Nun offenbaren zurückliegende und noch anhaltende Strukturkrisen, daß diese Zyklen und Strategien ganze Landstriche, Wirtschaftszweige und Beschäftigtengruppen in Mitleidenschaft ziehen können. Dieses Problem kann angesichts latenter Überkapazitäten auch für die beispielhaft erwähnte Automobilindustrie ins Haus stehen

und zusätzlich durch den ökologischen Umbau des Verkehrssektors verschärft werden. Erforderlich ist eine vorausschauend geplante Umlenkung von Arbeitskräften und Kapital in andere Sektoren. Zugleich müßten real vorhandene Konflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten und verschiedene Interessen demokratisch verarbeitet werden, was nur auf Basis einer industriepolitischen Programmierung möglich ist. Das volkswirtschaftliche Lenkungssystem des japanischen Industrieministeriums MITI ist ein erfolgreiches Beispiel für die politische Steuerung der industriellen Innovationszyklen - für eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder". Die Branchen-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im schwedischen "Folkheim" zeigt, daß eine derartige Politik mit einer starken sozialstaatlichen Intervention einhergehen kann, im Gegensatz zum für Japan typischen sozialen Paternalismus. Mit ihrer Ökonomie und ihren sozialen Strukturen (insbes. Gewerkschaften) verfügt die BRD über günstige Voraussetzungen, diese beiden Erfahrungen miteinander zu verknüpfen und für den ökologischen und sozialen Umbau zu nutzen. Strategisch käme es darauf an, diesen neuen Mechanismus gesellschaftlich zu öffnen und zu demokratisieren.

**(Miti + Folkheim)  
x Wirtschaftsdemokratie  
= Sozialismus?**

Auf der anderen Seite ist die Entkopplung von Erträgen, ihrer Verwendung und damit auch der Refinanzierung ein typisches Merkmal des modernen Kapitalismus überhaupt, was zur ökonomischen Flexibilität der Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt beiträgt. In dieser Widersprüchlichkeit steckt die Aufforderung an eine moderne linke Konzeption, sich derartiger Finanzierungsmechanismen systematisch zu bedienen bzw. neue zu entwickeln.

Warum soll dem enormen Aufschwung

## INVESTITIONSFONDS UND FINANZKAPITAL

Eine moderne Konzeption der Investitionslenkung und Infrastrukturplanung muß dabei jene essentielle Veränderung im kapitalistischen Akkumulationsmuster in Rechnung stellen, die sich in der wachsenden Bedeutung von Finanzanlagen ausdrückt. Die Frage der Investitionsfinanzierung und Gewinnverwendung ist zweifellos von größter strategischer Bedeutung. So drückt sich in der Präferenz für Finanzanlagen zwar auch eine anhaltende Überakkumulation von Kapital aus - eine Fehlentwicklung zulasten der volkswirtschaftlichen Dynamik, die mit spekulativen und parasitären Entwicklungen einhergeht.

**Strategisch geht es um die Besetzung des finanzwirtschaftlichen Korridors, um damit eine hohe Flexibilität von Lenkungsmechanismen zu verwirklichen. Das Schlüsselproblem liegt in der demokratischen Kontrolle der Banken und Versicherungen und ihrem Einsatz für eine ökologische und sozialorientierte Investitionspolitik**

privater Investmentfonds nicht die "Modernität" gesellschaftlich verwalteter Investitionsfonds gegenübergestellt werden? Also eine gesellschaftlich vermittelte Umlenkung von Gewinnbestandteilen in private Investitionstätigkeit - im Rahmen sektoraler und regionaler Modernisierungsprozesse, der Infrastrukturentwicklung und der Bewältigung internationaler Entwicklungsprobleme. Will man etwa eine industrielle Umstrukturierung mit Beschäftigungsplänen und -gesellschaften im Automobilsektor präventiv und umfassend, also anders als in der Stahlindustrie, praktizieren und mit dem ökologischen Umbau des Verkehrssektors verbinden, müssen überbetriebliche Finanzierungsverfahren gefunden werden. Demokratisch verwaltete Investitionsfonds, die sich aus Gewinnrückstellungen der extrem "flüssigen" Automobilkonzerne speisen, wären ein geeigneter Ansatz.

Strategisch geht es um die Besetzung des finanzwirtschaftlichen Korridors, um damit eine hohe Flexibilität von Lenkungsmechanismen zu verwirklichen. Das Schlüsselproblem liegt in dieser Hinsicht natürlich bei der demokratischen Kontrolle der Banken und Versicherungen und ihrem Einsatz für eine ökologische und sozialorientierte Investitionspolitik, das mittelfristig nur durch ihre Vergesellschaftung gelöst werden kann. Mit dem öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor steht im übrigen schon eine Ausgangsbasis für eine

derartige Demokratisierung des Finanzsektors zur Verfügung.

## MODERNE REGIONALWIRTSCHAFT

Ansätze einer Infrastruktur- und Branchenmodernisierung sind in den vergangenen Jahren vor allem im Zuge einer "innovationsorientierten Regionalpolitik" entwickelt worden. Die regionale Verknüpfung von Wirtschaftsförderung, Technologiepolitik und Infrastrukturmaßnahmen signalisiert, daß veränderte Akkumulations- und Regulierungsmuster auch im regionalen Kontext diskutiert werden müssen. Dabei hat sich die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung in Teilbereichen als wirksamer Steuerungsansatz erwiesen. Er muß allerdings modernisiert und demokratisiert werden. Einmal ist dieser Ansatz im Rahmen einer Infrastrukturoffensive auszubauen. Zugleich ist dabei die Region so stärken, daß hier eine gesellschaftlich-demokratische Verarbeitung von staatlichen Vorgaben und Marktdaten auf der Basis von Mitentscheidungsrechten stattfinden kann.

Im Mittelpunkt stehen die Wirtschafts- und Sozialräte, die zunehmend die Funktionen der Industrie- und Handelskammern im Bereich der innovationsorientierten Dienstleistungen, also der Unternehmensberatung, der Technologieförderung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung übernehmen und langfristig an die Stelle der Kammern treten sollen. Wirtschafts- und Sozialräte könnten zu einer regional-demokratischen Kontrolle der Bezirksregierungen und ihrer bislang völlig intransparenten Tätigkeit führen. Sie müßten an der Abwicklung der öffentlichen Gemeinschaftsaufgaben wie auch der gesamten Wirtschaftsförderung entscheidend mitwirken und daher auch Beteiligungs- und Kontrollrechte gegenüber den regionalen Sparkassen und regionalisierten Investitionsfonds erhalten. Damit könnten die innovationsorientierten Dienstleistungen, kooperative Verbände von Klein- und Mittelunternehmen und

regionale Modernisierungsprozesse insgesamt zur Sache der Gewerkschaften und der Linken werden. Die Räte würden damit auch einen Beitrag leisten, um das Nebeneinander einer Vielzahl von regionalen Akteuren und Gremien einzudämmen. Diese Vorschläge offenbaren, daß es dabei keineswegs um "mehr Staat" geht, sondern um gesellschaftliche Selbstverwaltung par excellence. Nahezu von selbst versteht sich, daß mit diesem Ansatz auch eine wesentlich stärkere Rolle der Kommunen gegenüber zentralstaatlichen Mechanismen (der Wirtschaftsförderung, der Finanzaufsicht, der Regionalplanung etc.) einhergeht.

## DEMOKRATISCHE KONZERNVERFASSUNG

Brennpunkte einer demokratischen Modernisierung der Wirtschaft, der Neointustrialisierung und der gesellschaftlichen Selbstverwaltung sind die großen Unternehmen. Daß ökologisch-soziale Interessen systematisch Eingang in die Leitungskriterien und in die strategischen Entscheidungen der Konzerne finden, reichen die bisherigen Mitbestimmungsregelungen, aber auch eine künftige paritätische Mitbestimmung, überhaupt nicht aus. Es wäre vielmehr erforderlich, eine abgestimmte Reform von Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung und Aktienrecht durchzuführen und eine demokratische Konzernverfassung zu schaffen, die dem gesellschaftlichen Charakter der großen Unternehmen Rechnung trägt. Dabei werden die Gewerkschaften darüber nachdenken müssen, inwieweit die Aufsichtsräte für andere gesellschaftliche Kräfte, vor allem aus dem Umwelt- und Verbraucherbereich sowie kommunale und regionale Vertretungen, geöffnet werden könnten. Zu denken wäre an eine Drittelparität, d.h. ein Drittel für die "gesellschaftliche Öffentlichkeit", wie sie in Ansätzen auch bei Entwürfen für eine "Europäische Aktiengesellschaft" in Erwägung gezogen wird.

Eine demokratische Konzernverfassung müßte insbesondere mit einer Demokratisierung der Aktionärsstruktur bzw. des Aktienrechtes einhergehen, um von dieser Seite aus eine Verbindung von ökonomischen und sozialökologischen Interessen herzustellen. Sie würde damit an der progressiven, nämlich gesellschaftlichen Seite des Aktienkapitals ansetzen. Dabei ist allerdings weniger an "Volksaktien" für Einzelpersonen, sondern an demokratische Interessensgemeinschaften und die schon diskutierten gesellschaftlichen Investitionsfonds gedacht. Eingebaut werden müßten erweiterte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte von Arbeitskollektiven und Betriebsräten, um gerade auf ökologischem Gebiet von der Mitwirkung zu einer effektiven Arbeiterkontrolle voranzuschreiten.

Zusammen mit den gesamt- und regionalwirtschaftlichen Demokratisierungsvorstellungen stellt eine demokratische Konzernverfassung offengestanden nichts anderes dar als eine reale Vergesellschaftung der betroffenen Großunternehmen - das Kernstück einer demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft

Zusammen mit den gesamt- und regionalwirtschaftlichen Demokratisierungsvorstellungen stellt eine demokratische Konzernverfassung offengestanden nichts anderes dar als eine reale Vergesellschaftung der betroffenen Großunternehmen - das Kernstück einer demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft, eines ökologischen und sozialen Umbaus und einer modernen sozialistischen Perspektive.

## NACHTRAG: AUSSENWIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

Zu Einwänden, die eine mangelhafte Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Zusammenhänge beklagen, sei noch folgendes nachgetragen:

Die offenkundige Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft kann nicht allein mit der unkontrollierten Entwicklung von Finanzmärkten, transnationalen Konzernstrategien und dem Verlust nationaler Steuerungsfähigkeit identifiziert werden. Offenkundig sind auch die Potentiale, um global und regional auftretende Probleme bewältigen zu können. Ob sie genutzt werden, hängt maßgeblich von den ökonomisch starken Volkswirtschaften ab, die über relativ große nationale Steuerungsmöglichkeiten verfügen. Dieser grundlegende Sachverhalt trifft nahezu musterartig auf das Verhältnis BRD - EG - Weltmarkt zu. Denn die Bundesrepublik ist keineswegs "Opfer" anonymer Finanzmärkte und internationaler Währungs- und Zinsbewegungen, sondern in allererster Linie "Täter". Mit ihren permanenten Exportüberschüssen untergräbt sie die Stabilität der außenwirtschaftlichen Beziehungen und löst - spiegelbildlich - Bewegungen des Geldkapitals aus, die wiederum die mittelfristige Entwicklung der Zinsverhältnisse maßgeblich mitbestimmen. Im Rahmen des künftigen EG-Binnenmarktes ist dies mit strukturellen Deformationen verbunden, was durch eine Übertragung des BRD-Modells auf die EG verfestigt werden dürfte: Die EG als Instrument westdeutscher Weltmarktpolitik gegenüber Nordamerika und Ostasien unterstellt für das "weltoffene" BRD-Kapital eine Öffnung und Liberalisierung des EG-Raumes, zulasten der Binnenwirtschaft und seiner ökonomisch (und sozial) schwächeren Teile und eine weitere Vernachlässigung der Entwicklungsländer.

Statt dies faktisch zu akzeptieren - wie dies für große Teile der SPD gilt -, käme es für die Linke darauf an, eigene Vorstellungen für ein westeuropäisches

Akkumulationsmodell zu entwickeln und dabei vorrangig an den Investitions- und Steuerungsbedarfen im EG-Maßstab und an den außenwirtschaftlichen Defiziten im Verhältnis zu den Entwicklungsländern und zu Osteuropa anzusetzen. Linke Politik und eine "demokratische Modernisierung" können letztlich nur noch als europäische Projekte formuliert werden. Dies setzt aber gerade voraus, daß das ökonomische Potential der BRD in die Waagschale geworfen und die "Täterrolle" positiv definiert wird. Der von uns angestrebte Umbau der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft und kontrollierte Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und dem übrigen Weltmarkt, unter Einschluß des Kapitalverkehrs, sind wichtige Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene binnenwirtschaftliche Entwicklung der EG und für den Ausbau außenwirtschaftlicher Regulierungsstrukturen, in denen die Entwicklungsländer und die gesamteuropäischen Perspektiven einen privilegierten Stellenwert erhalten können. Insoweit besteht ein strategischer Zusammenhang zwischen der progressiven internationalen Rolle Europas und der demokratischen Modernisierung der westdeutschen Volkswirtschaft.

BMW-Chef Eberhard von Kuenheim hat sich vor kurzem darüber Gedanken gemacht, was nach dem "Endgültigen Sieg der sozialen Marktwirtschaft über alle anderen Wirtschaftssysteme" auf die Unternehmer zukommt:

Anders herum heißt das: Der Tschad und andere südliche Länder gehören auch in Zukunft zu dieser "diffusen Masse nicht mehr eigens sortierter Staaten". Kein Wunder, daß die Länder des Südens mit ihren Entwicklungsproblemen in Kuenheims Katalog der unternehmerischen Herausforderungen ansonsten nicht mehr auftauchen.

Worum es nach dem kapitalistischen Sieg geht, ist der Konkurrenzkampf zwischen den drei imperialistischen Zentren. Es geht nicht darum - wie manche Linke meinen -, daß die osteuropäischen Länder den Status der Dritten Welt einnehmen, also von der internationalen Arbeitsteilung mehr und mehr abgekoppelt

werden, sondern daß sie innerhalb der Arbeitsteilung ihre Rolle spielen (vergleichbar manchen Schwellenländern, soziale Probleme inklusive).

Dann können wir es der Welt zeigen:

Schien sich der Schwerpunkt des Weltgeschehens in der letzten Dekade allmählich in den Pazifik-Raum zu verlagern, so können wir jetzt eine neue Orientierung erkennen, abzulesen am sensibelsten Instrumentarium, über das wir verfügen: den Börsen- und Devisenmärkten.

Europa, das ist meine Vision, wird im 21. Jahrhundert wieder zum wirtschaftlichen und geistigen Zentrum der Welt. Das wird dann eine Herausforderung für diejenigen sein, die nach uns kommen.

Aus: FR, 14.2.90

Dabei geht es zunächst um die Erweiterung unseres Blickfelds. Herkömmlich war es, unsere Absatzmärkte in den westlich orientierten Ländern zu sehen. Herkömmlich war es sodann, die Weltwirtschaft als eine Angelegenheit der Triade zu begreifen: der drei mächtigen Wirtschaftszentren Westeuropa, USA und Japan. Die sogenannten Zweit- und Drittländer waren nicht nur zweit- und drittrangig, sondern auch eine diffuse Masse nicht mehr eigens sortierter Staaten von Tschad bis zur Tschechoslowakei.

Von diesem Bild müssen wir Abschied nehmen. Die DDR und ihre Nachbarstaaten gewinnen für uns eine so große politische Bedeutung, daß sich ihr auch Unternehmer nicht entziehen können.

Beginn des Wahljahres 1990 daran zu erinnern, daß es in der Bundesrepublik auch noch so etwas wie Innenpolitik gibt, erscheint angesichts der öffentlichen Konzentration auf die Umwälzungen in Osteuropa und der deutschnationalen Bierlaune schon fast verwegen. Die bundesdeutsche Linke ist jedenfalls auch auf die im eigenen Land anstehenden politischen Auseinandersetzungen schlecht eingestellt. Zu lange war sie im selbstgezogenen Zirkel von "ungebrochener neokonservativer Hegemonie", "notwendigem Abwehrkampf" und Trauerarbeit gegenüber dem Absterben eigener Alternativen gefangen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil gerade der sozialistischen Linken wird die 90er Jahre mit Selbstbeschäftigung beginnen.

An die - meist nur erträumte - Stelle als Gegenpol zur politischen Rechten hat sich unterdessen eine neue politische Formation gesetzt: ein moderner Sozialliberalismus, der sich auf die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei stützen kann, aber auch mit Strömungen anderer Parteien im Geiste verwandt ist und sich zudem nicht ohne Aussicht auf Erfolg darum bemüht, das politische Erbe der neuen sozialen Bewegung anzutreten.

Dies und der proklamierte Anspruch, traditionssozialistisch-gewerkschaftliche Inhalte und Organisationsformen zu überwinden, beschleunigen noch den Differenzierungsprozeß in der Linken. Nichts ist für die Unübersichtlichkeit dieser schnellen Umgruppierungsprozesse symptomatischer als die allgemeine Hilflosigkeit, mit dem überkommenen rechts-links-Kompaß die neue Lage zu peilen.

Die Linke muß somit ihre "Etappenbestimmung" für die BRD aktualisieren: durch eine Bilanz des neokonservativen Projekts, die Einschätzung der Erosion seiner sozialen Basis und der Bedeutung der "neuen Rechten"; durch ein Resumé der Bewegungen und Kämpfe in der BRD der 80er Jahre und eine nüchterne Bewertung des neo-sozialliberalen Projekts - dies alles im Kontext des aktuellen globalen Modernisierungsschubs, der Reformprozesse in den sozialistischen Staaten und einer in dramatischem Umbruch befindlichen internationalen Lage. Über alledem muß sich klären, entlang welcher Aufgaben und Perspektiven die Rekonstruktion einer modernen und eingriffsfähigen sozialistischen Linken möglich ist. Zur Bearbeitung dieser "Liste offener Fragen" will dieser Artikel einen bescheidenen Beitrag leisten.

# 1990 Eine Chance für die Linke?

Oliver Brosch, Wuppertal / Michael Grunwald, SPD Vorstand Köln /  
Fiete Saß, SPD Vorstand des Bezirks Mittelrhein, Köln

## Der Zerfall des neokonservativen Projekts

Es hat sich gezeigt, daß der Neokonservatismus als politisches Projekt - von besonderen historischen und gesellschaftlichen Umständen abgesehen - nirgendwo vollständig das Klassen-Ziel erreicht hat. Im Gegenteil: In der BRD reduziert sich das "neokonservative Projekt" mehr und mehr auf einen Zeitraum von wenigen Jahren, in dem es gelang, liberale, klassisch-konservative und prokapitalistisch-moderne Positionen und Kräfte zu einem Block zu bündeln, um antireformistische Politik - verstanden als Revision des politischen Projekts der 70er Jahre - zu betreiben. Am Ende der 80er Jahre erweist sich dieser Neokonservatismus auf der ideologischen Ebene als Umbruch-Konzept, dessen zeitlicher Horizont begrenzt ist. Als politisches Krisenlösungskonzept taugt er nicht, weil seine Fähigkeit, Tradition und Moderne ideologisch zu verschweißen, sich schneller als erwartet erschöpft hat und er das notwendige Element gesellschaftlicher Integration und Konsensbildung systematisch vernachlässigt.

**Der Neokonservatismus als politisches Projekt hat nirgendwo vollständig das Klassen-Ziel erreicht.**

- So besteht das sozialpolitische Dilemma des bundesdeutschen Neokonservatismus darin, daß auf der einen Seite durch die Politik der 2/3-Gesellschaft individuelle Ansprüche nur unzureichend gebrochen wurden und sich weiter - z.T. sogar verstärkt - in politischen Druck auch auf die Neokonservativen umsetzen; andererseits die real sozial ausgegrenzten Schichten der Bevölkerung nun auch nicht mehr politisch integriert werden können.

• Die auf Seiten der Linken einst ebenso bewunderte wie verteilte "neokonservative Frauenpolitik" à la Süßmuth erlebte nur eine kurze Blüte.

Der Feminismus von rechts transportiert allemal noch genügend emanzipative Ansprüche von Frauen, um verschwimmelte Chauvis und krachlederne Männerpolitiker in Angst und Schrecken zu versetzen. Geißlers Attacken auf das Patriarchat und der Geist von Memmingen - das geht schon längst nicht mehr zusammen.

**Die "neokonservative Frauenpolitik" à la Süßmuth erlebte nur eine kurze Blüte.**

- Auch als nationale Sammlungsbewegung hat die "Union" vorerst ausgedient. Beinahe ungebrochen in der Tradition von Spannungsfeindlichkeit und Revanchismus, schlitterten die Neokonservativen in gesellschaftliche und internationale Kräfteverhältnisse, die das einfache Bedienen solcher Partikularinteressen schlicht ausschlossen. Mehr noch: Das außenpolitische Feindbild des "Kommunismus" hat sich weitgehend verflüchtigt und andere, einst noch riskierbare Sündenbockstrategien stehen heute in offenkundigen Widerspruch zu bisherigen - und auch zukünftig unverzichtbaren - politischen oder ökonomischen Imperativen des Kapitals wie der europäischen Integration und der Arbeitskräfteanwerbung über die nationalen Grenzen hinaus. Zwar hat die Union von der Wiedervereinigung profitiert - aber weder nach rechts noch nach links gelangen ihr bisher neue Integrationsleistungen. Interessanterweise nimmt in der Bevölkerung der Bundesrepublik seit der Grenzöffnung die Zahl derjenigen zu, die sich gegen Wiedervereinigung und für eine fortdauernde Zweistaatlichkeit aussprechen.

## Konservative Blockade kapitalistischer Modernisierung

Während die politische und ideologische Fragmentierung des Neokonservatismus z.B. durch die zahlreichen Analysen der Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien mehr und mehr ins Bewußtsein geraten ist, sind die erkennbaren Anzeichen für das auch ökonomische Scheitern des Neokonservatismus in der BRD noch kaum aufgenommen worden. Das Phänomen einer Krise der Konservativen trotz der Einlösung ihrer Aufschwungversprechungen, trotz relativer Prosperität und kaum spürbarer zyklischer Krisenflüsse ist jedoch sicher von ebenso strategischer Bedeutung.

Diese Krise ist Ausdruck der Unfähigkeit des Neokonservatismus, den tieferliegenden Strukturbruch des Kapitalismus zu bewältigen und ein neues, "postfordistisches" Regulierungsmodell zu etablieren. Der Rückgriff auf neoklassische ökonomische und konservativ-elitäre politische Theorien hat in der BRD den Prozeß der Innovation und der Ausschöpfung der Potentiale der wissenschaftlich-technischen Revolution bislang eher behindert. So sind politisch gewollte Prozesse der regionalen Segmentierung, der Deindustrialisierung und der Zerrüttung ökonomischer Infrastrukturen in der BRD wesentlich schneller und gründlicher an Grenzen gestoßen als etwa in Großbritannien. Und so hat sich das Festhalten an den fordistisch-zentralistischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen in Ökonomie und Politik angesichts neuer Qualifikationsstrukturen und wachsender Demokratisierungspotentiale eben-

**Das Phänomen einer Krise der Konservativen trotz der Einlösung ihrer Aufschwungversprechungen ist Ausdruck der Unfähigkeit des Neokonservatismus, den tieferliegenden Strukturbruch des Kapitalismus zu bewältigen und ein neues, "postfordistisches" Regulierungsmodell zu etablieren.**

so überlebt wie in der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik "die Marktradikalen und "ideologischen Rechten" ... in Regierung, Planungsapparaten und Standesverbänden ... mit ihren Konzepten Schiffbruch erlitten haben. Die diversen Elite- und Wettbewerbsmodelle sind allesamt kläglich gescheitert", insbesondere, da "die Modernisierung des Hochschulsystems im Widerspruch zu konservativ-fundamentalistischen Regulierungskonzepten steht."<sup>1</sup>

Elite- und Hierarchisierungskonzepte entsprechen nicht den Anforderungen moderner Produktionsverfahren, deren Verwertungskriterium deutlich schnellere und flexiblere Umsetzung von Material und Produkten als bisher - oder kurz: sprunghaft beschleunigte Kapitalzirkulation - ist. Grundlage dafür ist permanente Innovation und Qualitätskontrolle, was neben dezentralen Eingriffs- und Entscheidungskompetenzen eben auch entsprechende Qualifikationen der ProduzentInnen voraussetzt.

Im Zentrum moderner Kapitalverwertung steht daher der Mensch; seine schöpferischen Fähigkeiten sind die Hauptproduktivkraft, die es zu erschließen gilt. Moderne Managementtheorien zielen darauf, dieses "Gold in den Köpfen der Arbeiter" verwertbar zu machen.

Immer wiederkehrende Stichworte aus einer Flut von Veröffentlichungen lauten: ganzheitliche Arbeitsplätze, Eigeninitiative, Teamgeist, flache Hierarchien, dezentrale Entscheidungskompetenz, Weiterbildung, Unternehmenskultur.

"So wünschen sich immer mehr Mitarbeiter eine abwechslungsreiche, verantwortungsvolle Aufgabe. Und das ist gut so. Denn mit wenigen, sich wiederholenden Handgriffen allein lassen sich die neuen komplexen Aufgaben nicht lösen. ...

Gut ist auch, daß immer mehr Mitarbeiter an der Planung und Gestaltung der Arbeit beteiligt werden wollen. Wer beteiligt ist, trägt Veränderungen mit und ist gegenüber Neuerungen aufgeschlossener. ... Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie nutzen die Chance und gestalten die Arbeit in ihren Werken gleichermaßen attraktiver und produktiver. Damit werden Interessenübereinstimmungen zwischen Mitarbeitern und Geschäftsleitung zum beiderseitigen Nutzen eingesetzt..."<sup>2</sup>

Daß dies nicht nur Ideologie ist, zeigen die Entwicklungen in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Chemie- und Elektroindustrie, aber auch die neuen Büro-rationalisierungsstrategien. Elitebildung, Ellbogenkonkurrenz und anderer konzeptioneller Schutt der Neokonservativen sind in diesem Modernisierungsprozeß nur störend. Im Spannungsfeld zwischen ideologischen Blockaden und

**Im Zentrum moderner Kapitalverwertung steht daher der Mensch. Moderne Managementtheorien zielen darauf, dieses "Gold in den Köpfen der Arbeiter" verwertbar zu machen.**

1 Michael Weber-Wernz, Neuverfassung der Hochschullandachakt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/89, S. 566  
2 Dieter Kirchner (Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall), Es gibt keinen Verfall der Arbeitsmoral, in: FAZ v. 13.9.89, S. 18

den realen Anforderungen moderner Produktion läßt sich das Scheitern des Neokonservatismus in - zumindest für die BRD - zeitnahen Perspektiven ablesen.

Dies bedeutet freilich keinen Automatismus für einen Regierungswechsel nach der Bundestagswahl. Neokonservative Positionen wirken in Teilbereichen der Politik noch durchaus hegemonial und bestimmen z.T. auch die Diskussionen und Formierungsprozesse der Linken. Die Politikfähigkeit der gesamten neokonservativen Konstellation, der "Wende", neigt sich aber dem Ende zu.

Es ist deshalb an der Zeit, sich vom Angstgegner Neokonservatismus zu verabschieden und die Entwicklungsperspektiven moderner kapitalistischer Regulierung und Hegemonie in den Blick zu nehmen - und darauf einzuwirken.

**Es ist an der Zeit, sich vom Angstgegner Neokonservatismus zu verabschieden und die Entwicklungsperspektiven moderner kapitalistischer Regulierung und Hegemonie in den Blick zu nehmen - und darauf einzuwirken.**

### Die sozialliberale Alternative

Entscheidend für die politische Entwicklung der BRD wird sein, wie sich der Neokonservatismus in nächster Zukunft in Konkurrenz zum Neo-Sozialliberalismus behaupten kann. Zwischen diesen beiden Strömungen wird jetzt der Kampf um die Entwicklungsrichtung des modernen Kapitalismus ausgetragen.

Der Streit darum, ob dieser moderne Sozialliberalismus "rechts" oder "links" ist, ist müßig, solange er nicht um Inhalte geführt wird. Maßstab sind die internationalen und gesellschaftlichen Probleme, die in den 90er Jahren zu lösen sind, und nicht die Theorieschubladen der 70er Jahre.

Der Sozialliberalismus hat zumindest ein Eltern- teil aus der Linken der 80er Jahre. Er ist das wesentliche Produkt des Neuorientierungsprozesses der Sozialdemokratie, und er knüpft an grundlegende Formen und Inhalte der neuen sozialen Bewegungen an - und bezieht sich auch maßgeblich auf deren Massenpotential.

Für nicht wenige, die in den letzten 15 Jahren gegen Atomkraft und Raketen auf die Straße gingen oder mit den außerparlamentarischen Bewegungen sympathisierten, ist der neue Sozialliberalismus ein ernstzunehmendes Angebot, doch noch im Rahmen des schon erstarrt geglaubten politischen und ökonomischen Systems der BRD die drängendsten Fragen anzugehen. Die Linke hat also sehr wohl eine Alternative zum Neokonservatismus (mit) hervorgebracht - auch wenn es keine sozialistische ist.

Zentrale Programmpunkte des Sozialliberalismus sind:

- Die Abkehr von der Abschreckungslogik, gemeinsame Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

mit der Perspektive einer blockübergreifenden und -überwindenden Friedensordnung im "Gemeinsamen Haus Europa";

- Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, der sich allerdings ökologisch auf den Umbau der Energiebasis (u.a. Ausstieg aus der Kernenergie) und ökonomisch auf eine marktwirtschaftliche Steuer- und Finanzpolitik reduziert;
  - Der positive, wenngleich unscharfe Bezug auf die politischen und sozialen Ansprüche von Frauen, denen insbesondere in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Rechnung getragen wird.
- Diese - unvollständige - Liste konturiert den Sozialliberalismus bereits als das fortschrittlichere Projekt kapitalistischer Entwicklung. Doch wie modern ist der Sozialliberalismus wirklich? Kann er über das Aufgreifen bestimmter Interessen und Wertorientierungen hinaus den Anspruch einlösen, einen neuen - und für beide Seiten im Vergleich zum Neokonservatismus vorteilhafteren - Modernisierungskompromiß zwischen Kapital und Lohnarbeit zu vermitteln?

Wie bündnisfähig und offen für Impulse aus sozialen Bewegungen und wie lernfähig in der Auseinandersetzung mit Kritik von links und von rechts ist er?

### Modernitätslücken im sozialliberalen Projekt

Die augenblickliche Paradoxie liegt darin, daß der Sozialliberalismus gerade in seiner "lafontaineistischen" Variante zwar in vielen Bereichen problemlos kompatibel mit modernen kapitalistischen Fraktionen ist, in anderen, nicht eben unwichtigen Bereichen aber gegenüber diesen und gegenüber modernen sozialistischen Konzeptionen gerade (noch) nicht. Die Kompatibilität erstreckt sich auf fast alle "weichen" Themen wie Europa, Verteidigung, Ökologie, und natürlich auch auf die Arbeitszeitverkürzung/Flexibilisierung. In bestimmten "harten" ökonomischen Fragen aber ist der Sozialliberalismus geradezu unmodern: ihm fehlt das wirtschaftspolitische Konzept.

In der Auseinandersetzung um die Wirtschaftskapitel des neuen Grundgesetzprogramms konnte die Parteilinke diese Schwäche zur Verankerung eigener Positionen nutzen. In der Kommission "Fortschritt 90" zeigt sich schon deutlicher, daß der Sozialliberalismus zwar weiß, was er nicht will: Investitionsplanung und -lenkung, Einschränkungen der betrieblichen Unternehmerhoheit, die Gefährdung einer "Mindestrendite" der Unternehmen.

**In bestimmten "harten" ökonomischen Fragen aber ist der Sozialliberalismus geradezu unmodern: ihm fehlt das wirtschaftspolitische Konzept.**

**Realpolitisch ist es natürlich auch eine wirtschaftspolitische Linie, keine wirtschaftspolitische Linie zu haben: Dann betreibt die Wirtschaft ihre eigene Modernisierung.**

Eine eigene Linie ergibt das jedoch nicht. Der mangelnde wirtschaftspolitische Gestaltungswillen ist nur vor dem Hintergrund des spezifisch sozialdemokrati-

schen Markt-Staat-Syndroms verständlich. Das beliebig abrufbare Abschwörungsritual gegenüber "sozialistischen Folterinstrumenten" ist kollektives Seelenleben der Sozialdemokratie, historisch nur mit dem Syndrom der "vaterlandskosen Gesellen" vergleichbar, daß in Teilen der Partei gerade seine jüngste Renaissance erlebte.

Realpolitisch ist es natürlich auch eine wirtschaftspolitische Linie, keine wirtschaftspolitische Linie zu haben: Dann betreibt die Wirtschaft ihre eigene Modernisierung. Diese Haltung übersieht freilich das wichtigste: Modernisierung der Produktion ohne Modernisierung - und vor allem Demokratisierung - der Gesellschaft muß in tausend Halbheiten und Widersprüchen steckenbleiben. Modernisierung der Produktion ohne politische Legitimierung und mit staatlichen und gesellschaftlichen Instrumenten durchgesetzte Ziele wird die "Knackpunkte" zur Lösung der anstehenden ökonomischen und ökologischen Probleme nicht finden.

Allein die Einführung regenerativer Energietechnologien erfordert eine Qualität staatlicher Investitionslenkung, die das Atomprogramm in den Schatten stellt. Ähnliches gilt für die Durchsetzung eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts oder die Bewältigung der Altlastenproblematik.

Interessanterweise melden sich seit geraumer Zeit auch Stimmen aus dem Unternehmerlager, die Innovation und Investitionslenkung in diesem Sinne vom Staat einfordern. Solche scheinbar verkehrten Fronten verweisen auf zentrale Modernitätsdefizite des neuen Sozialliberalismus.

Wie kein zweiter hat Oskar Lafontaine sich in der Vergangenheit bemüht, aus dieser Not eine antimoderne Tugend zu machen. Als Alternative zu einer gesellschaftlichen Gestaltung ökonomischer Kernbereiche plädiert er für ein Ansetzen an der Eigenarbeit, mit dem jegliche gesellschaftliche Zielsetzung in "mehr Wärme in der Gesellschaft" zerfließt. Solche Romantik provoziert berechtigte Kritik nicht nur von links: Sie ignoriert nämlich auch die Notwendigkeit, neue Produktionskonzepte auf breiter Front zu etablieren, den Produktionsprozeß zu modernisieren und dabei Qualifikationen zu erhöhen und auf neue, anspruchsvolle Weise in die Betriebsabläufe einzubeziehen - von der dazu notwendigen Bildungsreform ganz zu schweigen. Selbst in der Frauenpolitik fällt Lafontaine in der Konsequenz hinter manche rechtsfeministische Position zurück. Und im "Risiko-kapitalismus" bleibt für eine Subsidiarität im linken Gewand eigentlich kein Platz - ansprechend gerade für "moderne" Schichten im Bereich der Angestellten oder der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist dies jedenfalls nicht.

Zusammengefaßt ist die zentrale "Modernitätslücke" in Lafontaines Konzept also darin zu sehen, daß ein eigenständiger, konsistenter Ansatz zur Produktivkraftentwicklung und zur politischen Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution (mit den Menschen als Hauptproduktivkraft im Mittelpunkt) nicht zu erkennen ist -

und ebensowenig ein damit verbundenes Projekt umfassender gesellschaftlicher Demokratisierung. Das zentrale Zukunftsfeld erweist sich im sozialliberalen Konzept vorläufig noch als Leerstelle.

### Solidarische Modernisierungskonkurrenz mit dem Sozialliberalismus

Wenn dies und das Bild von den sich neu formierenden Strömungen in der Sozialdemokratie richtig ist, dann muß die Frage präziser gestellt werden, wie die Auseinandersetzung zwischen gewerkschaftlich-sozialistischer Linke und sozialliberaler Strömung geführt werden soll. Die bloße plakative Anprangerung des "Lafontaineismus" und seiner sozialen und politischen Inhalte ist in Form und Inhalt ungeeignet.

Ein solcher Gestus ist besonders fragwürdig, weil er sich am Eingeständnis eigener sozialistischer Perspektivdefizite vorbeischießt. Der moderne Sozialliberalismus reflektiert eben auch den unterschiedslosen Verschleiß frühsozialistischer Alternativen, auf die sich die sozialistische Linke - offen oder insgeheim - noch bis vor kurzem unverdrossen bezog.

Die Logik des Hier und Jetzt lautet deshalb auch für die sozialistische Linke: Dann müssen wir die Probleme eben mit kapitalistischen Mitteln lösen.

**Wir plädieren also dafür, daß sich die sozialistische Linke in ein solidarisches, forderndes und konkurrierendes Verhältnis zum neuen Sozialliberalismus setzt.**

so gut und so weit es geht. Solange die Linke außer Allgemeinplätzen wenig zu sagen weiß, was man sich unter einem entwickelten Sozialismus vorstellen soll und wie es dort hin geht, ist dies nicht der schlechteste Ansatz.

Mehr noch - die sozialistische Linke ist in einer solchen Politik doppelt aufgehoben: positiv in ihren Mobilisierungserfolgen der 80er Jahre, negativ im Scheitern ihrer diversen Sozialismusvisionen.

Angesichts der Bedeutung, die der Ablösung des Neokonservatismus in der BRD national und international zukommt, aber auch angesichts der aufgezeigten Defizite im sozialliberalen Projekt kann es der sozialistischen Linken nicht gleichgültig sein, ob und inwieweit sich der Sozialliberalismus als wirklich moderne Alternative konturieren kann - und diese Konturierung ist nur durch Auseinandersetzung von links (und von rechts) vorstellbar.

Wir plädieren also dafür, daß sich die sozialistische Linke in ein solidarisches, forderndes und konkurrierendes Verhältnis zum neuen Sozialliberalismus setzt: Solidarisch im Kampf um die Ablösung der Wendekoalition, fordernd, wenn es darum geht, wie Modernisierung mit Demokratisierung und individueller Lebensqualität verknüpft werden kann. Nur wenn die sozialistische Linke sich einem solchen Anspruch stellt, wird sie die Chance haben, Abgestandenheiten abzustreifen und moderne sozialistische Perspektiven zu entwickeln, die es ermöglichen, eine eingriffsfähige

Linke in der BRD zu rekonstruieren. Und nur wenn sie den Sozialliberalismus einer realen Modernisierungskonkurrenz aussetzt, wird die Linke sich in das sozialliberale Projekt - und damit in die mögliche nächste Etappe der politischen Entwicklung der BRD - ein Stück weit einschreiben können.

Insbesondere in den Bereichen der wissenschaftlich-technischen Innovation, des ökonomisch-ökologischen Umbaus, der Zukunft der Arbeit, der Entfaltung von Individualität und der gesellschaftlichen Demokratisierung kann das sozialliberale Projekt durch sozialistische Positionen modernisiert und radikalisiert werden - und ist sogar darauf angewiesen, wenn es an Reichweite, Stabilität und Ausstrahlungskraft gewinnen will.

Natürlich wirft eine solche Linie Fragen auf. Auf welche Teile der Linken kann sie sich überhaupt beziehen - und welche Teile der Linken auf sie? Wie steht es mit deren inhaltlicher Kompetenz und Kapazität? Wie können programmatische Modernität und Basisdruck sozialer Bewegungen systematisch verknüpft werden? Und schließlich: Wieweit reicht die sozialliberale Offenheit, sich einer solidarisch-konkurrierenden inhaltlichen Auseinandersetzung überhaupt zu stellen?

Diese Fragen verweisen auf Probleme und Konfliktstoff. Doch läßt sich auch umgekehrt fragen: Welche Perspektiven hat denn eine Linke, die darauf verzichtet, eigenständige Modernisierungsperspektiven zu entwickeln?

Ein Beispiel hierfür bietet der beklagenswerte Zustand der bildungs- und hochschulpolitischen Opposition. Alle Debatten scheinen um Mittel- und Stellenfragen zu kreisen und strahlen eine Langeweile aus, der kein Außenstehender sich entziehen kann. Niemand diskutiert, welche Anforderungen die neuen Produktionstugenden an Schule und Hochschule stellen. Niemand diskutiert, welche fortschrittlichen Perspektiven sich für den Bildungssektor daraus ergeben sollen. Niemand fordert die radikalen Reformen, die erforderlich wären. Niemand - innerhalb der traditionellen organisierten Hochschullinken, die entsprechend hilflos auf eine Basisbewegung reagierte, die wenigstens in Ansätzen begann, solche Perspektiven zu entwickeln. Im Grunde sind sich die etablierte Opposition und die offizielle Bildungspolitik im Geiste sehr viel näher, als ihr erbitterter Streit vermuten ließe. Eine Opposition, die nicht auf den Punkt bringt, was ihre berechtigten Anliegen mit den gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven zu tun haben, kommt über eine politische Nischenexistenz nicht hinaus und beginnt organisatorisch zu zerfallen - und eine soziale Bewegung, die zu neuen, dauerhaften Organisations- und Politikformen nicht vorgestoßen ist, bleibt auf die kurzfristige Mobilisierung für Partialinteressen beschränkt.

**Aktuelle sozialliberale Perspektiven**

Unterdessen hat der Sozialliberalismus seinen nächsten Schwenk schon hinter sich: Nach einer Phase der Profilierung gegen die Linke, die sich in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit und die Arbeitszeitverkürzung zuspitzte, hat zumindest Oskar Lafontaine erste Vorstöße zu einer Re-Integration der Linken eingeleitet. Das inhaltsleere Zusteuern auf die Mitte und den "Konsens der Demokraten" vor allem in der sogenannten deutschen Frage hatte die

SPD an den Rand einer Konstellation geführt, die den Verzicht auf ein eigenständiges Modernisierungsprojekt und den Versuch des Wiedereintritts in die Bundesregierung als bloßes Korrektiv für die Union hätte bedeuten können. Mit einer Mischung aus inhaltlicher Standfestigkeit und persönlichem Machtbewußtsein hat Oskar Lafontaine auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember an dieser Stelle die Notbremse gezogen. Das Beharren auf einem sozialdemokratischen Diskurs, der regionale Vielfalt, die Sicherung des Sozialstaats und europäisch-internationalistische Perspektiven zu verbinden sucht, stand im Widerspruch zu der "nationalen Besoffenheit" des Teiles der Partei und der Parteiführung, die zuvor den Eindruck erweckt hatte, keinen innenpolitischen Gegner mehr zu kennen und die Bundestagswahl nicht mehr gewinnen zu wollen. Diesen Ansatz von Lafontaine aufzugreifen, ihm den Populismus auszutreiben und mit eigenen europa-, deutschland- und regionalpolitischen Positionen zu verknüpfen, das könnte ein erstes und lohnendes Projekt für eine "solidarische Modernisierungskonkurrenz" der Linken werden.

Dennoch: die SPD geht ohne klares Konzept in das Wahljahr 1990. Alle praktisch wichtigen Fragen, die auf dem Programmparteitag nicht oder in Formelkompromissen abgehandelt wurden, werden sich in der Kommission "Fortschritt 90" erneut und zugespitzt stellen. Die Zusammensetzung der Kommission läßt keinen Zweifel an der sozialliberalen Prägung ihrer Ergebnisse. Doch der Rest der Partei ist auch noch da und besitzt nach dem Programmparteitag neue Spielräume.

Vielleicht noch prägender als die innerparteiliche Auseinandersetzung werden der anstehende Wahlkampfmarathon und die damit verbundenen Koalitionsfragen sein. Der Sozialliberalismus ist bestrebt, sich verschiedene Koalitionsoptionen offen zu halten: die FDP als Wunschpartner, domestizierte Grüne als Ausweichoption. Selbst eine große Koalition erscheint für einen Teil der Partei wieder denkbar, wenn es gelingt, die "nationale Frage" weiter zum "nationalen Notstand" hochzustilisieren. Was im Sinne dieses Kalküls produktive Lockerungsübung ist (Rot-Grün in Berlin und Frankfurt), kann jedoch noch immer in von den WählerInnen diktierten Zugzwang umschlagen. Je politisch klarer der Wahlkampf und "Fortschritt 90" konturiert sind, desto deutlicher wird die reale Alternative Rot-Grün hervortreten.

**In jedem Fall muß sich die Linke auf einen knallharten Bundestagswahlkampf einrichten, in dem für kritisch-solidarisches Bedenkenträgertum gegenüber der real existierenden Sozialdemokratie kein Platz bleiben wird.**

Umso mehr drängt die Zeit, daß die sozialistische Linke innerhalb und außerhalb der SPD sich in ein realistisches Verhältnis zu diesen Entwicklungen setzt und die Arbeit aufnimmt, demokratische Modernisierungsperspektiven zu erarbeiten.

**SPW ABONNIEREN!**

Wer jetzt **spw** abonniert, erhält als Begrüßungsgeschenk "Sozialismus der Zukunft", herausgegeben von: **D. Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker, Kurt Neumann** • 185 Seiten •

**Buchhandelspreis 17,50 DM**

Geschichte wird gemacht. SPW war dabei. **10 Jahre spw**

**(spw-1 bis spw-38) zum Sonderpreis von 100,- DM (incl. Versand).**

**Ich bestelle "10 Jahre spw":**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ und Wohnort \_\_\_\_\_

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
- Ich wünsche eine Rechnung

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_



**SPW Verlag-Redaktion GmbH**  
Kieler Str. 13  
5000 Köln 80 (Tel. 0221/623271)

Ich abonniere **SPW** ab sofort / 1990. **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangswise auch rückwirkend abonniert werden.

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Bankverbindung \_\_\_\_\_

Name (in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)**

## Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte



Kurt H. Biedenkopf  
Oswald von Nell-Breuning  
100 Jahre

Elmar Wortmann  
Die Sehnsucht nach  
Verbindlichkeit.  
Martin Walsers halbierte  
Kleinbürger

Thema:  
Soldaten

Februar 1990

DM 12,80

**2** Peter Steinbach  
Traditionsbruch?  
Von der Neurose zur versuchten  
Traditionsbildung

Hoffnung ohne Garantie?  
Diskussion:  
Elmar Schmähling/  
Dieter Mahncke

### Schwerpunktthema: Soldaten

JÖRG FRIEDRICH: Militärische Notwendigkeit und totaler Krieg.  
Deutsche Generäle in Nürnberg

PETER STEINBACH: Traditionsbruch? Von der Neurose zur versuchten  
Traditionsbildung

Diskussion:

ELMAR SCHMÄHLING / DIETER MAHNCKE: Hoffnung ohne Garantie?

DETLEV CLAUSSEN: Modernität und nationale Welle.  
Zum Parteitag der SPD in Berlin

KURT H. BIEDENKOPF: Oswald von Nell-Breuning 100 Jahre

WOLFGANG SCHROEDER: Linkskatholische „Partisanen“

BRUNO TRENTIN: Rede vor dem Zentralkomitee des PCI

ELMAR WORTMANN: Die Sehnsucht nach Verbindlichkeit.  
Martin Walsers halbierte Kleinbürger

DIE NEUE GESELLSCHAFT / FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich.

Das Einzelheft kostet 12,80 DM frei Haus,

das Jahresabonnement 90,— DM frei Haus.

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT / FRANKFURTER HEFTE, In der Raste 20-22, 5300 Bonn 1

## SPW

• das Magazin  
der sozialdemokratischen Linken,  
• das Magazin  
für einen sozialistischen Dialog.

**SPW** wird herausgegeben von den Bundestags-  
abgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**,  
den Mitgliedern der SPD-Programmkommission  
**Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem  
Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

**SPW** erscheint als Themenheft, mit aktuellen  
Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In-  
und Ausland.

**6 Ausgaben im Jahr** (Jahresumfang 360 Seiten)  
Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM  
(für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand  
(Ausland 54,- DM)